



Europäische  
Kommission

# Jährlicher Progress- Ergebnisbericht 2011

*Ergebnisse des Programms der  
Europäischen Union für Beschäftigung  
und soziale Solidarität – Progress  
(2007-2013)*



Diese Veröffentlichung wird unterstützt durch das Programm der EU für Beschäftigung und Soziale Solidarität – Progress (2007-2013).

Dieses Programm wird von der Europäischen Kommission verwaltet. Es wurde eingerichtet, um die Umsetzung der Zielvorgaben der Europäischen Union in den Bereichen Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit zu unterstützen, und soll dadurch die entsprechenden Ziele der Strategie Europa 2020 verwirklichen helfen.

Dieses auf sieben Jahre angelegte Programm richtet sich an alle maßgeblichen Akteure in den 27 Mitgliedstaaten, der EFTA, dem EWR sowie den Beitritts- und Kandidatenländern, die an der Gestaltung geeigneter und effektiver Rechtsvorschriften und Strategien im Bereich Beschäftigung und Soziales mitwirken können.

Weitere Informationen unter: <http://ec.europa.eu/progress>

# Jährlicher Progress-Ergebnisbericht 2011

**ERGEBNISSE DES PROGRAMMS DER EUROPÄISCHEN UNION FÜR  
BESCHÄFTIGUNG UND SOZIALE SOLIDARITÄT – PROGRESS (2007-2013)**

**Europäische Kommission**

Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Integration

Referat 01

Manuskript abgeschlossen im Mai 2012

Dieser Bericht wurde für die Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Integration der Europäischen Kommission zu eigenen Zwecken erstellt und von ihr finanziert. Er gibt nicht unbedingt die offizielle Haltung der Europäischen Kommission wieder.

Umschlagfoto: © Getty Images

Für die Benutzung oder den Nachdruck von Fotos, die nicht dem Copyright der Europäischen Union unterstellt sind, muss eine Genehmigung direkt bei dem/den Inhaber(n) des Copyrights eingeholt werden.

***Europe Direct soll Ihnen helfen, Antworten auf Ihre  
Fragen zur Europäischen Union zu finden***

***Gebührenfreie einheitliche Telefonnummer (\*):***

**00 800 6 7 8 9 10 11**

(\*) Einige Mobilfunkanbieter gewähren keinen Zugang zu 00 800-Nummern oder berechnen eine Gebühr.

Zahlreiche weitere Informationen zur Europäischen Union sind verfügbar über Internet,  
Server Europa (<http://europa.eu>).

Katalogisierungsdaten und eine Inhaltsangabe befinden sich am Ende der Veröffentlichung.

Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2012

ISBN 978-92-79-24805-4

doi: 10.2767/61640

ISSN 1831-6832

© Europäische Union, 2012

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

# Vorwort

Das fünfte Jahr der Durchführung des Programms für Beschäftigung und soziale Solidarität – Progress – (2007-2013) stand im Zeichen der Wirtschafts- und Finanzkrise, die sich ernster darstellte als erwartet, sowie einer problematischen beschäftigungs- und gesellschaftspolitischen Lage mit weitreichenden Konsequenzen für das Sozialschutzsystem der Union. Außerdem war es das zweite Jahr nach der Annahme der Strategie Europa 2020 durch die Staats- und Regierungschefs. Die Strategie soll intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum generieren, das die EU und die Mitgliedstaaten in die Lage versetzt, hohe Beschäftigung, starke Produktivität und soliden sozialen Zusammenhalt zu erzielen.

Progress unterstützt die Europäische Kommission dabei, geeignete politische Konzepte vorzuschlagen, das Verantwortungsbewusstsein der Entscheidungsträger für die Ziele der Union zu stärken und die ordnungsgemäße Durchführung der Strategien und Rechtsvorschriften der Union auf nationaler und lokaler Ebene zu gewährleisten; hierbei werden die wichtigsten Stakeholder in die Gestaltung der EU-Politik eingebunden. Die im Rahmen von Progress geförderten Maßnahmen tragen dazu bei, dass die Europa-2020-Ziele erreicht und Fortschritte in den Bereichen Beschäftigung, soziale Eingliederung und Sozialschutz, Arbeitsbedingungen, Geschlechtergleichstellung und Antidiskriminierung erzielt werden. Die im Rahmen von Progress finanzierten Maßnahmen dienen auch der Durchführung der Leitinitiativen der Strategie Europa 2020, nämlich Jugend in Bewegung, Agenda für neue Kompetenzen und Beschäftigungsmöglichkeiten, Europäische Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung.

Im Laufe der Jahre hat das Konzept der ergebnisorientierten Verwaltung, eine der Neuerungen des Programms, die Ausrichtung der Maßnahmen präzi-

siert und die Ergebnisse greifbarer gemacht. Dieser jährliche Ergebnisbericht bietet eine Analyse der von Progress finanzierten Maßnahmen und fördert deren Transparenz und Sichtbarkeit. Er untersucht, inwieweit die Maßnahmen die Hauptbegünstigten erreichen und wie zufrieden diese sind, und erläutert zudem anhand von Beispielen die Auswirkungen des Programms, insbesondere auf das Monitoring der Situation in der Union, das Follow-up der Strategiepläne und Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten sowie die Fähigkeit der Stakeholder, politisch angemessen zu reagieren.

Die in dem Bericht zusammengefassten Analysen flossen auch ein in den Vorschlag der Kommission für ein neues Programm (das Programm für sozialen Wandel und Innovation, angenommen im Oktober 2011), das für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen (2014-2020) gelten wird.

Wir hoffen, dass dieser Bericht die Erwartungen der Leserschaft erfüllt, und sind bestrebt, kommende Berichte noch besser zu machen. Ihre Rückmeldungen und Vorschläge sind daher willkommen. Bitte senden Sie Ihre Kommentare und Fragen an [empl-progress@ec.europa.eu](mailto:empl-progress@ec.europa.eu).



**Koos Richelle**

Europäische Kommission  
Generaldirektor, GD Beschäftigung,  
Soziales und Integration

# Inhalt

<b>Überblick.....</b>	<b>5</b>
<b>I. Einleitung.....</b>	<b>9</b>
1. Strategischer Kontext und Verwaltung.....	9
2. Aufgabe und Inhalt dieses Berichts.....	9
<b>II. Ergebnisse von Progress.....</b>	<b>10</b>
1. Faktengestützte EU-Politik und -Gesetzgebung in den Bereichen Soziales, Beschäftigung und Gleichstellung.....	10
1.1. Beitrag zu den Zielen der EU.....	10
1.2. Leistungsparameter.....	16
1.3. Zusammenfassung der Tätigkeiten und Ergebnisse.....	19
2. Effektiver Informationsaustausch und Lernen über Gesetzgebung und Politik der EU.....	22
2.1. Beitrag zu den Zielen der EU.....	22
2.2. Leistungsparameter.....	27
2.3. Zusammenfassung der Tätigkeiten und Ergebnisse.....	32
3. Hochwertige und partizipatorische Debatte auf EU- und nationaler Ebene.....	38
3.1. Beitrag zu den Zielen der EU.....	38
3.2. Leistungsparameter.....	43
3.3. Zusammenfassung der Tätigkeiten und Ergebnisse.....	45
4. Ausbau der Kapazität von nationalen und EU-weiten Netzwerken.....	46
4.1. Beitrag zu den Zielen der EU.....	46
4.2. Leistungsparameter.....	49
4.3. Zusammenfassung der Tätigkeiten und Ergebnisse.....	52
5. Integration von Querschnittsthemen und mehr Kohärenz.....	54
<b>III. Zusätzliche Informationen.....</b>	<b>57</b>
1. Betriebsausgaben.....	57
2. Verwaltungsausgaben.....	58
<b>Anhang 1: Übersicht über den Überwachungsrahmen.....</b>	<b>59</b>
<b>Anhang 2: Katalog der wichtigsten Produkte von Progress im Jahr 2011.....</b>	<b>60</b>
<b>Anhang 3: Tabellenverzeichnis.....</b>	<b>70</b>
<b>Anhang 4: Abbildungsverzeichnis.....</b>	<b>71</b>

# Überblick

Das Jahr 2011 markierte den Beginn einer neuen Phase in der Sozial- und Beschäftigungspolitik der Europäischen Union. In diesem Jahr wurde die Umsetzungsphase der Strategie Europa 2020 eingeleitet und mit der praktischen Durchführung der in den Leitinitiativen gebündelten konkreten Maßnahmen begonnen. Passend zu den neuen politischen Prioritäten hat das Programm Progress seine Tätigkeit neu ausgerichtet und unterstützt nun besonders Maßnahmen, die die Wachstumsstrategie der Europäischen Union und die neue wirtschaftspolitische Steuerung der EU fördern.

## ***2011 trug Progress in den folgenden Bereichen zur Erreichung der EU-Ziele bei ...***

### ***... Bildung und Entwicklung einer soliden Informationsgrundlage für die Beschäftigungs- und Sozialpolitik der Europäischen Union***

Die Europäische Union steht weiterhin enormen sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen gegenüber. Progress trug zu einer sorgfältigen Analyse der aktuellen Lage und zur Entwicklung möglicher Lösungsansätze bei. Im Jahr 2011 wurden dazu neue und bereits erprobte Instrumente zur Erstellung von Faktengrundlagen genutzt. Die produzierten Untersuchungen, Datenbanken und Statistiken behandelten einige der wichtigsten aktuellen politischen Probleme in der Europäischen Union. Dazu gehören die Folgen der Finanzkrise (z. B. Jugendarbeitslosigkeit, Ausbildung, Flexicurity), der demografische Wandel und demografische Entwicklungen, Arbeitsschutz, die Lage ausgesetzter Gruppen (z. B. Roma, Menschen mit Behinderungen) und die Integration von Querschnittsthemen. Die durch Progress erstellten Faktengrundlagen trugen zur Verbesserung in folgenden Bereichen bei:

#### **1. EINHALTUNG UND EFFEKTIVERE ANWENDUNG DER EU-GESETZGEBUNG IN DEN MITGLIEDSTAATEN. DAZU WURDEN DIE FOLGENDEN MITTEL EINGESETZT:**

- *Unterstützung der Kommission bei der Kontrolle der korrekten und effektiven Anwendung der EU-Gesetzgebung durch regelmäßige Überwachung.* Drei durch Progress geförderte Netzwerke von Rechtsexperten stellten der Kommission unabhängige Daten über die Umsetzung von EU-Richt-

linien in nationales Recht und deren Anwendung sowie Hinweise zu relevanten Entwicklungen in einzelnen Mitgliedstaaten bereit. Außerdem trugen Analysen, wie beispielsweise ein Bericht über die Anwendung der Richtlinie 91/383/EWG über Sicherheit und Gesundheitsschutz für Arbeitnehmer mit befristetem Arbeitsverhältnis oder Leiharbeitsverhältnis, zur abschließenden Bewertung der EU-Strategie 2007-2012 für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz bei, die als Grundlage für die Nachfolgestrategie 2013-2020 dient, die im Jahr 2012 verabschiedet wird.

- *Unterstützung bei der Umsetzung durch praktische Hilfen (Leitlinien und Weiterbildung) für die wichtigsten Akteure in den Mitgliedstaaten.* Progress förderte die Entwicklung von nicht verbindlichen Leitfäden für bewährte Verfahren, Handbüchern und sonstigen Materialien zum Informationsaustausch und Lernen. Über drei Fünftel der Akteure, die an der Jahresumfrage teilnahmen, bezeichneten die Leitfäden für bewährte Verfahren zu einzelnen Richtlinien im Bereich Arbeitsbedingungen als hilfreich.

#### **2. VERSORGUNG DER ENTSCHEIDUNGSTRÄGER IN EUROPA MIT ZUVERLÄSSIGEN DATEN ÜBER NEUE HERAUSFORDERUNGEN, DEREN UMFANG UND MÖGLICHE POLITISCHE LÖSUNGSANSÄTZE. DAZU WURDEN DIE FOLGENDEN MITTEL EINGESETZT:**

- *Gründliche Analyse der Faktenlage zur Entwicklung politischer Optionen zur Lösung aktueller Probleme.* Die Mehrzahl der Untersuchungen zum Thema Beschäftigung enthält eine Analyse der aktuellen Lage und trägt zur Entwicklung von Vorschlägen für fristgerechte Lösungsstrategien bei, die der Schwere der Krise gerecht werden. Mit den erstellten Faktengrundlagen wurde die Fähigkeit der EU gestärkt, die künftigen Bedürfnisse des Arbeitsmarkts zu bestimmen, die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen und die Folgen der Flexicurity-Reformen auf den Arbeitsmarkt zu analysieren. Über vier Fünftel der Teilnehmer an der Jahresumfrage gaben an, dass die Sozial- und Beschäftigungspolitik der Europäischen Union auf einer gründlichen Analyse der Situation beruht.

- *Entwicklung solider Analysen und politisch relevanter Forschungsinstrumente für langfristige, innovative und wirksame Strategien und Maßnahmen.* Die im Rahmen von Progress erstellten Faktengrundlagen flossen in allen Phasen des politischen Prozesses im Bereich Beschäftigungs- und Sozialpolitik in der EU ein. Ausführliche Analysen der Sachlage, Konsultationen mit Experten, Folgenabschätzungen und die Auswertung bestehender Maßnahmen gehörten zu den wichtigsten analytischen Instrumenten in allen Politikbereichen von Progress. Über vier Fünftel der Teilnehmer an der Jahresumfrage fanden die durch Progress geförderten Faktengrundlagen hilfreich für politische Entscheidungen oder politische Überzeugungsarbeit. Zu den am stärksten genutzten Instrumenten gehörten gemeinsame Methoden, Indikatoren und statistische Daten.

### 3. MEHR SOZIALE INNOVATION DURCH DIE ENTWICKLUNG, PRÜFUNG UND VERBREITUNG INNOVATIVER LÖSUNGEN FÜR GEMEINSAME EUROPÄISCHE HERAUSFORDERUNGEN:

- 2011 förderte Progress ausgewählte Projekte zur Entwicklung und Erprobung innovativer Ansätze zur Umsetzung der neuen sozialpolitischen Prioritäten im Rahmen der Strategie Europa 2020. Diese Projekte nutzen die wissenschaftlichen Erkenntnisse, die in früheren Jahren durch themenbezogenen Untersuchungen gewonnen wurden. Dadurch sollen innovative Lösungen entwickelt und die Sozialsysteme modernisiert und stärker an aktuelle wirtschaftliche und soziale Veränderungen angepasst werden.
- Bisher liegen noch keine Ergebnisse dieser Maßnahmen vor. Dennoch nimmt die Bedeutung von Modellversuchen und innovativen Projekten für das Programm ständig zu, da jedes Jahr mehr Projekte in weiteren Mitgliedstaaten gefördert werden.

#### *... Unterstützung von effektivem Informationsaustausch und Lernen über Gesetzgebung und Politik der EU*

Der durch Progress geförderte Informationsaustausch und die Maßnahmen zum (gegenseitigen) Lernen dienen dem Wissenstransfer und stellen der EU und den

Mitgliedstaaten Leitlinien für eine effektive Gestaltung und Umsetzung von Politik gemäß den gemeinsamen Zielen, Strategien und Rechtsvorschriften der Europäischen Union zur Verfügung. Im Jahr 2011 lag ein wichtiger Schwerpunkt auf der Suche nach neuen Lösungsstrategien für die Wirtschaftskrise. Dazu wurden Veranstaltungen zum Austausch von Wissen und Erfahrungen zu besonders gefährdeten Gruppen (z. B. arbeitslose Zuwanderer) und deren Qualifikationen (z. B. falsche und nicht ausreichende genutzte Qualifikationen) sowie zum Thema Altern veranstaltet.

Die große Mehrheit (über 4/5) der befragten Teilnehmer gaben an, dass die von Progress geförderten Konferenzen, Seminare, Peer Reviews und ähnliche Veranstaltungen ihnen ein besseres Verständnis der politischen Ziele der EU vermitteln konnten und ihnen die Möglichkeit boten, ihre politische Tätigkeit an die Ziele der EU anzugleichen. Wie in vorangegangenen Jahren ist der Kenntnisstand der Akteure, die an durch Progress geförderten Maßnahmen teilnahmen, zu den Zielen und politischen Strategien der EU in ihrem jeweiligen Politikbereich weiterhin hoch. Die Vertreter einzelstaatlicher Institutionen gaben an, dass sie in den Veranstaltungen, an denen sie teilgenommen hatten, Verfahren und Instrumente kennenlernen konnten, die übertragbar und/oder nachweislich erfolgreich sind.

Außerdem gaben über 80% der befragten nationalen Akteure an, das in den durch Progress geförderten Veranstaltungen gewonnene Wissen für die politische Gestaltung und Überzeugungsarbeit nutzen zu wollen, und ganze 90 Prozent haben vor, dieses Wissen mit Kollegen, Vorgesetzten und anderen Betroffenen zu teilen. Das gewonnene Wissen wird wie folgt genutzt:

- Analyse der aktuellen Lage in den Mitgliedstaaten. Einführung einer systematischen Datenerhebung und laufende Überwachung und Bewertung der Sachlage.
- Debatten über Veränderungen, politische Verbesserungen und Reformen.
- Suche nach innovativen politischen Lösungen. Diskussion über die Fakten zu sozialen Innovations- und Modellprojekten.
- Vermittlung an Kollegen und Studierende in Publikationen, Zusammenfassungen, Vorträgen und Debatten zu den jeweiligen Themen.
- Erstellung wissenschaftlicher Fachbeiträge.

### **... Förderung einer hochwertigen und partizipatorischen Debatte auf EU- und nationaler Ebene**

Wenn die Sozial- und Beschäftigungspolitik der Europäischen Union integrativ und gerecht sein soll, muss sie die mittelbaren und unmittelbaren Folgen für alle Betroffenen berücksichtigen und deren Bedürfnisse wahrnehmen. Daher werden die zunehmende Beteiligung und Mobilisierung aller wichtigen Akteure, d. h. der Behörden, Sozialpartner und NRO als Vertreter der Zivilgesellschaft, und starke Partnerschaften für die Entwicklung der Ziele, politischen Initiativen und Rechtsvorschriften der EU immer wichtiger.

2011 unterstützte Progress die ungarische und polnische Präsidentschaft dabei, gemeinsame Ziele festzulegen, die Anstrengungen aller Mitgliedstaaten und europäischen Institutionen zu koordinieren und alle betroffenen Akteure an einer partizipatorischen politischen Debatte teilhaben zu lassen. Progress trug zu **effektiven, umfassenden und starken Partnerschaften für die Ziele und Prioritäten der Europäischen Union** bei. Dazu wurden die folgenden Mittel eingesetzt:

- *Stärkung der Partnerschaft zwischen den Mitgliedstaaten und der Kommission.* Zwischen den Institutionen der EU und den Regierungsinstitutionen der Mitgliedstaaten herrscht ein starkes Gefühl der Zusammenarbeit und Partnerschaft. Dies bestätigten beinahe 90 Prozent der Vertreter nationaler, regionaler oder kommunaler staatlicher Institutionen, die an der Jahresumfrage teilgenommen haben. Damit hat das Gefühl der Zusammenarbeit und Partnerschaft zwischen diesen beiden Gruppen im Vergleich zu 2009 und 2010 weiter zugenommen.
- *Verbesserung der Partnerschaft zwischen den Mitgliedstaaten, der Kommission, den Sozialpartnern und den NRO.* Die Ergebnisse der Jahresumfrage zeigen, dass die Akteure aus Organisationen auf EU-Ebene (EU-Organe, EU-weite NRO und EU-Sozialpartner) die Zusammenarbeit und Partnerschaft mit anderen EU-Organisationen etwas positiver bewerten, als die Akteure aus den Mitgliedstaaten. Durchschnittlich vier Fünftel der Befragten, die EU-Organisationen vertreten, bewerteten die Zusammenarbeit und Partnerschaft mit ande-

ren EU-Organisationen als positiv, jedoch nur drei Viertel der Akteure aus den Mitgliedstaaten.

- *Beitrag zum Aufbau von Partnerschaften zwischen den Mitgliedstaaten.* Progress finanzierte das Jahrestreffen der Öffentlichen Arbeitsverwaltung und des Ausschusses hoher Arbeitsaufsichtsbeamter, mehrere Workshops von EBO, Treffen des MISSOC-Netzwerks und andere Veranstaltungen. Die Bereitschaft zur Zusammenarbeit und Partnerschaft bei Vertretern nationaler, regionaler und kommunaler Regierungsbehörden ist stark ausgeprägt (dies bestätigten über 90% der Teilnehmer an der Jahresumfrage). Die Befragten bestätigen die Rolle von Progress beim Aufbau von Partnerschaften.

Schließlich zeigen die Ergebnisse der Jahresumfrage, dass die Klarheit der zur Diskussion gestellten Themen und die Beteiligung wichtiger Interessenvertreter bei politischen Veranstaltungen wie den Präsidentschaftskonferenzen und anderen hochrangigen Veranstaltungen (wie dem Gleichstellungsgipfel oder der Jahreskongress der Europäischen Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung) weiterhin gut ist (über 60% der befragten Akteure stimmten dem zu). Allerdings bleibt die Verbreitung der Ergebnisse verbesserungswürdig (nur 40% finden sie angemessen).

### **... Ausbau der Kapazität von nationalen und EU-weiten Netzwerken**

Das Programm Progress hat die Aufgabe, die Beteiligung der Zivilgesellschaft an der Politikgestaltung zu fördern. Zu diesem Zweck leistet das Programm Finanzhilfen an wichtige EU-weite Netzwerke und stärkte so ihre Kapazität zur aktiven Teilnahme an der Gestaltung und Umsetzung von Politik in der Europäischen Union und den Mitgliedstaaten. Im Jahr 2011 unterstützte Progress die Tätigkeit von 32 EU-weiten NRO und Netzwerken, die sich für den Kampf gegen Diskriminierung aufgrund von Rasse, ethnischer Herkunft, Behinderung oder Alter, für die Eingliederung von Menschen mit Behinderungen, für die Förderung der Geschlechtergleichstellung, für die Förderung von Frauen in Entscheidungspositionen, für aktive Eingliederung oder für politische Maßnahmen in der Antidiskriminierungspolitik

einsetzen. Die Anzahl der durch Progress geförderten NGO ist von 24 im Jahr 2010 auf 32 im Jahr 2011 gestiegen.

Die von Progress geförderten EU-weiten Netzwerke und NRO spielten durch ihre nationalen Mitgliedorganisationen und andere Netzwerkstrukturen eine wichtige Rolle bei der Vermittlung der auf EU-Ebene beschlossenen Strategien an die Mitgliedstaaten. Die geförderten Netzwerke veranstalteten außerdem nationale Kampagnen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit für gemeinsame europäische Herausforderungen, und sie machten sich für Lösungen systematischer gesellschaftlicher Ungleichbehandlung stark. Die Ergebnisse der Jahresumfrage zeigen, dass die durch Progress geförderten EU-weiten NGO als wichtige Informationsquelle für politische Entscheidungen oder politische Überzeugungsarbeit wahrgenommen werden. Allerdings schätzen Nichtregierungsakteure die NRO etwas höher ein als die Vertreter nationaler oder regionaler Behörden. Entsprechende Umfragen aus früheren Jahren zeigten, dass die bekanntesten EU-weiten NGO bei den Akteuren in Europa ebenso bekannt sind wie die auf dem Gebiet tätigen EU-Institutionen (z. B. Eurofond oder FRA).

### ***... bessere Integration von Querschnittsthemen und mehr Kohärenz***

Die Akteure haben bestätigt, dass die Integration der Querschnittsthemen Antidiskriminierung und Geschlechtergleichstellung sowohl in den im Rahmen des Programms erstellten Faktengrundlagen als auch in den Seminaren zum Austausch bewährter Verfahren und den politischen Debatten gut gelungen ist. Beim Thema Armutsbekämpfung ist das Ergebnis uneinheitlich. Über 70% der Befragten, die 2011 an durch Progress finanzierten Veranstaltungen teilgenommen hatten, gaben an, dass das Thema Armutsbekämpfung angemessen behandelt wurde. Aber nur 55% der teilnehmenden Akteure stimmten der Aussage zu, dass die EU einen wesentlichen Beitrag dazu leistet, das Thema Armutsbekämpfung in ihren jeweiligen Politikbereich zu integrieren.

### ***Zur weiteren Verbesserung der Verwaltung und Überwachung des Programms Progress werden die folgenden Maßnahmen vorgeschlagen:***

- Bessere Verbreitung der Ergebnisse. Die mit Hilfe von Studien, Berichten und Veranstaltungen zum gegenseitigen Lernen erhobenen Daten könnten über die aktiv an der Politikgestaltung auf EU-Ebene beteiligten Akteure hinaus bekannt gemacht werden, um die Wirkung und Nachhaltigkeit dieser Daten zu verbessern. Eine wichtige Rolle könnten die durch Progress finanzierten Modellprojekte spielen, mit deren Hilfe neue und bestehende Ideen effektiv umgesetzt und entsprechende Daten gesammelt werden sollen, um die wirklichen sozialen Bedürfnisse der Bedürfnisse zu ermitteln und erfüllen.
- Die Rolle der EU bei der Integration von Querschnittsthemen wie Antidiskriminierung und Geschlechtergleichstellung in den Progress-Politikbereichen steht außer Frage. Bei der Integration des Themas Armutsbekämpfung besteht noch Verbesserungsbedarf. Da der Kampf gegen Armut eines der wichtigsten Ziele der Strategie Europa 2020 darstellt, sind für die Integration dieses Querschnittsthemas weitere Anstrengungen notwendig.
- Eine Weiterentwicklung der Strategie zur Erfassung von Überwachungsdaten und die Einführung neuer Instrumente als Ergänzung zu der Jahresumfrage würden die Erfassung relevanter und aktueller Daten zu den Ergebnissen des Programms Progress erleichtern und konkrete Empfehlungen zu einer weiteren Verbesserung des Programms ermöglichen. Mögliche Instrumente wären Blitzumfragen auf der Website der GD EMPL, kurze Umfragebögen, die an Teilnehmer formeller Veranstaltungen (wie Ausschusssitzungen, Arbeitssitzungen usw.) verteilt werden, oder themenbezogene Fragen im Eurobarometer.

# I. Einleitung

## 1. STRATEGISCHER KONTEXT UND VERWALTUNG

Das Programm der Europäischen Union für Beschäftigung und soziale Solidarität – Progress 2007-2013 (Progress) ist ein Finanzinstrument zur Förderung und Koordinierung der Politik der Europäischen Union in den fünf Bereichen Beschäftigung, Sozialschutz und soziale Eingliederung, Arbeitsbedingungen, Antidiskriminierung und Gleichstellung der Geschlechter. Das Programm steht den EU-Mitgliedstaaten, den EFTA/EWG-Ländern (Norwegen, Island und Liechtenstein) sowie den Beitrittsländern und Kandidatenländern offen.

Das Programm wird (in direkter Verwaltung) von der Kommission umgesetzt, insbesondere durch die Generaldirektion für Beschäftigung, Soziales und Integration. Dabei wird die Kommission vom Ausschuss für die Umsetzung des EU-Programms für Beschäftigung und soziale Solidarität Progress (2007-2013) unterstützt.

Das Programm hat das übergeordnete Ziel, zur Umsetzung der strategischen Ziele der Wachstumsstrategie Europa 2020 der Europäischen Union beizutragen. Bei der Durchführung des Progress-Programms liegt das Augenmerk auf den erzielten Ergebnissen. Daher muss das Programm so eingesetzt werden, dass seine Ergebnisse die Entwicklung und Umsetzung der Gesetzgebung und politischen Maßnahmen in den Bereichen Beschäftigung, Soziales und Gleichstellung auf allen Ebenen (EU, Mitgliedstaaten, Regionen und Kommunen) fördern und letztendlich allen Bürgern Europas zugute kommen. Da diese Bereiche im Wesentlichen in die Kompetenz der Mitgliedstaaten fallen, möchte die Europäische Union mit Hilfe des Programms Progress die Anstrengungen und Maßnahmen der Mitgliedstaaten unterstützen, mit denen die Zielvorgaben der Strategie Europa 2020 erreicht werden sollen.

Besonders wichtig ist dabei die Bewertung der Ergebnisse des Programms zum Nachweis seiner Wirksamkeit. Den Kern dieser Vorgehensweise bildet der Strategische Rahmen, der die Interventionslogik der mit Progress verbundenen Ausgaben genau festlegt. <sup>(1)</sup> Dieser Rahmen definiert den Auftrag von Progress und die langfristigen (mittel-

baren) und spezifischen (unmittelbaren) Ergebnisse des Programms. Er wird ergänzt durch Leistungsmessungen, mit deren Hilfe bestimmt wird, in welchem Umfang Progress die erwarteten Ergebnisse erbracht hat. Durch diese Überwachung der Ergebnisse des Programms wird beurteilt, ob die festgelegten Ziele erreicht wurden und weiterhin relevant sind, was eine laufende Verbesserung der Ergebnisse ermöglicht. Anhang 1 zu diesem Bericht enthält eine ausführlichere Erläuterung des Leistungsüberwachungsrahmens des Programms.

## 2. AUFGABE UND INHALT DIESES BERICHTS

Der Jährliche Progress-Ergebnisbericht 2011 stellt die Ergebnisse des Programms im Jahr 2011 vor und vergleicht sie mit den im Strategischen Rahmen des Programms aufgestellten Zielen. Der Bericht nutzt die Erfahrungen aus früheren Jährlichen Ergebnisberichten (2008, 2009 und 2010) und berücksichtigt die Kritikpunkte aller beteiligten Akteure und insbesondere der Mitglieder des Programmausschusses. Außerdem analysiert der Bericht mögliche Trends und Veränderungen in der Leistung des Programms im Vergleich zu früheren Jahren und stellt diese vor.

Da die Erfolge von Progress auf der Ebene der langfristigen Ergebnisse nur langsam sichtbar werden, konzentriert sich dieser Jahresbericht auf die Qualität der bereitgestellten Produkte (Ergebnisse) und deren Nutzen z. B. zur Erreichung der unmittelbaren Ergebnisse. Der Bericht enthält Übersichtstabellen zu diesem Punkt, und Anhang 2 stellt die im Jahr 2011 in den einzelnen Politikbereichen erzielten Ergebnisse ausführlich vor. Dabei ist zu beachten, dass der Bericht vor allem Ergebnisse behandelt, die im Jahr 2011 vorgelegt wurden oder deren Folgen sich in diesem Jahr zeigten. Da es im Durchschnitt ungefähr zwei Jahre dauert, bis geplante Untersuchungen durchgeführt oder Projekte umgesetzt werden, befasst sich der Bericht also nicht nur mit Maßnahmen, die im Jährlichen Arbeitsplan 2011 festgelegt wurden, sondern auch mit den Ergebnissen früherer Jährlicher Arbeitspläne. Außerdem hebt der Bericht stärker die Folgen des Programms für die teilnehmenden Länder hervor, sowohl was deren Beteiligungen an den einzelnen Maßnahmen angeht als auch in Bezug auf die Relevanz der Ergebnisse des Programms für die Bedürfnisse und Voraussetzungen der teilnehmenden Länder.

1) <http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=1590&langId=en>

## II. Ergebnisse von Progress

Der zweite Teil des Berichts orientiert sich an den fünf unmittelbaren Ergebnissen von Progress und deren jeweiligen Leistungsparametern. Jedes Kapitel dieses Teils ist wie folgt gegliedert:

- zunächst wird der Beitrag von Progress zur Erreichung der EU-Ziele und der definierten (langfristigen) Zwischenergebnisse des Programms dargestellt,
- danach wird überprüft, in welchem Umfang spezielle unmittelbare Ergebnisse die definierten Leistungsparameter erfüllen,
- schließlich werden bestimmte im Rahmen des Programms bereitgestellte Produkte im Einzelnen dargestellt, um ihren Beitrag zu den erzielten Ergebnissen besser einordnen zu können.

### 1. FAKTENGESTÜTZTE EU-POLITIK UND -GESETZGEBUNG IN DEN BEREICHEN SOZIALES, BESCHÄFTIGUNG UND GLEICHSTELLUNG

Progress erstellt und erweitert eine solide Informationsgrundlage für die Beschäftigungs- und Sozialpolitik der Europäischen Union. Der wichtigste Vorteil einer faktengestützten Politikgestaltung besteht in der besseren Qualität der politischen Initiativen. Politische Prozesse sind äußerst komplex, und Informationen sind natürlich nicht der einzige Einflussfaktor in der Politikgestaltung. Interessen, Ideologien (d. h. Prinzipien, Werte, politische Ausrichtung) und institutionelle Rahmenbedingungen sind ebenfalls wichtig. Grundsätzlich ist jede Politik zum Teil faktengestützt. Die entscheidende Frage ist, ob die Fakten an sich und die Prozesse, durch die diese Fakten in politische Optionen umgesetzt werden, von ausreichend hoher Qualität sind. Im Falle der von Progress umfassten politischen Bereiche besteht die Zielsetzung darin, Politik zu gestalten, die Probleme wirklich nachhaltig löst und keine Reaktion auf kurzfristige Zwänge darstellt, eine Politik die von Fakten geprägt wird und nicht von Annahmen.

Zu den 2011 im Rahmen des Programms Progress genutzten Instrumenten der Datenerhebung gehören eine Vielzahl neuer und bereits erprobter Mittel der Forschung, Politikanalyse und Politikberatung

sowie statistische Instrumente, Methoden und allgemeine Indikatoren. Die durch Studien, Analysen und Statistiken ermittelten relevanten und zeitnahen Fakten bilden eine solide Grundlage für die Entwicklung politischer Initiativen, die zu den nachhaltigen Strategien in den Bereichen Beschäftigung (z. B. Europäische Beschäftigungsstrategie EBS) und anderen Politikbereichen sowie zur Entwicklung neuer Gesetzesinitiativen beitragen. Außerdem sind Fakten notwendig, um die Folgen politischer Kursänderungen abzuschätzen und den politischen Akteuren eine Entscheidung zwischen unterschiedlichen politischen Optionen zu ermöglichen. Schließlich tragen verlässliche Daten und solide Analysen dazu bei, den Zusammenhang zwischen strategischen Entscheidungen, erwünschten Ergebnissen und politischen Zielen nachzuweisen. Sie erleichtern die Erfassung neuer Probleme und die Planung langfristiger, innovativer und wirksamer Strategien und politischer Maßnahmen zu deren Lösung. Wie später noch ausführlicher erläutert werden wird, behandelten die erstellten Untersuchungen, Datenbanken und Statistiken einige der wichtigsten aktuellen politischen Probleme in der Europäischen Union. Dazu gehören die **Folgen der Finanzkrise** (z. B. **Jugendarbeitslosigkeit, Ausbildung, Flexicurity**), der **demografische Wandel** und die demografische Entwicklung, **Arbeitsschutz**, die Lage ausgesetzter Gruppen (z. B. **Roma, Menschen mit Behinderungen**) und andere Themen.

#### 1.1. Beitrag zu den Zielen der EU

*Progress ermöglichte der Kommission durch regelmäßige Überwachung die Gewährleistung einer korrekten und effektiven Anwendung der EU-Gesetzgebung in den Mitgliedstaaten*

Die Europäische Union fördert ihre politischen Ziele in den Bereichen Arbeitsschutz, Arbeitsrecht, Arbeitsbedingungen, Antidiskriminierung und Gleichstellung der Geschlechter mit Hilfe der EU-Gesetzgebung. Viele europäische Rechtsvorschriften in diesen Bereichen stellen allgemeine Richtlinien und Grundsätze auf, die von den Mitgliedstaaten dann gemäß ihrer jeweiligen Organisations- und Verwaltungsstruktur konkret umgesetzt werden müssen. Progress trägt durch die folgenden Maßnahmen zu einer besseren und wirkungsvolleren Umsetzung der EU-Gesetzgebung bei:

- Unterstützung bei der **Entwicklung neuer Gesetzesinitiativen** bzw. bei der Änderungen bestehender EU-Rechtsvorschriften (Folgenabschätzung),
- Unterstützung der Kommission bei der **Kontrolle einer korrekten und wirksamen Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften** durch regelmäßige Überwachung,
- **Förderung der Umsetzung** durch praktische Hilfen in Form von Leitlinien und Weiterbildung für die wichtigsten Akteure in den Mitgliedstaaten.

Progress unterstützte die Kommission bei der regelmäßigen Überwachung der Umsetzung der EU-Gesetzgebung in den Mitgliedstaaten und förderte externe Studien zur Analyse der Umsetzung und Anwendung von EU-Rechtsvorschriften in den Mitgliedstaaten. Dazu gehörte beispielsweise die **Überwachung** der Qualität der Umsetzung des gemeinschaftlichen Besitzstandes im Bereich des Arbeitsrechts durch Abschluss und Veröffentlichung eines Berichts über die Umsetzung der Richtlinie 2008/94/EG über den Schutz der Arbeitnehmer bei Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers.

2011 wurde die Arbeitszeitrichtlinie überarbeitet und ein Rechtsetzungsvorschlag zur Verbesserung der Umsetzung der Entsenderrichtlinie eingebracht.

Die Kommission startete nach Konsultationen mit den europäischen Sozialpartnern eine Initiative zur Ergänzung, Verdeutlichung und Vereinfachung einer bestehenden Rechtsvorschrift im Bereich der Beschäftigungspolitik. Einen Beitrag dazu leistete ein durch Progress finanzierter Bericht über die Umsetzung der Arbeitszeitrichtlinie. In ähnlicher Weise trugen durch Progress finanzierte politische Veranstaltungen und Untersuchungen, wie beispielsweise ein Bericht über die Anwendung der Richtlinie 91/383/EWG über Sicherheit und Gesundheitsschutz für Arbeitnehmer mit befristetem Arbeitsverhältnis oder Leiharbeitsverhältnis, zur abschließenden Bewertung der EU-Strategie 2007-2012 für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz bei, die als Grundlage für die Nachfolgestrategie 2013-2020 dient, die im Jahr 2012 verabschiedet wird.

Ferner stellten drei durch Progress geförderte Netzwerke von Rechtsexperten (siehe Tabelle 1) der Kommission unabhängige Daten über die Umsetzung von EU-Richtlinien in nationales Recht und deren Anwendung sowie Hinweise zu relevanten Entwicklungen in einzelnen Mitgliedstaaten bereit. Die Netzwerke dienten der europäischen Kommission außerdem als offizielle Beratungsgremien für die Entwicklung neuer gesetzgeberischer Instrumente der EU und unterstützten die Kommission bei der Organisation von Schulungsseminaren für maßgebliche Akteure.

**Tabelle 1: durch Progress geförderte Netzwerke von Rechtsexperten**

Aufgabe der Kommission	Ziel der Netzwerke	durch Progress geförderte Netzwerke von Rechtsexperten
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Hüterin der Verträge</li> <li>• Berichterstattung über die Umsetzung von Richtlinien</li> <li>• Initiator von Gesetzesvorschlägen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Regelmäßige Prüfung und Entwicklung der gesetzgeberischen Instrumente der EU</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Europäisches Netzwerk für Arbeitsrecht</li> <li>• Europäisches Netzwerk von Rechtsexperten für Antidiskriminierung</li> <li>• Europäisches Netzwerk von Rechtsexperten für Geschlechtergleichstellung</li> </ul>

Der Themenbericht 2011 des Europäischen Netzwerks für Arbeitsrecht (ELLN) untersuchte die Rechtslage bei Kündigungen von Beschäftigungsverhältnissen in der Privatwirtschaft durch den Arbeitgeber unter besonderer Berücksichtigung von Kündigungen aus betrieblichen Gründen. Die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise hat die praktische Bedeutung dieser Kün-

digungsform erhöht und die mit diesen Kündigungen verbundenen Probleme betont. Dieser analytische Überblick über die wichtigsten Elemente der nationalen Systeme in den 30 Ländern des Europäischen Wirtschaftsraums bietet wertvolle Daten für die künftige Entwicklung entsprechender EU-Rechtsvorschriften im Bereich Arbeitsrecht.

Das Europäische Netzwerk von Rechtsexperten für Antidiskriminierung hat einen neuen Themenbericht mit dem Titel „**The prohibition of Discrimination under European Human Rights Law – Relevance for the EU non-discrimination directives**“ (Verbot von Diskriminierung im Europäischen Menschenrecht – Bedeutung für EU-Richtlinien zur Antidiskriminierung) veröffentlicht. Der Bericht identifiziert Aspekte dieses Schutzes, die dazu dienen können, offene Fragen bei der Auslegung der Richtlinie 2000/43/EG vom 29. Juni 2000 zur Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes ohne Unterschied der Rasse oder der ethnische Herkunft und der Richtlinie vom 27. November 2000 zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf sowie den Vorschlag für eine Richtlinie zur Anwendung des Grundsatzes der Gleichbehandlung ungeachtet der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung zu beantworten.

Weitere Informationen unter [http://www.migpolgroup.com/public/docs/202.Prohibition\\_of\\_Discrimination\\_ThematicReport\\_30.03.12\\_EN.pdf](http://www.migpolgroup.com/public/docs/202.Prohibition_of_Discrimination_ThematicReport_30.03.12_EN.pdf)

Die Progress-Jahresumfrage zeigt, dass die Produkte der europäischen Netzwerke von Rechtsexperten für die politischen Akteure und Entscheidungsträger auf EU- und Mitgliedstaatenebene hilfreich waren, ihren Bedürfnissen entsprachen und politische Entscheidungen oder politische Überzeugungsarbeit unterstützten. So bezeichneten über zwei Drittel der befragten Akteure die Europäische Zeitschrift zum Antidiskriminierungsrecht als hilfreich. Auch der Bericht über Alter und Beschäftigung sowie das Kompendium über bewährte Verfahren zur Durchsetzung von Antidiskriminierung und Gleichstellung wurden ähnlich positiv bewertet.

In den Politikbereichen, die durch EU-Gesetzgebung gestaltet werden, werden die im Rahmen von Progress erhobenen Daten vor allem intern durch die Kommission für die Initiierung, Änderung oder Überwachung der EU-Gesetzgebung genutzt. In geringerem Maße werden diese Daten aber auch für die Entwicklung einzelstaatlicher Rechtsakte zur Umsetzung der EU-Gesetzgebung verwendet. 15 Prozent der Teilnehmer an der Jahresumfrage gaben an, dass die durch das Programm bereitgestellten Studien, Analysen, thematischen Bewertungen und Überwachungsberichte zur Initiierung bzw. Änderung nationaler Rechtsakte beigetragen haben.

Tabelle 2 fasst die jüngsten Ergebnisse zur Erfüllung der EU-Gesetzgebung in den Mitgliedstaaten zusammen. Sie enthält den Anteil der Bestimmungen in Richtlinien, die in nationales Recht umgesetzt wurden (Umsetzungsquote) und den Anteil der Richtlinien, die in mindestens einem Mitgliedstaat noch nicht umgesetzt wurden (Fragmentierungsfaktor).

**Tabelle 2: Erfüllung der EU-Gesetzgebung durch Mitgliedstaaten in den Progress-Politikbereichen 2008-2011**

Politikbereich	Umsetzungsquote				Fragmentierungsfaktor			
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Arbeitsrecht	99,4%	98,3%	98,3%	99,68%	14,3% (3 Richtlinien)	5% (1 Richtlinie)	5% (1 Richtlinie)	5% (1 Richtlinie)
Arbeitsschutz	99%	100%	100%	100%	11,1% (3 Richtlinien)	0%	0%	0%
Antidiskriminierung	100%	100%	100%	100%	0%	0%	0%	0%
Gleichstellung der Geschlechter	96%	96%	96%	92%	30,8% (4 Richtlinien)	30,8% (3 Richtlinien)	30,8% (3 Richtlinien)	20% (1 Richtlinie)
<b>Gesamtanteil</b>	<b>98,6%</b>	<b>98,5%</b>	<b>98,5%</b>	<b>97,92%</b>				

Quelle: Europäische Kommission, Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Integration.

### ***Progress ermöglichte es den Mitgliedstaaten, durch Bereitstellung von Informationen und Fakten eine Einigung auf Ziele und politische Prioritäten der EU zu erreichen***

In den Politikbereichen, die in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fallen und in denen die Europäische Union über wenig oder keine Gesetzgebungsbefugnis verfügt, ist die Offene Koordinierungsmethode das wichtigste Mittel der Politikgestaltung. Zu den Mechanismen, mit denen Veränderungen in der Sozial-, Beschäftigungs- und Gleichstellungspolitik angeregt werden sollen, gehören nicht verbindliche Zielvorgaben, Leitlinien, Indikatoren oder Maßstäbe, die seit Kurzem im so genannten Europäischen Semester für die Koordinierung der Politik gebündelt werden. Sowohl für die EU-Gesetzgebung als auch

Das System zur gegenseitigen Information über den sozialen Schutz (MISSOC) der EU stellte detaillierte, **vergleichbare und regelmäßig aktualisierte** Informationen über die Sozialschutzsysteme in den Mitgliedstaaten bereit. MISSOC veröffentlichte Vergleichstabellen zum Sozialschutz, in dem **31 Länder** und die folgenden **12 wichtigen Bereiche des Sozialschutzes** ausgewertet werden: Finanzierung, Gesundheitsleistungen, Krankheit, Mutterschaft, Invalidität, Alter, Hinterbliebene, Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten, Familie, Arbeitslosigkeit, Mindestsicherung und Pflegebedürftigkeit.

Weitere Informationen unter [http://ec.europa.eu/employment\\_social/missoc/db/public/compareTables.do?lang=de](http://ec.europa.eu/employment_social/missoc/db/public/compareTables.do?lang=de)

für die Offene Koordinierungsmethode benötigen die Entscheidungsträger zuverlässige Daten über neue Probleme, deren Umfang und mögliche politische Lösungsansätze.

Die durch Progress gesammelten Informationen und Daten sind wichtige Hilfsmittel, anhand derer die Mitgliedstaaten die Ziele und Prioritäten der Europäischen Union diskutieren, vereinbaren und verankern können. 2011 unterstützte Progress insbesondere mit Hilfe des Europäischen Beschäftigungsobservatoriums (EBO) und des Systems zur gegenseitigen Information über den sozialen Schutz (MISSOC) die Erhebung detaillierter, vergleichbarer und regelmäßig aktualisierter Informationen über die Arbeitsmarktpolitik und Sozialschutzsysteme in den Mitgliedstaaten. Über die Expertennetzwerke für soziale Eingliederung, Behinderung, Antidiskriminierung, Geschlechtergleichstellung, Gesundheit und Langzeitpflege konnte Progress außerdem Expertengutachten zur Verfügung stellen und Datenlücken, bewährte Verfahren und Problemereiche identifizieren.

Zusätzlich gewährte die Kommission über das Progress-Programm umfangreiche Finanzhilfen für die Entwicklung angemessener statistischer Instrumente, Methoden und Indikatoren, wie dem *Survey on Health, Ageing and Retirement in Europe* (SHARE) und der Entwicklung administrativer Datensätze und Modelle für die Analyse des Arbeitsmarkts und des Rentensystems. SHARE entstand als Reaktion einer Mitteilung der Europäischen Kommission, in der diese dazu aufrief „die Möglichkeit zu untersuchen, in Zusammenarbeit mit dem Mitgliedstaaten ein Europäisches Langzeitumfrageprojekt zum Altern aufzubauen“. Das Projekt ist inzwischen eine wichtige Säule des Europäischen Forschungsraums und wurde 2008 im Rahmen des Europäischen Strategieforums für Forschungsinfrastrukturen (ESFRI) umgesetzt. 2011 wurde gemäß der Verordnung (EG) Nr. 723/2009 ein Konsortium für eine europäische Forschungsinfrastruktur für den *Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe* mit dem Namen SHARE-ERIC gegründet. Zu den Gründungsmitgliedern von SHARE-ERIC gehören Österreich, Belgien, Tschechien, Deutschland und die Niederlande; die Schweiz hat einen Beobachterstatus. Italien trat dem Konsortium im Juni 2011 bei, Dänemark, Spanien, Frankreich und Portugal werden vermutlich bald folgen.

Mit dem Projekt **Health, employment and retirement at 50+**: Portugal wurde Portugal in die Gruppe der Länder aufgenommen, die an der SHARE-Initiative teilnehmen. Für diese Forschung werden lebensgeschichtliche Mikrodaten gesammelt und mit deren Hilfe die Ansatzpunkte ermittelt, an denen sozialpolitische Maßnahmen in den Bereichen Bildung, Einkommenssicherung, Arbeitsschutz, Gesundheit, sowie Alters- und Invaliditätsrentensysteme das Leben von Männern und Frauen beeinflussen. Ergänzt wird dies durch einen fächerübergreifenden Ansatz, der sich ausdrücklich mit der Wechselwirkung zwischen Gesundheit, Arbeitsbedingungen und Beschäftigung auseinandersetzt. Die abschließende Analyse beruht auf einer innovativen Kombination von Sozialgeschichte, sektorenübergreifenden Mikrodaten und institutionellen Makrodaten.

### ***Progress stellte den Mitgliedstaaten mit Hilfe von Expertennetzwerken Leitlinien und Empfehlungen für die Erfüllung der EU-Ziele bereit***

Die Expertennetzwerke stellten den Mitgliedstaaten Leitlinien und Empfehlungen bereit, die auch in Berichte der Kommission einfließen, wie etwa in den

Entwurf des gemeinsamen Beschäftigungsberichts, der dem Jahreswachstumsbericht 2012 als Anhang beiliegt. Die durch Progress geförderten Netzwerke unabhängiger Experten erstellten für die Kommission unabhängige Analysen spezifischer Probleme bei der Umsetzung einzelstaatlicher Beschäfti-

gung-, und Sozialpolitik, zu der auch eine Bewertung der Nationalen Reformprogramme gehörte. Eine weitere Aufgabe dieser Netzwerke war die Erstellung politischer und thematischer Berichte für die Kommission über neue politische Entwicklungen und wichtige Trends in den Mitgliedstaaten.

**Tabelle 3: Von Progress geförderte Expertennetzwerke in den Politikbereichen Beschäftigung und Sozialschutz und soziale Eingliederung**

Aufgabe der Kommission	Rolle der Expertennetzwerke	durch Progress geförderte Expertennetzwerke
Untersuchung und Datenerfassung	Regelmäßige Erhebung quantitativer und qualitativer Daten	Das Europäische Beschäftigungsobservatorium (EBO)
		MISSOC – das wechselseitige Informationssystem über Sozialschutz
Berichterstattung über den Fortschritt der Mitgliedstaaten und spezielle Politikbereiche	Fachliche (wissenschaftliche) Analyse, Identifizierung von Datenlücken, bewährten Verfahren und Problemfeldern	Netzwerk zur Bewertung der sozioökonomischen Folgen von Sozialreformen (ASISP)
		Netzwerk unabhängiger Experten im Bereich soziale Eingliederung
		Mutual Learning Support Services

2011 verfassten die von Progress geförderten Expertennetzwerke mehr als 200 Berichte über Themen im Bereich Beschäftigung und Sozialschutz und soziale Eingliederung. Außerdem pflegten und aktualisierten sie die Datenbank MISSOC, die vergleichende Tabellen, Grafiken und Darstellungen zur sozialen Sicherheit, Analysen über Mindestsicherung und länderspezifische Leitlinien mit dem Titel „Ihre Rechte der sozialen Sicherheit“ enthält.

und Beamten der Mitgliedstaaten sowie den Sozialpartnern und Interessenvertretern auf EU- und Mitgliedstaatenebene. Beispielsweise gaben (je nach Produkt) 50 bis 80 Prozent der Teilnehmer an der Jahresumfrage an, dass die von den Expertennetzwerken im Bereich Sozialschutz und soziale Eingliederung erstellten Produkte hilfreich waren, d. h. ihren Bedürfnissen entsprachen und politische Entscheidungen oder politische Überzeugungsarbeit unterstützten.

Die so gewonnene Faktengrundlage unterstützte die Kommission wesentlich bei der Koordinierung und Förderung politischer Initiativen im Rahmen der Europäischen Beschäftigungsstrategie und der sozialen OMK. Die Informationen wurde aber auch von anderen Akteuren genutzt, etwa von Politikern

Progress trug auch zur Erreichung der EU-Ziele in den Bereichen Antidiskriminierung und Gleichstellung der Geschlechter bei, indem es der Kommission und den Mitgliedstaaten regelmäßig Überwachungsberichte, Analysen und Empfehlungen bereitstellte (siehe Tabelle 4).

**Tabelle 4: Von Progress geförderte Expertennetzwerke in den Politikbereichen Antidiskriminierung und Geschlechtergleichstellung**

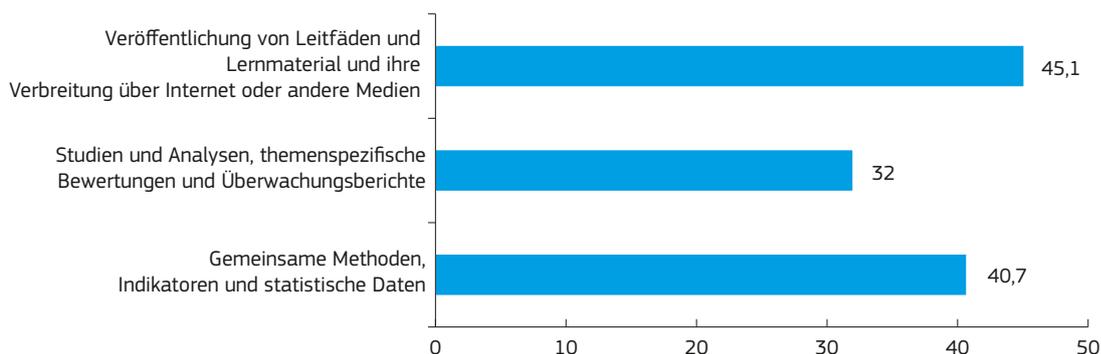
Aufgabe der Kommission	Rolle der Expertennetzwerke	durch Progress geförderte Expertennetzwerke
Berichterstattung über den Fortschritt der Mitgliedstaaten und spezielle Politikbereiche	Fachliche (wissenschaftliche) Analyse, Identifizierung von Datenlücken, bewährten Verfahren und Problemfeldern	Akademisches Netzwerk europäischer Experten im Behindertenbereich (ANED)
		Netzwerk von Experten für sozioökonomische Fragen im Bereich der Bekämpfung von Diskriminierung (SEN)
Überwachung und Stärkung der Einbeziehung des Gleichstellungsaspekts		Expertennetz für Fragen der Gleichstellung von Frauen und Männern (EGGE)
		Sachverständigennetzwerk für die Bereiche Chancengleichheit von Männern und Frauen, soziale Eingliederung, Gesundheit und Langzeitpflege (EGGS)

2011 erstellte das Akademisches Netzwerk europäischer Experten im Behindertenbereich (ANED) einen Themenbericht über die „Integrative Bildung junger Behinderter in Europa: Trends, Probleme und Herausforderungen“, der eine Zusammenfassung der Daten aus den bereits erstellten Länderberichten und aus weiteren Quellen bietet. Der Bericht fasst die Anstrengungen der einzelnen Länder zur Unterstützung von Menschen mit Behinderungen bei der Bildung und Ausbildung zusammen und zeigt, welche Probleme und Barrieren weiterhin bestehen und wie diese überwunden werden können. ANED aktualisierte außerdem eine wichtige Untersuchung über Indikatoren der Behindertengleichstellung in Europa und einen Bericht zu den Themen Behinderung und

Beschäftigung, höhere Bildung und Armut. Diese Ergebnisse entsprechen den Zielen der Strategie Europa 2020. Ferner erstellte ANED eine kommentierte Übersicht über die Gesetzgebung und Politik der Europäischen Union im Bereich Behinderung, bei der sowohl Primärrecht als auch nicht zwingende Rechtsinstrumente berücksichtigt wurden.

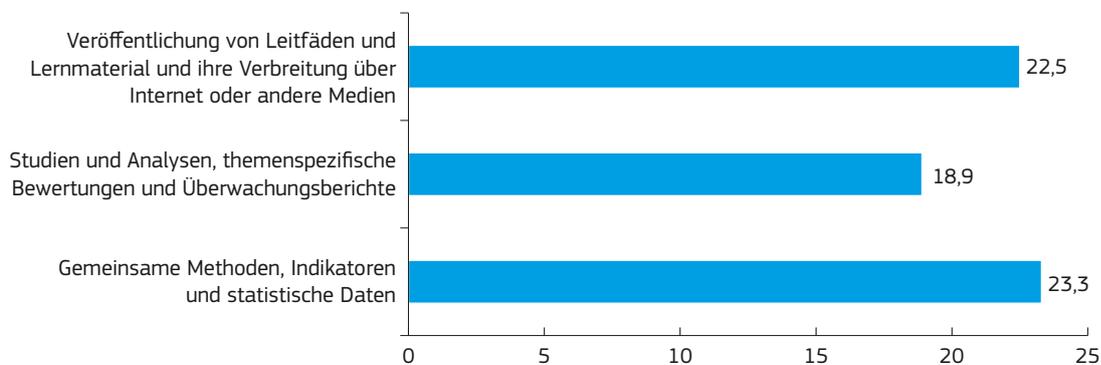
Mehrere durch Progress geförderte Forschungsprodukte ermöglichen es den Akteuren auf EU-Ebene, (1) der Allgemeinheit und verschiedenen Zielgruppen im Bereich Sozialpolitik die politischen Ziele der EU besser zu vermitteln und (2) diese Ziele gegenüber hochrangigen politischen Akteuren besser zu vertreten (siehe Abbildung 1 und 2).

**Abbildung 1: Anteil der Befragten, die angeben, dass die folgenden Faktengrundlagen Instrumente an die Hand geben, um die Ziele der EU-Politik der Öffentlichkeit und den verschiedenen Zielgruppen besser verständlich zu machen (in%)**



Quelle: Progress-Jahresumfrage 2011.

**Abbildung 2: Anteil der Befragten, die angeben, dass die folgenden Faktengrundlagen Instrumente an die Hand geben, um gegenüber hochrangigen politischen Entscheidungsträgern besser für die Ziele der EU-Politik eintreten zu können (in%)**



Quelle: Progress-Jahresumfrage 2011.

## 1.2. Leistungsparameter

### **Leistungsparameter:**

*Die Politik der EU in den Progress-Politikbereichen beruht auf einer gründlichen Analyse der Situation und reagiert auf Bedingungen, Bedürfnisse und Erwartungen in den Mitgliedstaaten*

Aufgrund der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise steht die Europäische Union schwersten Problemen gegenüber. Progress trug zu einer gründlichen Analyse der aktuellen Lage und zur Identifikation möglicher Lösungsansätze bei. 2011 stellte Progress Untersuchungen bereit, in denen aktuelle Entwicklungen analysiert und schnelle Reaktionen vorgeschlagen wurden. Die Mehrzahl der Unter-

suchungen zum Thema **Beschäftigung** enthielten eine Analyse der aktuellen Lage und Vorschläge für schnelle Lösungsstrategien, die der Schwere der Krise gerecht werden. Mit den gesammelten Daten wurde die Fähigkeit der EU gestärkt, die künftigen **Bedürfnisses des Arbeitsmarkts** zu bestimmen, die **Jugendarbeitslosigkeit** zu bekämpfen und die **Folgen der Reformen** zur Verbesserung der Flexibilität und Sicherheit (Flexicurity) auf dem Arbeitsmarkt zu analysieren. Daher gehör-

ten zu den im Rahmen von Progress finanzierten Tätigkeiten **neue Projekte zur Erhebung und Aktualisierung** von umfassenden Daten (Datenbanken, Statistiken, Analyseinstrumente usw.) zu beschäftigungsrelevanten Themen, die der Politik eine solide Informationsgrundlage zur Verfügung stellen. So wurde im Rahmen der Vorarbeiten für den „European Accessibility Act“ mit Mitteln von Progress eine Studie über die sozioökonomischen Folgen neuer Maßnahmen zur barrierefreien Verfügbarkeit von Gütern und Dienstleistungen für Menschen mit Behinderungen gefördert. Die Studie analysierte

außerdem die möglichen Folgen verbesserter Wettbewerbsbedingungen für barrierefreie Güter und Dienstleistungen für Wachstum und Beschäftigung.

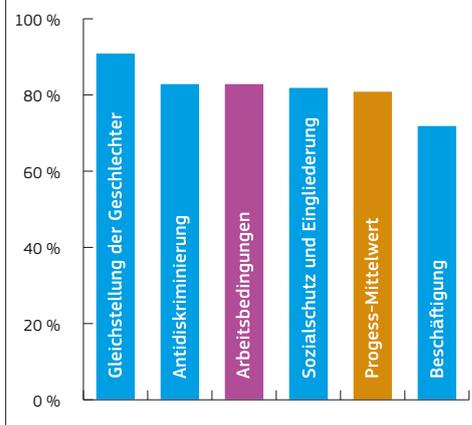
In den Bereichen Geschlechtergleichstellung sowie Sozialschutz und soziale Eingliederung wurden zwei Eurobarometer-Umfragen über die **sozialen Folgen der Krise** und **Frauen in Entscheidungsposition** durchgeführt, um Daten über allgemeine Meinungstrends zu diesen Themen zu sammeln. Im Bereich Antidiskriminierung konnten dank der Finanzierung durch Progress Untersuchungen zur Diskriminierung auf dem europäischen Arbeitsmarkt aus Gründen der sexuellen Ausrichtung und ethnischen Herkunft veröffentlicht werden, die auch Empfehlungen für politische Akteure enthielten. Oberste Priorität bei der Förderung von Forschungsprojekten durch Progress hatte dabei die detaillierte und regelmäßig aktualisierte Erfassung von Daten. Diese Daten ermöglichen weitere Analysen, die die Entwicklung neuer politischer Initiativen und politischer Maßnahmen unterstützen.

### **Die Qualität der Politik und Gesetzgebung der EU in den Progress-Politikbereichen wird weiterhin positiv wahrgenommen**

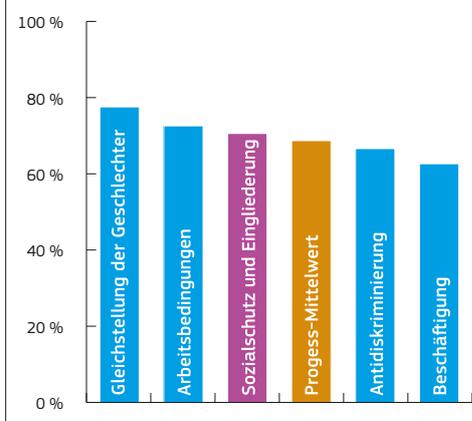
Durchschnittlich gaben über 80 Prozent der im Rahmen der Jahresumfrage befragten Akteure an, dass die EU Politik in ihrem Arbeitsbereich auf einer gründlichen Analyse der Situation beruht. Die Ergebnisse aus dem Jahr 2011 entsprachen damit denen des Jahres 2010. Obwohl die Anzahl der Umfrageteilnehmer, die der Ansicht sind, dass die EU-Politik auf Bedingungen, Bedürfnisse und Erwartungen in den Mitgliedstaaten reagiert, leicht abgenommen hat, stimmen immer noch beinahe 70 Prozent der Befragten dieser Aussage zu (siehe Abbildungen 3 und 4). Im Vergleich zu 2010 bleibt der durchschnittliche Anteil der Akteure, die angeben, dass die EU-Politik auf Bedingungen, Bedürfnisse und Erwartungen in den Mitgliedstaaten reagiert, konstant. Leichte Änderungen sind nur bei einer Aufschlüsselung auf die einzelnen Politikbereiche erkennbar, da 2011 ein größerer Anteil der Befragten aus dem Bereich Sozialschutz und soziale Eingliederung dieser Aussage zustimmten.

Der **Europäische Monitor für offene Stellen (EVM)** bietet einen Überblick über aktuelle Entwicklungen auf dem **europäischen Arbeitsmarkt**. Als Reaktion auf die Veränderungen und Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt rief die Europäische Kommission die Leitinitiative **„Agenda für neue Kompetenzen und Beschäftigungsmöglichkeiten“** ins Leben, die die Mitgliedstaaten bei der Suche und Vorhersage der Kompetenzen für den Arbeitsmarkt von morgen unterstützt. Dabei wurde ein von Progress gefördertes Überwachungssystem als „Frühwarnsystem“ in die Initiative integriert. Weitere Informationen unter <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=955&langId=de>

**Abbildung 3: Anteil der Befragten, die angeben, dass die EU-Politik auf einer gründlichen Analyse der Situation beruht (in %)**



**Abbildung 4: Anteil der Befragten, die angeben, dass die EU-Politik auf Bedingungen, Bedürfnisse und Erwartungen in den Mitgliedstaaten reagiert (in %)**



Quelle: Progress-Jahresumfrage 2011.

#### **Leistungsparameter:**

*Ausmaß, in dem die von Progress geförderten Ergebnisse zur Entwicklung und Umsetzung der Gesetzgebung und Politik der EU beigetragen haben*

**Die Ergebnisse von Progress wurden von der Kommission genutzt und haben dazu beigetragen, politische Debatten auf nationaler Ebene auszulösen bzw. zu intensivieren**

Die Ergebnisse von Progress sind auf allen Stufen des politischen Prozesses der EU in den Bereichen

Beschäftigung sowie Sozialschutz und soziale Eingliederung eingeflossen, d. h. in die Initiierung, Diskussion, Gestaltung sowie die Überwachung und Bewertung politischer Maßnahmen. Dabei gehörten ausführliche Analysen, Konsultationen mit Experten, Folgenabschätzungen und die Auswertung bestehender Maßnahmen zu den wichtigsten analytischen Instrumenten in allen Politikbereichen von Progress.

Um die **Entwicklung und Qualität der Gesetzgebung zu verbessern**, wurde eine Expertengruppe für die Entsenderichtlinie eingesetzt. Bei einer **Fachtagung** wurden die wichtigsten Untersuchungen vorgestellt und diskutiert. Außerdem wurde eine **Folgenabschätzung** der Novellierung des Rechtsrahmens für die Entsendung von Arbeitnehmern erstellt, die Informationsgrundlagen und Empfehlungen für eine Verbesserung der derzeitigen Rechtsvorschriften bereitstellt.

Zu den wichtigsten Themen im Bereich Arbeitsbedingungen gehörten die Entsendung von Arbeitnehmern, Arbeitszeit, die Richtlinien für die Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer sowie befristete Arbeitsverhältnisse und Leiharbeitsverhältnisse. Dabei wurden die Daten gesammelt, die für die jeweilige Phase des politischen Prozesses, in dem diese Themen behandelt werden, am stärksten relevant sind. So wurde beispielsweise zum Thema Entsendung von Arbeitnehmern eine Folgenabschätzung der rechtlichen Aspekte durchgeführt und eine Expertengruppe zur Analyse der gesammelten Daten (vor allem Untersuchungen) eingerichtet. Die Teilnehmer an der Konferenz „Fundamental Social Rights and the Posting of Workers in the Framework of the Single Market“ (Soziale Grundrechte und die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen des Binnenmarkts) am 27. und 28. Juni 2011 in Brüssel, die die offenen Fragen im Fragebogen ausführlich beantworteten, gaben an, dass das in der Konferenz erworbene Wissen ihr Verständnis des Entwurfs für eine Richtlinie über die Umsetzung der Bestimmungen bezüglich der Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen wesentlich verbessern konnte. Einige Teilnehmer stellten fest, dass die Präsentation der Rechtsstudie sehr hilfreich war, um die Probleme der EU bei einer wirksameren Umsetzung der EU-Gesetzgebung zur Entsendung von Arbeitnehmern zu verstehen. Auch bei der Regulierung von befristeten Arbeitsverhältnissen und Leiharbeitsverhältnissen konnten die im Rahmen des Programms Progress erhobenen Daten

einen wichtigen Beitrag zur jeweiligen Phase des politischen Prozesses leisten. Da der politische Prozess in dieser Frage bereits weit fortgeschritten ist, d. h. sich in der Umsetzungsphase befindet, wurden im Rahmen von Progress Berichte über die Umsetzung und Anwendung der Richtlinie erstellt.

In allen Politikbereichen von Progress wurden die erstellten Informationsgrundlagen umfassend und auf allen Ebenen (EU, national, regional und lokal) für die Entwicklung und Umsetzung der Beschäftigungs-, Sozial- und Gleichstellungspolitik und der entsprechenden Rechtsvorschriften genutzt. Zu den im Rahmen des Programms im Jahr 2011 erstellten Informationsgrundlagen, die durch die Teilnehmer der Jahresumfrage als sehr hilfreich eingeschätzt wurden, gehören beispielsweise:

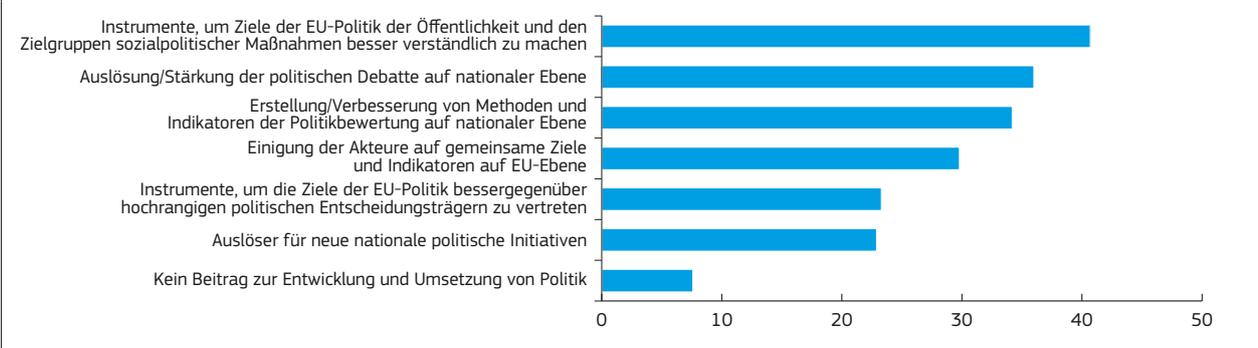
- Beschäftigung: Untersuchung über Arbeitsmobilität in der EU. Die Auswirkung der Erweiterung und das Funktionieren der Übergangsregelungen (circa 80% der Befragten fand die Untersuchung hilfreich),
- Sozialschutz und Eingliederung: MISSOC-Datenbank: Vergleichende Tabellen zum Sozialschutz in 31 Ländern und zwölf wichtigen Bereichen des Sozialschutzes (über 85% der Teilnehmer bezeichnen sie als hilfreich),
- Arbeitsbedingungen: Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit im Gesundheitswesen. Leitfaden für Prävention und gute Betriebspraxis (über 70% der Befragten fanden dieses Produkt hilfreich),

- Antidiskriminierung: Handbook on seeking remedies under EU non-discrimination Directives: „How to present a discrimination claim“ (Handbuch für Klagen aufgrund der Antidiskriminierungsrichtlinien der EU; ca. 70% der Teilnehmer bewerteten dieses Produkt als hilfreich),

- Gleichstellung der Geschlechter: Datenbank Männer und Frauen in wichtigen Entscheidungspositionen. Daten aus 34 Ländern über den Anteil von Männern und Frauen in wichtigen Entscheidungspositionen in der Politik, öffentlichen Verwaltung, Justiz und anderen wichtigen Wirtschaftsbereichen (fast 90% der Befragten fanden die Datenbank hilfreich).

Die durch Progress im Jahr 2011 geförderten gemeinsamen Methoden, Indikatoren und statistischen Daten wurden von den beteiligten Akteuren vor allem als Hilfsmittel geschätzt, um die Ziele der EU-Politik der Öffentlichkeit und den verschiedenen Zielgruppen besser verständlich zu machen (siehe Abbildung 5). Auch die Veröffentlichung von Leitfäden und Lernmaterial und ihre Verbreitung im Rahmen des Programms Progress stellten wichtige Instrumente dar, um die Ziele der EU besser verständlich zu machen. Dagegen trugen die durch Progress finanzierten Studien, Analysen, themenspezifischen Bewertungen und Überwachungsberichte eher dazu bei, nationale politische Debatten anzustoßen bzw. zu stärken. Die Ergebnisse der Umfrage 2011 entsprechen damit weitgehend den Daten aus den Jahren 2009 und 2010.

**Abbildung 5: Anteil der Befragten, die angeben, dass die von Progress erstellten gemeinsamen Methoden, Indikatoren und statistischen Daten am stärksten beigetragen haben zu (in %):**



Quelle: Progress-Jahresumfrage 2011.

### 1.3. Zusammenfassung der Tätigkeiten und Ergebnisse

Die durch Progress finanzierten Datenerhebungsinstrumente sind auf die unterschiedlichen Bedürfnisse ihrer Adressaten (im Wesentlichen die Kommission, aber auch Mitgliedstaaten, Sozialpartner, NRO und andere Interessenvertreter) zugeschnitten und fließen in verschiedenen Phasen in den politischen Prozess ein. Progress pflegt und entwickelt die für die Beschäftigungs- und Sozialpolitik der EU erforderliche Informationsgrundlage, indem es **zwei Arten von Produkten** finanziert: **politische Beratung, Forschung und Analyse sowie statistische Instrumente, Methoden und allgemeine Indikatoren**. Diese beiden Produktarten sind eng miteinander verknüpft. Politische Forschung und Analyse wird durch das Sammeln und die Analyse von quantitativen Daten ermöglicht, während die Entwicklung neuer statis-

tischer Instrumente einen beträchtlichen Aufwand an Forschung und Analyse erfordert.

Der Anteil der für die genannten Produkte **zweckgebundenen Finanzmittel stieg leicht von 18,7% im Jahr 2010 auf 22,5% im Jahr 2011**. Diese höheren Ausgaben entsprachen dem verstärkten Informationsbedarf als Reaktion auf neue politische Herausforderungen beispielsweise in den Bereichen **Jugend im Arbeitsmarkt, Flexicurity, Alter oder Rolle der Frauen in Entscheidungsprozessen**.

Im Jahr 2011 erzeugte Progress 314 Berichte, die der Entwicklung angemessener statistischer Instrumente, Methoden und Indikatoren dienen, sowie 250 Berichte, die auf politische Beratung, Forschung und Analyse ausgerichtet waren, die meisten davon im Bereich Sozialschutz und soziale Eingliederung (siehe Tabelle 5).

**Tabelle 5: Anzahl der 2011 erzeugten Faktengrundlagen**

Leistungskategorie	Politikbereich					
	Gesamt	Beschäftigung	Sozialschutz und soziale Eingliederung	Arbeitsbedingungen	Antidiskriminierung	Gleichstellung der Geschlechter
<b>Entwicklung statistischer Instrumente, Methoden und allgemeiner Indikatoren</b>						
Anzahl der Berichte oder anderen Produkte zur Entwicklung angemessener statistischer Instrumente, Verfahren und Indikatoren, davon	314	87	124	89	12	2
– im Auftrag der Kommission	25	10	10	3	–	2
– unter Finanzhilfvereinbarungen erzeugt (*)	289	77	114	86	12	–
<b>Politische Beratung, Forschung und Analyse</b>						
Anzahl der Berichte zur politischen Beratung, Forschung oder Analyse	250	60	107	29	41	13
– im Auftrag der Kommission	53	20	5	7	8	13
– unter Finanzhilfvereinbarungen erzeugt (*)	197	40	102	22	33	–
<b>Bewertungs-/Überwachungsberichte</b>						
Anzahl der Bewertungs- und Überwachungsberichte über die Umsetzung der Gesetzgebung und Politik der EU, davon	112	49	17	22	21	3
– im Auftrag der Kommission (*)	17	–	1	8	5	3
– unter Finanzhilfvereinbarungen erzeugt (*)	95	49	16	14	16	–

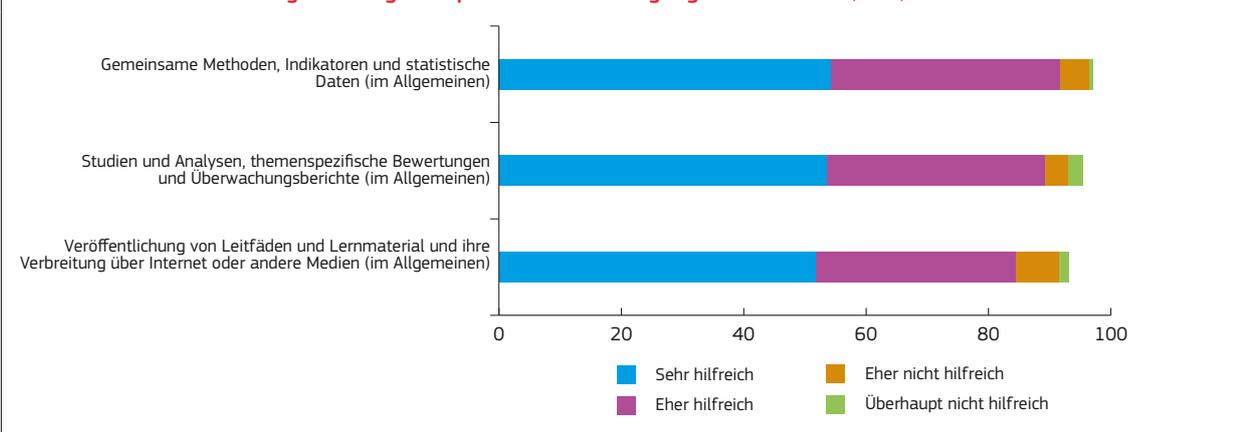
(\*) Bitte beachten Sie, dass es sich bei der genannten Anzahl der unter den Finanzhilfvereinbarungen erzeugten Produkte um den besten verfügbaren Schätzwert handelt. Daten zu den unter Finanzhilfvereinbarungen erzeugten Produkten zur Gleichstellung der Geschlechter liegen nicht vor.

### **Gemeinsame Methoden, Indikatoren und statistische Daten: die nützlichsten Faktengrundlagen**

Zu den nützlichsten Produkten gehören vor allem solche, die über einen längeren Zeitraum erstellt werden, beispielsweise bekannte Informationsquellen wie der Europäische Monitor für offene Stellen (der einen Überblick über aktuelle Entwicklungen auf dem europäischen Arbeitsmarkt bietet) oder die Datenbank über Männer und Frauen in wichtigen Entscheidungspositionen (die Daten über den Anteil von Männern und Frauen in wichtigen Entscheidungspositionen in der Politik, öffentlichen Verwaltung, Justiz und anderen wichtigen Wirtschaftsbereichen aus 34 europäischen Ländern enthält). Ein umfassendes Verzeichnis der Produkte ist in Anhang 2 aufgeführt.

Die Wertschätzung der durch Progress finanzierten gemeinsamen Methoden, Indikatoren und statistischen Daten durch die betroffenen Akteure hat im Lauf der Jahre langsam zugenommen. Im Jahr 2011 wurden gemeinsame Methoden, Indikatoren und statistische Daten von über 90 Prozent der Befragten als hilfreich eingeschätzt, gefolgt von Studien, Analysen, themenspezifischen Bewertungen und Überwachungsberichten (hilfreich für fast 90 Prozent der Befragten) und zuletzt der Veröffentlichung von Leitfäden und Lernmaterial und ihrer Verbreitung über Internet oder andere Medien (hilfreich für 85 Prozent der Befragten) (siehe Abbildung 6). Der Anteil der Befragten, die angeben, dass alle drei Arten der auf EU-Ebene bereitgestellten Faktengrundlagen hilfreich sind, nahm insgesamt leicht zu.

**Abbildung 6: Anteil der Befragten, die angeben, dass die durch Progress geförderten Daten für ihre Bedürfnisse relevant und hilfreich für die Politikgestaltung oder politische Überzeugungsarbeit waren (in %)**

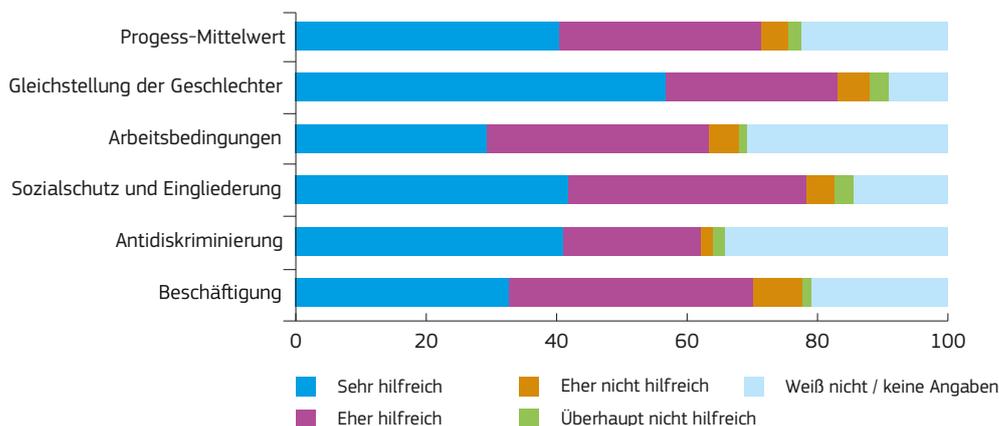


Quelle: Progress-Jahresumfrage 2011.

Bei einem Vergleich der einzelnen Politikbereiche zeigt sich, dass die erstellten Faktengrundlagen (z. B. gemeinsame Methoden, Studien, Analysen und veröffentlichte Leitfäden) besonders in den Bereichen Geschlechtergleichstellung (über 83%

der Befragten nannten die Produkte hilfreich) und Sozialschutz und soziale Eingliederung (78% der Befragten geben an, dass die Faktengrundlage hilfreich ist) als nützlich eingeschätzt wurde (siehe Abbildung 7).

**Abbildung 7: Anteil der Befragten, die angeben, dass die auf EU-Ebene gewonnene Faktengrundlage für ihre Bedürfnisse relevant sowie hilfreich für die Politikgestaltung oder politische Überzeugungsarbeit waren (aufgeschlüsselt nach Politikbereich in%)**



Quelle: Progress-Jahresumfrage 2011.

### ***Politische Beratung, Forschung und Analyse bleiben wichtigste Informationsgrundlage***

Interne Analysen haben gezeigt, dass besonders drei Faktoren die Nachfrage nach Informationsgrundlagen in Form von politischer Beratung, Forschung und Analyse bestimmen. Diese Faktoren sind die rechtlichen Verpflichtungen der Kommission, die Bedürfnisse der Mitgliedstaaten und anderer Akteure sowie schwierige Problemstellungen, denen sich die Kommission gegenüber sieht. Die Entscheidung, welche Faktengrundlagen erhoben werden müssen, wird durch die Beobachtung politischer Trends und Diskussionen innerhalb der Generaldirektion und mit betroffenen Akteuren getroffen. Normalerweise werden entweder Netzwerke von unabhängigen Experten oder Rechtsexperten oder externe Auftragnehmer mit der Erstellung der Faktengrundlage beauftragt. **Expertenetzwerke** haben den Vorteil, dass sie in relativ kurzer Zeit nationale Daten erheben und einfache Analysen durchführen können. Allerdings sind sie auf ein vergleichsweise enges Themenfeld spezialisiert und daher nur eingeschränkt in der Lage, die komplexen quantitativen bzw. vergleichenden Analysen durchzuführen, die **externe Dienstleister** liefern können. Deshalb werden Expertenetzwerke für die eilige Durchführung nationaler Untersuchungen und Datenerhebungen bevorzugt und externe Dienstleister eher für

anspruchsvollere und längerfristige Aufgaben herangezogen. Die durchschnittliche Durchführungsdauer der Forschungsaufträge (d. h. der Zeitraum von der ersten Formulierung des Untersuchungsgegenstands durch die Kommission bis zur Abgabe des Endprodukts durch den Auftragnehmer) hängt vom Umfang des Auftrags ab und schwankt zwischen 8,5 Monaten für kleine Studien (Aufträge unter 60 000 EUR) und 23 Monate für umfangreiche Untersuchungen (Auftrag über 250 000 EUR). Die durchschnittliche Fertigstellungsfrist für den Bericht eines Expertenetzwerks beträgt dagegen nur sieben Monate.

Die Analyse zeigt, dass die erstellten Studien dank der sorgfältigen Planung und Einschätzung politischer Prioritäten in den Bereichen Beschäftigung, Sozialschutz und soziale Eingliederung, Arbeitsbedingungen, Geschlechtergleichstellung und Antidiskriminierung im Allgemeinen wie vorgesehen genutzt und verbreitet werden. Allerdings wird die Nutzung der Faktengrundlagen durch die Dauer des Erhebungsverfahrens und durch Sprachgrenzen eingeschränkt. So erfordert die Verbreitung von Untersuchungsergebnissen viel Zeit und Mühe auf Seiten der Kommission und der Vertreter der Mitgliedstaaten, weil verfügbare Daten erst erfasst und verbreitet werden müssen. Gleichzeitig beherrschen viele nationale Akteure die englische Sprache nicht ausreichend, um die erzeugten Faktengrundlagen nutzen zu können.

## 2. EFFEKTIVER INFORMATIONSAUSTAUSCH UND LERNEN ÜBER GESETZGEBUNG UND POLITIK DER EU

In der modernen Politikgestaltung hat die Wirksamkeit eine hohe Priorität, d. h. bestehende Maßnahmen und Strategien sollen so umgesetzt werden, dass sie zu den gewünschten Ergebnissen führen. Informationsaustausch und (gegenseitiges) Lernen dienen dem **Wissenstransfer** und stellen der EU und den Mitgliedstaaten Leitlinien für eine effektive Gestaltung und Umsetzung von Politik gemäß den gemeinsamen Zielen, Strategien und Rechtsvorschriften der Europäischen Union zur Verfügung. Maßnahmen zum Informationsaustausch und gegenseitigen Lernen tragen zu einem **besseren Verständnis** und einem **stärkeren Bewusstsein** für die Beschäftigungs- und Sozialpolitik der EU in der europäischen Gesellschaft bei. Durch Progress geförderte Konferenzen, Arbeitspapiere, Medienkampagnen, Audio- und Videomaterialien, Websites und sonstige Kommunikationsformen wurden flächendeckend als effektive Kommunikationsmittel zwischen der Kommission und den Interessenvertretern genutzt.

2011 wurden in allen Progress-Politikbereichen viele Maßnahmen zum Austausch von Erfahrungen und bewährten Verfahren durchgeführt, unter anderem **Peer-Review-Seminare** und andere Veranstaltungen zum Informationsaustausch sowie Schulungsveranstaltungen für **Rechtspraktiker und Politiker** und Vertreter der **Zivilgesellschaft** und der **Sozialpartner**. Im Bereich der Geschlechtergleichstellung und Antidiskriminierung führte Progress einige Projekte aus den letzten Jahren fort, nämlich die **Seminarserie „Beschäftigung in Europa“** sowie **nationale Sensibilisierungskampagnen**. Neben den bereits etablierten Aktivitäten lag 2011 ein wichtiger Schwerpunkt auf der Suche nach neuen Lösungsstrategien für die Wirtschaftskrise. Dazu wurden verschiedene Veranstaltungen zum Austausch von Wissen und Erfahrungen zu besonders gefährdeten Gruppen (z. B. arbeitslosen Zuwanderer) und deren Qualifikationen (z. B. falsche und nicht ausreichende genutzte Qualifikationen) veranstaltet. Im Bereich Sozialschutz und soziale Eingliederung wurde im Jahr 2011 eine wichtige neue Maßnahme für innovative Politik zur Beeinflussung von **Altersmodellen** eingeführt.

### 2.1. Beitrag zu den Zielen der EU

Um politische Lösungen zu finden, die allen Seiten gerecht werden, müssen alle wichtigen Akteure an der Entwicklung einer gemeinsamen und nachhaltigen Lösung beteiligt werden. Ein gemeinsames Verständnis der wichtigsten Probleme und politischen Lösungsansätze ist eine wichtige Voraussetzung, um erfolgreich die Ziele und Prioritäten der EU in den Bereichen Sozial-, Beschäftigungs- und Gleichstellungspolitik erreichen zu können. Ein besseres Verständnis dieser Ziele und Prioritäten bei Politikern, Entscheidungsträgern und anderen Akteuren auf nationaler und EU-Ebene erleichtert die Annäherung einzelstaatlicher Maßnahmen an die Ziele und Prioritäten der EU. Das wichtigste Ziel dieser Aktivitäten ist es, bei den wichtigsten Akteuren ein stärkeres Gefühl der Eigenverantwortung für die Ziele der EU zu wecken und so neue Initiativen für nationale Maßnahmen zu Erreichung dieser Ziele anzuregen sowie neue Themen, Innovationen, Lern- und Multiplikatoreffekte und die politische Debatte in den Mitgliedstaaten zu fördern.

#### *Progress stellte den Mitgliedstaaten ein Forum für gegenseitiges Lernen und für den Austausch von bewährten Verfahren bereit*

Progress finanzierte Veranstaltungen für gegenseitiges Lernen in allen relevanten Politikbereichen. Diese Veranstaltungen gaben politischen Akteuren und Entscheidungsträgern aus den Mitgliedstaaten die Möglichkeit, ihre politische Tätigkeit an die Ziele der EU anzugleichen. Dies bestätigten beinahe 85 Prozent der befragten Vertreter aus den Mitgliedstaaten. Die Vertreter einzelstaatlicher Institutionen gaben an, dass sie in den Veranstaltungen, an denen sie teilgenommen hatten, **Verfahren und Instrumente** kennenlernen konnten, die **übertragbar und/oder nachweislich erfolgreich** sind. Außerdem erklärte die große Mehrheit der nationalen Akteure, dass sie das in den durch Progress geförderten Veranstaltungen erworbene Wissen **für die politische Gestaltung und Überzeugungsarbeit in ihrem Land** nutzen möchten.

Progress ist das wichtigste Finanzinstrument für gegenseitiges Lernen und für den Austausch bewährter Verfahren im Bereich Beschäftigung und soziale Solidarität im Rahmen der Europäische Beschäftigungsstrategie (EBS) und der offenen Koordinierungs-

methode für Sozialschutz und soziale Eingliederung (Soziale OMK). Das Programm unterstützt die Mitgliedstaaten durch das Programm für gegenseitiges Lernen in den Bereichen Beschäftigung sowie Sozialschutz und soziale Eingliederung.

Im Rahmen des Programms für gegenseitiges Lernen wurden im Herbst 2011 einige Peer-Review-Berichte zur **Förderung der Selbständigkeit von jungen Menschen** erarbeitet. Die Berichte konzentrierten sich auf zwei konkrete Maßnahmen aus Spanien. Eine der Maßnahmen der spanischen Regierung bestand in geänderten Regeln zur Arbeitslosenunterstützung von Jugendlichen, mit denen junge Arbeitslose zum Schritt in die Selbständigkeit ermutigt werden sollen. Die Beiträge des Gastlands und der teilnehmende Länder wurden durch eine Analyse ergänzt, in der die bestehenden Maßnahmen und Verfahren zur Förderung der Selbständigkeit junger Menschen zusammengefasst und wichtige Elemente bei der Entwicklung von Förderprogrammen identifiziert wurden.

Peer Review zum Thema **Wege aus dem Dilemma – auf der Suche nach Möglichkeiten, mit einem steigenden Versorgungsbedarf und beschränkten Mitteln umzugehen**, Stockholm (Schweden), 20. und 21. Oktober 2011. Teilnehmende Länder: **Bulgarien, Zypern, Dänemark, Estland, Deutschland, Luxemburg, Slowenien**. Interessenvertreter: **AGE, Caritas**. Alle europäischen Länder müssen Wege finden, den Pflegebedarf einer alternden Bevölkerung mit begrenzten Ressourcen zu decken. Dieses Problem wird durch die Sparzwänge noch verschärft, die sich aus der Finanzkrise und dem anschließenden Wirtschaftsabschwung ergeben und die Effekte des demografischen Wandels verstärken. Obwohl die Pflegesysteme der einzelnen Länder sehr unterschiedlich sind, stehen alle vor der Aufgabe, den Pflegebedarf zu senken und gleichzeitig den Pflegebedürftigen hochwertige Pflege bereitzustellen ohne die Kosten für den Staatshaushalt explodieren zu lassen. Im Rahmen des Seminars wurden Vorschläge und Ideen ausgetauscht und zur Entwicklung neuer Strategien eingesetzt.

Im Bereich **Beschäftigung** wurden im Rahmen des Programms für gegenseitiges Lernen sechs **Peer-Review-Seminare** abgehalten, die sich mit ausgewählten Initiativen der Beschäftigungspolitik zu den vordringlichen Themen der EBS beschäftigten. Zu den wichtigsten Themen, die 2011 im Programm für gegenseitiges Lernen behandelt wurden, gehören die Förderung der Selbständigkeit von jungen Menschen, die Vermittlung und Weiterbildung von Hochschulabsolventen, die Auswertung von Arbeitsmarktmaßnahmen und -programmen sowie Interventionen für Beschäftigung und Wirtschaftswachstum.

Progress unterstützte acht **Peer-Review-Seminare im Bereich Sozialschutz und soziale Eingliederung** in den einzelnen Mitgliedstaaten mit dem Ziel, den gegenseitigen Lernprozess, die Übertragung erfolgreicher Initiativen und ein gemeinsames Verständnis von und Eigenverantwortung für EU-Ziele in diesen Bereichen zu fördern (Weitere Informationen dazu finden sich in Kapitel 2.3, Tabelle 8: Teilnahmen von Mitgliedstaaten an Peer Reviews im Bereich Sozialschutz und soziale Eingliederung im Jahr 2011).

Die wichtigsten Themen der Peer Reviews im Bereich Sozialschutz und soziale Eingliederung des Jahres 2011 waren Armutsgefährdung von Erwerbstätigen, Sicherheit

**Seminar zum Austausch bewährter Verfahren im Kampf gegen Altersdiskriminierung beim Zugang zum und Aufstieg im Arbeitsmarkt**, Wien (Österreich), 21. März 2011. Das Seminar diente der Vorstellung bewährter Verfahren und der Förderung von Zusammenarbeit und Informationsaustausch. In einer Diskussionsrunde wurden Maßnahmen für einen besseren Zugang zum Arbeitsmarkt aus **Österreich, den Niederlanden, Slowenien, Frankreich, Dänemark, Tschechien, Estland und Finnland** vorgestellt. Auch Vertreter des Netzwerks von Experten für sozioökonomische Fragen im Bereich der Bekämpfung von Diskriminierung nahmen an der Runde teil.

Zur **besseren Umsetzung des zweiten Antidiskriminierungsgesetzes** wurde vom Zentrum für Friedensforschung in **Kroatien** eine Reihe von Maßnahmen umgesetzt. Ungefähr hundert Richter, Anwälte, Staatsanwälte und Vertreter von NRO wurden über die Verfahrensaspekte des neuen umfassenden Antidiskriminierungsgesetzes und die internationale Rechtsprechung im Bereich Antidiskriminierung informiert. Ein Ergebnis der Schulungen war ein Lehrplan und Handbuch für Richter, Staatsanwälte und Anwälte, das von der Expertengruppe auf der Grundlage des Lehrplans und der Auswertung der Seminare erstellt und der Justizakademie zur weiteren Verwendung und Wissensvermittlung übergeben wurde. Die Regionalkonferenz war eine der letzten Veranstaltungen des Projekts und diente der Verbreitung der im Verlauf des Projekts erstellten Druckschriften. Außerdem bot sie einer großen Anzahl von Akteuren, wie etwa Experten, Regierungsvertretern, Mitarbeitern von Ombudsmann-Stellen und internationalen Fachleuten ein Forum für den Austausch von Erfahrungen und Wissen. Auf diese Weise bot sie der Zivilgesellschaft eine Plattform der Zusammenarbeit und gegenseitigen Unterstützung im Kampf gegen Diskriminierung.

und Leistbarkeit kapitalgedeckter Altersvorsorge, Armutsziele, Unterstützung von Eltern, steigender Pflegebedarf bei beschränkten Mitteln, Altersrente von Frauen, Effizienz des sozialen Schutzes, aktives Altern und Aktivierung älterer Zuwanderer.

Progress unterstützte 2011 zwei **Seminare zum Austausch bewährter Verfahren** im Bereich der **Antidiskriminierung**. (weitere Informationen in Kapitel 2.3). Die Seminare behandelten den Kampf gegen Altersdiskriminierung auf dem Arbeitsmarkt und den Kampf gegen Diskrimi-

nierung aufgrund der sexuellen Ausrichtung und Geschlechtsidentität. An diesen Seminaren nahmen alte und neue Mitgliedstaaten gleich aktiv teil (siehe Tabelle 9).

Progress förderte durch die Vergabe projektspezifischer Zuschüsse in den Mitgliedstaaten der EU, den EFTA-/EWG-Ländern sowie den Beitritts- und Kandidatenländern auch einzelstaatliche Maßnahmen zur Identifizierung bewährter Verfahren im Kampf gegen Diskriminierung und zur Förderung der Gleichstellung. Die wichtigsten Ziele dieser Maßnahme waren (1) eine bessere Umsetzung der Gesetzgebung über Antidiskriminierung gemäß den Richtlinien 2000/43/EG und 2000/78/EG, (2) die Entwicklung nationaler politischer Initiativen, (3) die bessere Verbreitung von Informationen über die politischen Initiativen und die Gesetzgebung der EU und der Mitgliedstaaten im Bereich Antidiskriminierung und (4) die Identifizierung bewährter Verfahren, die sich für die Übertragung auf andere teilnehmende Länder eignen. Insgesamt nahmen

21 Mitgliedstaaten an den Maßnahmen teil, wobei Österreich, Zypern, Luxemburg, Malta und Großbritannien jeweils zwei Projekte durchführten. Die meisten Maßnahmen waren auf mehr als ein Jahr angelegt. Daher wurden nur wenige davon im Jahr 2011 abgeschlossen.

Im Politikbereich Beschäftigung finanzierte Progress mit Finanzhilfvereinbarungen eine Vielzahl von Aktivitäten wie z. B. Maßnahmen zum Austausch und zur Verbreitung von bewährten Verfahren in verschiedenen Themenbereichen unter der Zuständigkeit der GD Beschäftigung, Soziales und Integration, die eng mit dem Programm für gegenseitiges Lernen der Europäischen Beschäftigungsstrategie verbunden sind. Die Zuschuss-

empfänger behandelten wichtige Themen wie Flexicurity, Bekämpfung der Schwarzarbeit, Entwicklung neuer Kompetenzen und nachhaltige Beschäftigung, auch wenn infolge der jüngsten Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt die Folgen der Wirtschaftskrise in der Mehrheit der geförderten Projekte ebenfalls eine gewisse Rolle spielten.

Im Politikbereich Arbeitsbedingungen finanzierte Progress eine Reihe von Projekten zur Verbreitung der Themen, die in der Mitteilung der Kommission zur Umstrukturierung und Beschäftigung behandelt werden. Schwerpunkte dieser Projekte waren ein besseres Verständnis des Umstrukturierungsbedarfs, Forschung in den Bereichen Gesundheit und Wohlbefinden am Arbeitsplatz in Zeiten des Umbruchs und die Förderung der finanziellen Beteiligung von Arbeitnehmern. Konkret wurden in den meisten Projekten Themen wie die soziale Verantwortung von Unternehmen, Innovation und die zu erwartenden Folgen des Umbaus des öffentlichen Sektors und der Gesellschaft behandelt.

### ***Progress förderte Lernprozesse durch Modellversuche***

Die Strategie Europa 2020 bestätigt, dass die Fähigkeit der EU zu intelligentem, nachhaltigem und integriertem Wachstum wesentlich davon abhängt, ob sie in der Lage ist, **innovative und neue Lösungen für soziale Herausforderungen** zu entwickeln. Die Wirtschaftskrise belastet die sozialen Sicherungssysteme in ganz Europa extrem. Einerseits hat sie den Bedarf nach Sozialtransfers (Arbeitslosenunterstützung, sozialer Wohnungsbau und allgemeiner Sozialschutz) merklich erhöht. Andererseits hat sie die Notwendigkeit von Haushaltspolitik und Nachhaltigkeit verschärft. Die aktuellen Debatten über Sozialpolitik nach der Krise und die Strategie Europa 2020 haben einige wichtige Problemfelder verdeutlicht. Dazu gehören insbesondere die Notwendigkeit innovativer Ansätze zur Lösung aktueller und künftiger sozialer Herausforderungen (unter Einbeziehung neuer Akteure, mit neuen Inhalten, veränderten Leistungssystemen usw.), die Erhöhung der Kosteneffizienz der Beschäftigungs- und Sozialpolitik und eine stärkere Nutzenkontrolle bei der Politikgestaltung.

Daher unterstützte Progress im Jahr 2011 die Mitgliedstaaten im Bereich Sozialschutz und soziale Eingliederung vor allem durch die Förderung von Modellprojekten, mit denen Sozialreformen und geplante politische Strategiewechsel vor der breiten Umsetzung (im Erfolgsfall) in Feldversuchen getestet wurden. Die Projekte, die Finanzhilfen erhielten, mussten zur Entwicklung und Erprobung von innovativen Ansätzen in der Sozialpolitik beitragen, die den politischen Prioritäten der EU (soziale Eingliederung benachteiligter Gruppen, Qualität der Kinderbetreuung, aktives und gesundes Altern

Ziel des Projekts **European Retrofit Network (ERN)** ist der Aufbau eines internationalen Netzwerks zur Erfassung und Verbreitung von Informationen über die Folgen der ökologischen Wende für die Beschäftigung in der Bauwirtschaft, insbesondere durch Investitionen in die nachträgliche Ausstattung bestehender Wohngebäude mit grüner Technologie. Mit dem Projekt werden zwei Ziele verfolgt. Erstens werden entsprechend den Prioritäten der Europäischen Beschäftigungsstrategie (EBS) Ausbildungs- und Beschäftigungschancen für benachteiligte Gruppen identifiziert, die durch Investitionen in den Ausbau von Altbauten vermutlich entstehen, und zweitens werden bewährte Verfahren ermittelt und wirksame Strategien entwickelt, um den umweltgerechten Ausbau von Wohngebäuden zu fördern, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß und Energieverbrauch zu senken und so den Klimawandel zu bremsen.

und Übergang Jugendlicher von der Ausbildung in den Arbeitsmarkt) im Rahmen der Strategie 2020 und der offenen Methode der Koordinierung im Bereich Sozialschutz und soziale Eingliederung entsprechen. Besonders wichtig waren dabei die methodologischen Aspekte von sozialpolitischen Modellversuchen in verschiedenen Reformphasen sowie die anschließenden Maßnahmen zum gegenseitigen Erfahrungsaustausch.

Die durch Progress geförderten Projekte beschäftigen sich unter anderem mit der aktiven Eingliederung von schwer vermittelbaren Arbeits-

### *Progress förderte die Entwicklung, Prüfung und Verbreitung innovativer Lösungen für gemeinsame europäische Herausforderungen*

Mit der Finanz- und Wirtschaftskrise sind in der EU auch neue soziale Probleme entstanden, für die innovative politische Lösungen und Ansätze entwickelt werden müssen. Daher unterstützte Progress auch 2011 innovative Projekte in den für das Programm relevanten Politikbereichen (weitere Informationen finden sich in Kapitel 2.3, Tabelle 12: Teilnahme der

Eines der sozialen Modellprojekte verfolgte das Ziel, die Wirkung von **Schutzzentren für junge Erwachsene mit Autismus** auf deren soziale Eingliederung und Beschäftigungsfähigkeit zu prüfen und zu untersuchen, wie derartige Dienstleistungsmodelle an die Bedürfnisse junger Erwachsener mit Autismus in **verschiedenen nationalen Kontexten** angepasst werden können. Die meisten Erwachsenen mit Autismus sind arbeitslos, sozial schlecht integriert und daher armutsgefährdet. Eine mögliche Lösung sind autismusfreundliche Schutzzentren, soziale Dienstleistungszentren, in denen junge Menschen in einer an ihre Bedürfnisse angepassten Umgebung ein wenig Zeit außerhalb ihrer Familie verbringen und ihre sozialen und sonstigen Fähigkeiten entwickeln können. Die Ergebnisse des Projekts werden in einem Schutzzentrum in Slowenien erprobt und von den Partnern sachkundig unterstützt. Der Modellversuch wird überwacht und seine Erfolge werden wissenschaftlich erfasst und mit bestehenden Sozialdienstsystemen in zwei verschiedenen Ländern (**Slowenien und Ungarn**) verglichen. Die Ergebnisse werden durch das Netzwerk „Autism Europe“ verbreitet und in politische Empfehlungen an die nationalen Behörden in Slowenien umgesetzt, die bereits das Modellprojekt in Auftrag gegeben haben.

losen, der Bekämpfung von Kinderarmut und der stärkeren Zugänglichkeit, Qualität und Wirtschaftlichkeit von Gesundheitsleistungen und Langzeitpflege alter Menschen (weitere Informationen finden sich in Kapitel 2.3, Tabelle 11: Teilnahme der Mitgliedstaaten an Modellprojekten im Sozialbereich im Jahr 2011). Mehrere soziale Modellprojekte konzentrierten sich auf die Beseitigung von Barrieren für ältere Menschen und deren Familien und einen besseren Zugang zu kommunalen Gesundheits- und Pflegediensten, auf die Modernisierung von Dienstleistungen und die Entwicklung von Qualitätsnormen (d. h. für Langzeitpflege und Sozialdienste für hilfsbedürftige ältere Menschen). Wichtigstes Ziel war die Erprobung unterschiedlicher Zugangsmöglichkeiten für einzelne Dienstleistungen, um die Wahlmöglichkeit älterer Menschen in Bezug auf verfügbare Sozialdienste zu erhöhen. Andere Modellprojekte dienten der praktischen

Erprobung innovativer Verfahren zur Eingliederung benachteiligter Gruppen (z. B. Behinderte und Wohnungslose) in den Arbeitsmarkt. Besonders interessant war ein Mentorenprojekt zur Unterstützung einzelner Zielgruppen beim Übergang aus einer geschützten Umgebung (z. B. Haft, Entzugsklinik, Militärdienst oder psychiatrischer Klinik) in den freien Arbeitsmarkt.

Das britische Projekt **SkillPass** ist ein innovativer Ansatz zur Förderung der Mobilität von Arbeitnehmern durch die Vermittlung von Arbeitnehmern mit Hilfe international anerkannter Bewertungsmaßstäbe der Arbeitsleistung. Das Projekt hat vier Ziele: (1) Entwicklung und Erprobung einer internetbasierten Kompetenzplattform, auf der mindestens 500 Personen zwei Jahre lang ihre Qualifikation für eine Reihe von Stellen in mindestens drei Sektoren bewerten können. (2) Entwicklung eines proaktiven Leitsystems auf der Grundlage einer Datenbank von Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten. (3) Gemeinsame Nutzung dieses Rahmens mit Partnern einschließlich der Übersetzung von Schlüsselementen der Website zur Förderung der geografischen Mobilität innerhalb von Europa und Anwerbung besonders qualifizierter Arbeitnehmer. (4) Nutzung der neuen Plattform durch mindestens 50 Arbeitgeber zur Anwerbung und Weiterbildung von Arbeitnehmern. Das Projekt wird entwickelt, um verschiedene Zielgruppen zu erreichen. Dazu gehören junge Menschen ohne Ausbildung, Menschen über 50, die vor Kurzem ihre Stelle verloren haben und ihre Qualifikation in neue Sektoren einbringen können, Langzeitarbeitslose und Menschen, die noch nie eine Arbeitsstelle hatten.

Mitgliedstaaten an innovativen Projekten zur Mobilität von Arbeitskräften im Jahr 2011). Auch im Jahr 2011 unterstützte Progress innovative Projekte in den Progress-Politikbereichen. Die vier Projekte, die umgesetzt wurden (und derzeit immer noch laufen) betreffen die Mobilität von Frauen, die Mobilität von Studierenden und Berufsanfängern sowie die Mobilität von Zuwandern. An diesen Maßnahmen waren acht EU-Mitgliedstaaten und Island federführend oder als Partnerland beteiligt (siehe dazu auch Tabelle 12).

Zu den Maßnahmen im Bereich Beschäftigungspolitik gehört auch eine offene Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen zur Arbeitskräfte-

Das Projekt „**MOVE – mobility online in vocation and education 01/04**“ der dänischen Arbeitsämter verfolgt das Ziel, die Mobilität von Studierenden und Absolventen zu fördern. MOVE entwickelt und erprobt innovative Lösungen für eine bessere Mobilität von Absolventen (innerhalb des Landes und in der EU), die dann mit anderen Ländern ausgetauscht werden. Wichtigste Ziele von MOVE sind die Verbesserung der Betreuungssysteme an Universitäten und anderen Hochschuleinrichtungen, die Entwicklung einer Arbeitslosenversicherung für Hochschulabsolventen, die Weiterentwicklung von EURES und eines EU-weiten Netzwerks zur Förderung der beruflichen Mobilität von Studierenden und Berufsanfängern und die Unterstützung von Absolventen beim Einstieg in den Arbeitsmarkt.

Progress förderte eine Seminarserie (z. B. ein Seminar für Rechtspraktiker über „EU-Gesetzgebung zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Praxis“, 14. und 15. März 2011). Die Seminare berücksichtigten die Informationsbedürfnisse unterschiedlicher Zielgruppen. Drei Seminare richteten sich an Mitglieder der Judikative (Richter, Staatsanwälte, Beiräte), zwei an Rechtspraktiker (freie Anwälte, Justitiare von Gewerkschaften oder Arbeitgeberverbänden, NRO, Aufsichtsbehörden oder Gleichstellungsstellen) und eines an Akademiker (Professoren, Juradozenten). **Die Teilnehmer kamen aus 34 Ländern**, nämlich aus allen EU-Mitgliedstaaten, EWG/EFTA-Ländern, Beitrittsländern und einem Kandidatenland. Diese Maßnahme diente dem Zweck, die **Umsetzung der Ziele** der Europäischen Union in den Bereichen Beschäftigung und Soziales finanziell zu unterstützen und zur Erreichung der Ziele der Strategie 2020 beizutragen.

mobilität in der EU, die durch Finanzhilfvereinbarungen gefördert wurden. Zweck der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen „Innovative Projekte zur Förderung der Mobilität der Arbeitskräfte in der EU“ war die Entwicklung, Prüfung und Verbreitung von innovativen Lösungen in diesem Bereich. Die Aufforderung wendet sich an Projekte, die darauf abstellen, die geografische und berufliche Mobilität der Arbeitskräfte zu erleichtern, indem Mobilitätshindernisse beseitigt oder die Rahmenbedingungen für die Mobilität verbessert werden. Derzeit werden noch vier verschiedene Projekte durchgeführt, die sich mit den am stärksten benachteiligten Gruppen auf dem Arbeitsmarkt beschäftigen, nämlich mit der Mobilität von Frauen, Studierenden und Absolventen und Zuwanderern. Institutionen aus acht EU-Mitgliedstaaten und Island sind entweder als Mittelempfänger oder Partner an diesen Projekten beteiligt.

### ***Progress bot den wichtigsten Akteuren in den Mitgliedstaaten praktische Hilfe in Form von Leitlinien und Weiterbildung***

Progress stellte den Mitgliedstaaten praktische Hilfsmittel für die effektive Umsetzung und Anwendung der EU-Gesetzgebung bereit. Das

Programm förderte die Entwicklung von nicht verbindlichen Leitfäden für bewährte Verfahren, Handbüchern und sonstigen Materialien zum Informationsaustausch und Lernen. 2011 wurden Leitfäden für bewährte Verfahren zur Umsetzung von Richtlinien (und der zugehörigen Berichterstattung) im Bereich Arbeitsbedingungen erstellt, wie beispielsweise der Leitfaden „Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit im Gesundheitswesen.

Leitfaden für Prävention und gute Betriebspraxis“ (den beinahe drei Viertel der Befragten als hilfreich bezeichneten) und der nicht verbindliche Leitfaden für bewährte Verfahren zum Verständnis und zur Durchführung der Richtlinie 92/57/EWG – Baustellen (den mehr als drei Fünftel der Teilnehmer hilfreich fanden). Da die Richtlinie 2009/38/EG bis zum 6. Juni 2011 in nationales Recht umgesetzt werden musste, unterstützte Progress außerdem die Produktion eines Videos, eines Werbevideos und von Pressematerial über die neuen Regeln für Europäische Betriebsräte gemäß der Richtlinie 2009/38/EG. Das Material enthielt kurze Informationen über die wichtigsten Merkmale der Europäischen Betriebsräte und die Ziele der Richtlinie.

Progress unterstützte ferner durch Seminare zu Rechtsfragen und den Austausch bewährter Methoden den Informationsaustausch und das gegenseitige Lernen unter Akteuren aus den Bereichen Recht und Politik auf nationaler Ebene. Im Jahr 2011 fanden neun Rechtsseminare und zwei Seminare zum Austausch bewährter Verfahren im Bereich Antidiskriminierung, sieben Rechtsseminare zur Gleichstellung der Geschlechter und zwei Konferenzen des Netzwerks von Frauen in Entscheidungspositionen statt. Das durch Progress finanzierte Forum zur Umsetzung des Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen der Vereinten Nationen ist ein weiteres Beispiel dafür, wie das Programm die wichtigen nationalen Akteure durch Informationsvermittlung praktisch unterstützt. Das Arbeitsforum behandelte die Probleme durch die Umsetzung von Artikel 33 des Übereinkommens, der die Schaffung neuer rechtlicher Strukturen und Organe vorsieht. Dabei bot das Forum einerseits Raum für den Austausch von Meinungen und Erfahrungen und andererseits praktische Informationen über die Folgen der Umsetzung von Artikel 33 des Übereinkommens.

Im Bereich Arbeitsbedingungen finanzierte Progress das jährliche Rechtsseminar des Europäischen Netzwerks für Arbeitsrecht (ELLN) über Grundzüge und aktuelle Entwicklungen des Kündigungsschutzes in Europa. Ferner förderte Progress im Bereich Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz die Arbeit des Ausschusses hoher Arbeitsaufsichtsbeamter (SLIC), der Thementage zur Verbesserung des Gesundheitsschutzes und der Sicherheit von Arbeitnehmern in prekären Beschäftigungsverhältnissen veranstaltete, sowie die Regierungsexpertengruppen zur Umsetzung der Richtlinien zum Arbeitsrecht (beispielsweise die Richtlinie über Leiharbeit).

## 2.2. Leistungsparameter

Zum effektiven Informationsaustausch und effektiven Lernen gehören sowohl die effektive Verbreitung von Informationen (Einweg-Kommunikation) als auch das gegenseitige Lernen (Zweiweg-Kommunikation). Insbesondere die erste dieser Kommunikationsformen fördert den Kontakt der Kommission mit wichtigen Interessenvertretern und der Allgemeinheit und verbessert so das Verständnis von und Bewusstsein für die Strategien der EU im Bereich Beschäftigung und Soziales in der Gesellschaft.

### **Leistungsparameter:**

*Mehr Wissen über ihre Rechte und Pflichten in Bezug auf die Progress-Politikbereiche bei politischen Akteuren und Entscheidungsträgern, Sozialpartnern und NRO*

Die Kenntnis von Rechten und Pflichten verbessert die Umsetzung von EU-Vorgaben, wie Richtlinien, Normen und Rechtsvorschriften, in den Mitgliedstaaten. Progress förderte zahlreiche Maßnahmen zur besseren Koordinierung der Normen der Mitgliedstaaten mit den Normen der Europäischen Union.

Daher finanzierte Progress im Jahr 2011 zahlreiche Informationsmaßnahmen im Bereich Sozialschutz und soziale Eingliederung, beispielsweise zur Umsetzung der **Regeln zur staatlichen Finanzierung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (SGEI)** und zum Entwurf einer neuen Richtlinie über das öffentliche Auftragswesen.

### **Das Wissen der am politischen Prozess beteiligten Akteure ist weiterhin groß**

Das Wissen über Rechte und Pflichten ist bei den Akteuren, die an Progress-Maßnahmen teilnehmen, im Allgemeinen gut entwickelt, insbesondere bei den Akteuren, die direkt am politischen Prozess beteiligt sind.

Das Wissen der Umfrageteilnehmer über einzelne Themen in relevanten Politikbereichen wird im Folgenden dargestellt.

Im Bereich **Arbeitsbedingungen** sind über die Hälfte der Teilnehmer an der Jahresumfrage am ehesten mit (1) der Festlegung von Mindestanforderungen zur Verbesserung der Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen und zur Stärkung der Arbeitnehmerrechte (Arbeitsrecht) und (2) mit der Verbesserung und Vereinfachung der bestehenden Rechtsvorschriften für Arbeitsbedingungen und Gesundheitsschutz und der Sicherheit und Stärkung ihrer praktischen Anwendung vertraut. Weniger verbreitet sind das Wissen über Veränderungsmanagement und die Planung und Begleitung von Umstrukturierungen zur Beschäftigungsförderung (nur 8% der Teilnehmer sind damit gut vertraut).

Im Bereich der **Antidiskriminierung** ist beinahe die Hälfte der Befragten am besten mit dem Rechtsschutz vor direkter und indirekter Diskriminierung und der UN-Konvention zum Schutz der Rechte von Menschen mit Behinderung vertraut. Das am wenigsten bekannte Gebiet ist die soziale und wirtschaftliche Eingliederung der Roma (mit der nur 15% der Befragten sehr vertraut sind).

Im Bereich **Gleichstellung der Geschlechter** sind zwei Drittel der Befragten am besten mit der gleichen wirtschaftlichen Unabhängigkeit für Frauen und Männer, dem geschlechtsspezifischen Lohngefälle und der Vereinbarkeit von Berufs-, Privat- und Familienleben vertraut.

### **Leistungsparameter:**

*Mehr Wissen über Ziele und Strategien der EU in Bezug auf die Progress-Politikbereiche bei politischen Akteuren und Entscheidungsträgern, Sozialpartnern und NRO*

Im gesamten Jahr 2011 haben die durch Progress geförderten Maßnahmen insbesondere im Rahmen der **Europäischen Beschäftigungsstrategie (EBS)** und der Umsetzung der **Strategie Europa 2020** sowie der zwei Leitinitiativen **Agenda für neue Kompetenzen und Beschäftigungsmöglichkeiten** und **Jugend in Bewegung** die politischen Prioritäten der Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Integration umgesetzt. Dabei förderte Progress insbesondere Maßnahmen, die die Initiative „Neue Kompetenzen und Beschäftigungsmöglichkeiten“ unterstützen, beispielsweise Maßnahmen zur besseren Abstimmung von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt und zur Analyse der Beschäftigungseffekte des Übergangs zu einer emissionsarmen Wirtschaft im Sinne einer Vorbereitung auf die Arbeitsplätze von morgen.

**Der neue Leitfaden zu Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse bzw. Sozialleistungen von allgemeinem Interesse** und die **Seminare zu den EU-Vorschriften** erleichtern die Anwendung der EU-Vorschriften durch staatliche Behörden. Die durch das Grünbuch über das öffentliche Auftragswesen und die Mitteilung der Kommission über die Reform der Beihilfavorschriften für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse ausgelöste Debatte führte zu einer **Änderung dieser Vorschriften**. Die informelle Arbeitsgruppe des Ausschusses für Sozialschutz (SPC) war ein wichtiges Forum für diese Debatte. Die Überarbeitung der Vorschriften durch die Arbeitsgruppe des SPC trug zu einem besseren Verständnis der Vorschriften durch die Behörden der Mitgliedstaaten bei und erhöhte die Akzeptanz der Position der Kommission.

Die im Rahmen des Programms Progress koordinierten Maßnahmen haben auch dazu beigetragen, dass wichtige politische Akteure und Entscheidungsträger auf EU-Ebene und in den Mitgliedstaaten die Ziele und Prioritäten der EU im Bereich Solidarität (d. h. Sozialschutz, Rentensysteme, Gesundheits- und Pflegesysteme) besser kennenlernen. Dies führt dazu, dass bestimmte Ziele im Bereich Beschäftigung und soziale Solidarität leichter umgesetzt werden können. Auch dank der durch Progress geförderten Maßnahmen konnte in vielen Punkten ein Konsens erzielt und Vereinbarungen geschlossen werden. Ein gutes Beispiel ist das (im Frühjahr 2012 angenommene) **Weißbuch Rente**, das die Themen Nachhaltigkeit und Angemessenheit von Renten nach der Krise behandelt.

hang veröffentlichte die Kommission Mitte Januar 2012 ein **Grünbuch über europäische Rahmenbedingungen für Umstrukturierung**.

### ***Umfangreiche Informationskampagnen trugen zur Sensibilisierung für die Themen Vielfalt und Gleichbehandlung bei***

2011 finanzierte Progress mehrere breit angelegte Sensibilisierungsmaßnahmen, d. h. Informationskampagnen. Beispiele sind im Bereich der Geschlechtergleichstellung die Kampagne „Gender Pay Gap“ (GPG) und im Bereich der Antidiskriminierung die Kampagne „Für Vielfalt. Gegen Diskriminierung“. Die Kampagne zur Überwindung des geschlechtsspezifischen Lohngefälles beinhaltete eine Reihe nationaler Veranstaltungen, bei denen Arbeitgeber und Arbeitnehmer über die ungleiche Entlohnung von Frauen und Männern informiert wurden und für die Bekämpfung dieses Lohngefälles geworben wurde.

Die Informationskampagne „Für Vielfalt. Gegen Diskriminierung“ hat das Ziel, das Bewusstsein für Diskriminierung aufgrund von **Behinderung, Rasse oder ethnischer Herkunft, Behinderung, Religion oder Weltanschauung, Alter oder sexueller Ausrichtung** zu schärfen. Die Kampagne will auf das

Die erste Veranstaltung der Kampagne im Jahresplan 2011-2012 war das **Sechste Wirtschaftsforum junger Führungskräfte** am 7. September 2011 in Polen. Mehr als 300 junge Menschen aus über 30 Ländern nahmen an der Veranstaltung teil und diskutierten über aktuelle und künftige Probleme vor allem junger Menschen in Europa. Die Kampagne „Gender Pay Gap“ war auf dem Forum vertreten, stellte Informationen und Infomaterial zum Thema geschlechtsspezifisches Lohngefälle bereit und beantwortete die Fragen der Teilnehmer.

Weitere Informationen unter [http://ec.europa.eu/justice/newsroom/gender-equality/events/111125\\_de.htm](http://ec.europa.eu/justice/newsroom/gender-equality/events/111125_de.htm)

Problem der Diskriminierung aufmerksam machen und das Wissen über die EU-Gesetzgebung verbessern. Im Rahmen zahlreicher Veranstaltungen brachte die Kampagne möglichst vielen Menschen die Werte der Vielfalt und die **Grundrechte** in der EU näher. Die Veranstaltungen „Tag der älteren Generation“, „Internationaler Tag der Menschen mit Behinderung“, „Europäische KMU-Woche“ und

Am 10. und 11. März 2001 wurde das **erste jährliche Dreigliedrige Sozialforum** abgehalten. Das Forum findet im Rahmen der **Agenda für neue Kompetenzen und Beschäftigungsmöglichkeiten der Kommission statt und dient dem Ziel, die Sozialpartner an der Agenda zu beteiligen und ihre Eigenverantwortung für diese Leitinitiative zu stärken**. Die Umsetzung der in der Agenda vorgeschlagenen Maßnahmen ist nur durch eine Mischung der verschiedenen politischen Instrumente der EU, d. h. von Gesetzgebung, Koordinierung und **sozialem Dialog**, zu erreichen. Das Forum bot eine Gelegenheit zu grundlegenden und interaktiven Gesprächen mit den Sozialpartnern und Mitgliedstaaten über alle Themenbereiche der Agenda. Außerdem diente das Forum der Vorbereitung für den kommenden **Dreigliedrigen Sozialgipfel** und trug zur aktuellen Debatte über **Wachstum und Beschäftigung** in Zeiten der Haushaltskonsolidierung und über die Rolle der Sozialpartner bei der Gestaltung der **Strategie Europa 2020** bei.

Weitere Informationen unter <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=88&langId=lt&eventId=331&furtherEvents=yes>

Im Bereich Beschäftigung gehört die Leitinitiative **Agenda für neue Kompetenzen und Beschäftigungsmöglichkeiten** zu den wichtigsten Maßnahmen. Im Rahmen dieser Initiative fand im März das erste Dreigliedrige Sozialforum statt. Das Forum förderte die Teilnahme der Sozialpartner an der Agenda und trug so zu zwei wichtigen Zielstellungen des Programms für **Beschäftigung und soziale** Solidarität bei: (1) Es verbesserte das Verständnis von wichtigen Politikern, Entscheidungsträgern und anderen Akteuren auf nationaler und EU-Ebene für die Ziele und Prioritäten der Europäischen Union und (2) stärkte die Partnerschaften zwischen wichtigen politischen Entscheidungsträgern auf EU- und nationaler Ebene und Interessenvertretern. Ferner trug Progress durch mehrere Präsentationen für verschiedene Interessenvertreter wie z. B. die Ausschüsse

für den sektoralen sozialen Dialog, zur Bekanntmachung und Verbreitung der Agenda „**Neue Kompetenzen und Beschäftigungsmöglichkeiten**“ bei.

Das erste jährliche Dreigliedrige Sozialforum förderte die Partnerschaft und den strategischen Dialog der Arbeitsvermittlungen im staatlichen, privaten und gemeinnützigen Sektor. In diesem Zusammen-

„Internationaler Jugendtag“ wurden alle für die Informationskampagne genutzt. Außerdem veranstaltete die Medienkampagne „Für Vielfalt. Gegen Diskriminierung“ nicht nur die „Tage der Vielfalt“ sondern vergab auch den EU-Journalistenpreis, den einzigen Preis, der Print- und Online-Journalisten für Beiträge gegen Diskriminierung und für Vielfalt in der EU auszeichnet.

**Europäische KMU-Woche**, 3. bis 9. Oktober 2011. Die Kampagne „Für Vielfalt. Gegen Diskriminierung“ informierte Arbeitgeber insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU), die die große Mehrzahl der europäischen Unternehmen darstellen, über die Vorteile einer vielfältigen Belegschaft. Die Kampagne veröffentlichte einen Leitfaden für kleine und mittlere Unternehmen, in dem erklärt wird, wie Mitarbeiter mit unterschiedlichen Erfahrungen ein Unternehmen stärken können. Außerdem enthält der Leitfaden praktische Tipps. Die Europäische KMU-Woche findet jedes Jahr in 37 Ländern statt. Sie informiert über die Unterstützung von KMU durch die EU und nationale, regionale und kommunale Behörden, wirbt für mehr Unternehmergeist und würdigt den Beitrag von Unternehmern für die europäische Gesellschaft. Weitere Informationen unter [http://ec.europa.eu/justice/fdad/cms/stopdiscrimination/news\\_events/?langid=de](http://ec.europa.eu/justice/fdad/cms/stopdiscrimination/news_events/?langid=de)

**haben.** Wie in den vorangegangenen Jahren ist der Kenntnisstand der Akteure, die an durch Progress geförderten Maßnahmen teilnahmen, zu den Zielen und politischen Strategien der EU in ihrem jeweiligen Politikbereich weiterhin hoch. Der Kenntnisstand zu einzelnen Themen wird im Folgenden zusammengefasst.

Im Bereich **Beschäftigung** sind die bekanntesten Themen die wichtigen Herausforderungen und Pro-

bleme für den europäischen Arbeitsmarkt (diese waren beinahe der Hälfte der Befragten sehr vertraut und 91 Prozent zumindest etwas vertraut) sowie die Förderung der Flexicurity und die Förderung neuer Kompetenzen für neue Beschäftigungen (über ein Drittel der Befragten waren damit sehr vertraut). Weniger bekannt ist die Anwendung und Förderung eines lebenszyklusorientierten Ansatzes in Beschäftigung und Beruf.

Im Bereich **Sozialschutz und soziale Eingliederung** sind die Akteure am besten mit der Strategie zur aktiven Eingliederung und der Europäischen Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung vertraut (die die Hälfte der Befragten sehr gut und beinahe 95 Prozent zumindest etwas kannten). Zu den weniger bekannten Themen gehört das Rentensystem (nur 16 Prozent der Befragten sind damit sehr vertraut), aber auch die Themen Wohnungslosigkeit und Ausgrenzung im Wohnungsbereich (17 Prozent) sowie Gesundheitsfürsorge und Langzeitpflege (nur rund 20 Prozent sind damit sehr vertraut). Der Kenntnisstand zu den einzelnen Themen im Jahr 2011 entsprach damit in etwa dem des Jahres 2010.

#### **Leistungsparameter:**

*Zufriedenheit der Teilnehmer mit den Informationen*

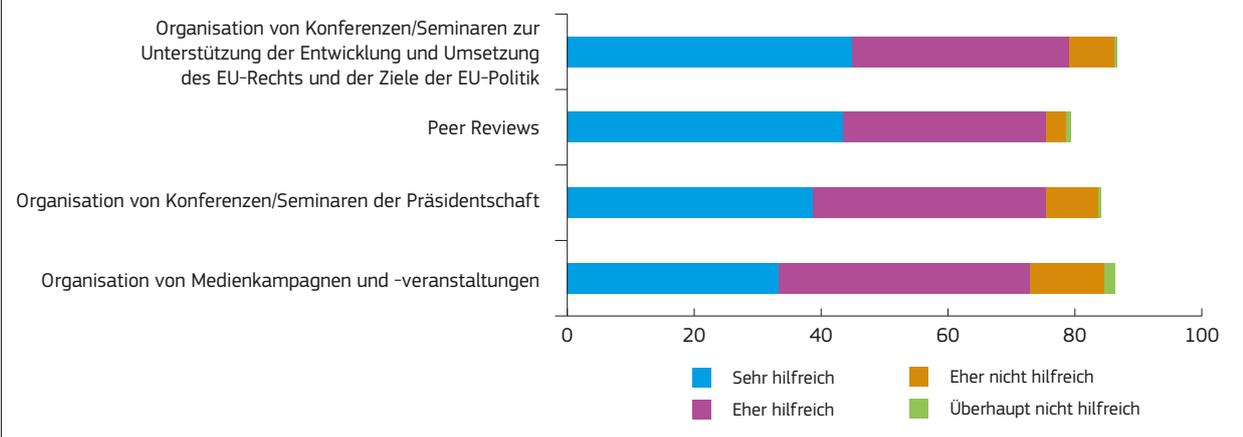
#### **Konferenzen und Seminare sind hilfreicher als Medienkampagnen**

Die Jahresumfrage, auf der dieser Bericht basiert, enthielt einen gesonderten Fragebogen, mit dem zur Nachbereitung die Zweckmäßigkeit und Nützlichkeit der im Jahr 2011 durch Progress geförderten Veranstaltungen bewertet wurde. Die Ergebnisse zeigen, dass die Teilnehmer im Allgemeinen der Meinung waren, dass die Informationen, die bei den durch Progress geförderten Veranstaltungen vermittelt wurden, für ihre Bedürfnisse relevant waren und einen Beitrag zur Entwicklung und Umsetzung politischer Strategien leisteten (siehe Abbildung 8).

#### **Der Grad der Vertrautheit mit wichtigen Zielen und Strategien der EU bleibt hoch**

Der Beitrag von Progress zur Informationsvermittlung wurde von den Teilnehmern an durch Progress geförderten Veranstaltungen weithin anerkannt. **Die große Mehrheit (88 Prozent) der Teilnehmer der Jahresumfrage gibt an, durch die Teilnahme an der entsprechenden Veranstaltung ein besseres Verständnis der politischen Ziele der EU gewonnen zu**

Abbildung 8: Anteil der Befragten, die angeben, dass die durch Progress geförderten Maßnahmen für ihre Bedürfnisse relevant und hilfreich für die Politikgestaltung oder politische Überzeugungsarbeit waren (in %)



Quelle: Progress-Jahresumfrage 2011.

Die durch Progress geförderten Veranstaltungen waren für die Teilnehmer auf mehrere Weise nützlich. Wie die Jahresumfrage zeigt, haben die im Rahmen des Programms geförderten Veranstaltungen viel zu einem **besseren Verständnis gemeinsamer Probleme** beitragen. Die Befragten gaben an, dass sie durch die Teilnahme an den durch Progress geförderten Veranstaltungen genaue und detaillierte Informationen über politische Probleme und deren Ursachen erhielten (87% stimmten dieser Aussage zu) und neue, innovative politische Möglichkeiten und Lösungen kennenlernten (dem stimmten 86% der Teilnehmer zu). Viele Teilnehmer antworteten ausführlich auf die offenen Fragen in der Jahresumfrage. Dabei wurde häufig die Relevanz der jeweiligen Veranstaltung gelobt. Die Befragten gaben an, dass sie durch die Teilnahme ihr Verständnis der betreffenden Probleme vertiefen und die entwickelten Lösungen in anderen Zusammenhängen auch auf nationaler Ebene nutzen konnten. Ferner stellten die Teilnehmer fest, dass die behandelten Themen, wie z. B. Arbeitslosigkeit und insbesondere Jugendarbeitslosigkeit, äußerst komplex waren und die Diskussionen über einzelne Maßnahmen (in Theorie und

Praxis) ihr Wissen zum Thema Beschäftigung und die Faktoren, die den Arbeitsmarkt beeinflussen, vertieften. Mehrere Teilnehmer gaben weiter an, dass in den durch Progress geförderten Veranstaltungen innovative Ideen für die politische Entwicklung vermittelt wurden.

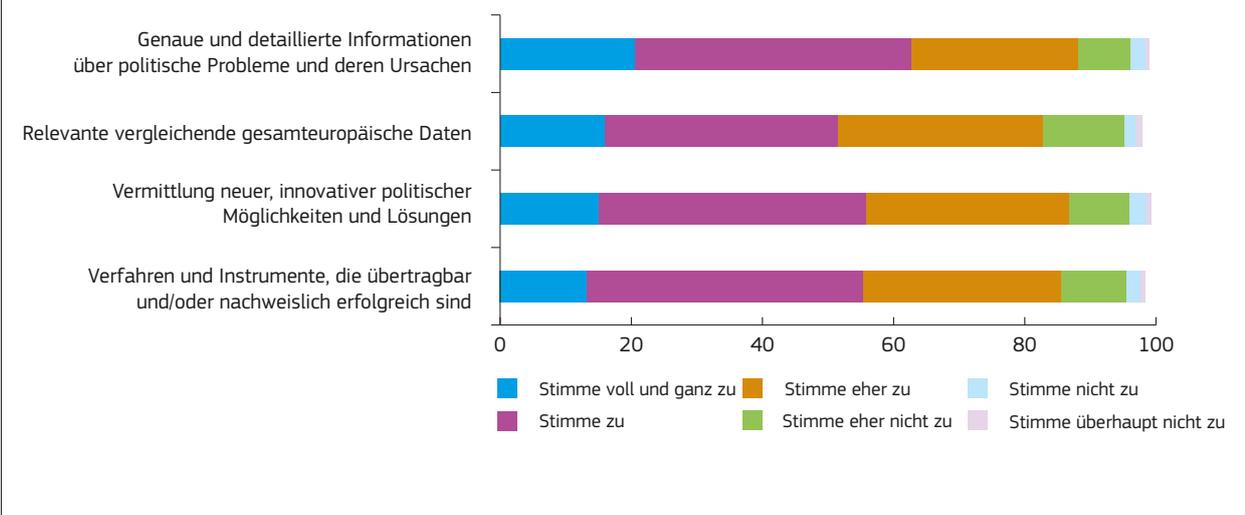
Was den Beitrag des Programms Progress zur **Entwicklung und Umsetzung politische Lösungen** angeht, gab eine **Mehrheit der Befragten (81 Prozent)** an, die Teilnahme an den Veranstaltungen habe Kenntnisse über **Verfahren und Instrumente vermittelt, die übertragbar und/oder nachweislich erfolgreich** sind und über **relevante vergleichende gesamteuropäische Daten** informiert. In den freien Kommentaren führten die Teilnehmer aus, dass die Veranstaltungen den Informationsaustausch förderten und mögliche Lösungen auf EU-Ebene und in den Mitgliedstaaten aufzeigten. Ferner betonten mehrere Befragte, dass die diskutierten Probleme aufgrund der Wirtschaftskrise und ihrer sozialen Auswirkungen besonders wichtig waren und zur Entwicklung von Lösungen beitrugen, mit denen die Krise überwunden und neue Arbeitsplätze in den Mitgliedstaaten geschaffen werden können.

Über vier Fünftel der befragten Teilnehmer gaben an, das gewonnene Wissen **für die politische Gestaltung und Überzeugungsarbeit** nutzen zu wollen, und ganze 90 Prozent haben vor, dieses Wissen mit Kollegen, Vorgesetzten und anderen Betroffenen zu teilen. In den offenen Kommentaren gingen die Teilnehmer ausführlicher auf die weitere Nutzung des gewonnenen Wissens ein. Politiker und Entscheidungsträger aus den Mitgliedstaaten kündigten an, die gesammelten Informationen für politische Reformvorschläge, Empfehlungen und Gesetzesentwürfe zu nutzen und damit den politischen Entscheidungsprozess in ihrem Land zu beeinflussen. Im Bereich Sozialschutz und soziale Eingliederung gaben einige Teilnehmer an, die Veranstaltungen hätten zur Entwicklung neuer Sozi-

aldienste, einer aktiven Beschäftigungspolitik und einer Reform des Sozialsystems angeregt.

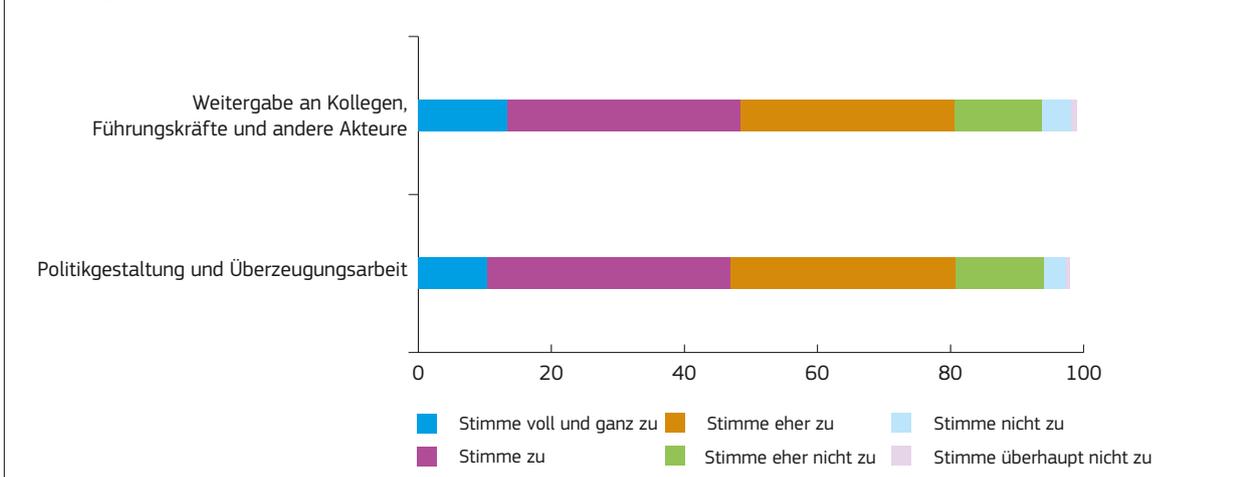
Interessanterweise führten einige Teilnehmer aus, die Teilnahme an der Veranstaltung haben ihnen die Notwendigkeit einer systematischen (statistischen) Datenerhebung zu den jeweiligen Themen bewusst gemacht und zu entsprechenden Initiativen, Verhandlungen in Kabinetten oder Parlamenten und Anhörungen geführt. Teilnehmende Akademiker gaben an, die bei den Konferenzen gewonnenen neuen Erkenntnisse in der Lehre und in Veröffentlichung nutzen zu wollen. Mehrere Teilnehmer wurden durch die in der Veranstaltung vermittelten Informationen zu wissenschaftlichen Artikeln angeregt.

**Abbildung 9: Das in den Veranstaltungen vermittelte Wissen erfüllte die folgenden Kriterien (in%):**



Quelle: Progress-Jahresumfrage 2011.

Abbildung 10: Die Teilnehmer nutzten ihr Wissen für die folgenden Zwecke (in %):



Source: Progress-Jahresumfrage 2011.

Besonders die Akteure in den Bereichen Geschlechtergleichstellung sowie Beschäftigung und Arbeitsbedingungen schätzten das erworbene Wissen als hilfreich ein. Über 90 Prozent der Akteure in diesen Bereichen gaben an, durch die Veranstaltung ein besseres Verständnis gemeinsamer Probleme gewonnen zu haben.

Etwas weniger positiv fiel das Urteil über die in den Veranstaltungen diskutierten politischen Lösungen und deren Umsetzung aus. Dabei ist jedoch eine klare Tendenz innerhalb der Politikbereiche zu erkennen. Die Teilnehmer im Bereich Geschlechtergleichstellung und Arbeitsbedingungen sind am zufriedensten und die aus dem Bereich Sozialschutz und soziale Eingliederung haben die meisten Kritikpunkte.

Bei der Verwendung des erworbenen Wissens gibt es keine wesentlichen Unterschiede zwischen

den fünf Politikbereichen. Die große Mehrheit der Befragten in allen Bereichen will die Informationen an Kollegen und andere Akteure weitergeben und zur politischen Gestaltung und Überzeugungsarbeit nutzen.

### 2.3. Zusammenfassung der Tätigkeiten und Ergebnisse

Die Maßnahmen zum Austausch von Informationen und zur Wissensvermittlung waren die größte Kostenstelle des Programms. 44 Prozent der Betriebskosten des Jahres 2011 entfielen auf diesen Bereich. Progress förderte verschiedenste Maßnahmen zur Wissensvermittlung und trug so zum effektiven Informationsaustausch auf EU- und einzelstaatlicher Ebene bei (siehe die Zusammenfassung in Tabelle 6).

**Tabelle 6: Anzahl der 2011 geförderten Maßnahmen zum Informationsaustausch und wechselseitigem Lernen**

Leistungskategorie	Politikbereich					
	Gesamt	Beschäftigung	Sozialschutz und soziale Eingliederung	Arbeitsbedingungen	Antidiskriminierung	Gleichstellung der Geschlechter
<b>Information, Kommunikation und Bildung von Netzwerken</b>						
Anzahl der politischen Debatten, Informations- und Kommunikationsveranstaltungen, davon	<b>509</b>	133	153	50	165	6
– im Auftrag der Kommission (*)	<b>57</b>	24	11	6	9	6
– unter Finanzhilfvereinbarungen erzeugt (*)	<b>452</b>	109	143	44	156	
Anzahl der Teilnehmer, davon	<b>37822</b>	4702	5194	2413	24902	611
– im Auftrag der Kommission	<b>5658</b>	1062	2260	465	1260	611
– unter Finanzhilfvereinbarungen erzeugt (*)	<b>32164</b>	3640	2934	1948	23642	--
<b>Schulung, gegenseitiges Lernen, Peer Reviews</b>						
Anzahl der Schulungen, Peer Reviews und anderer Veranstaltungen zum gegenseitigen Lernen, davon	<b>379</b>	128	64	22	158	7
– im Auftrag der Kommission (*)	<b>39</b>	6	10	4	12	7
– unter Finanzhilfvereinbarungen erzeugt (*)	<b>340</b>	122	54	18	146	–
Anzahl der Teilnehmer, davon	<b>5777</b>	1367	988	434	2541	447
– im Auftrag der Kommission	<b>2076</b>	341	320	112	856	447
– unter Finanzhilfvereinbarungen erzeugt (*)	<b>3701</b>	1026	668	322	1685	
<b>Austausch bewährter Verfahren</b>						
Anzahl der Berichte zur Identifizierung bewährter Verfahren, davon	<b>183</b>	74	28	46	31	4
– im Auftrag der Kommission	<b>6</b>	–			2	4
– unter Finanzhilfvereinbarungen erzeugt (*)	<b>177</b>	74	28	46	29	–

(\*) Bitte beachten Sie, dass es sich bei der Anzahl der unter den Finanzhilfvereinbarungen erzeugten Produkte um den besten verfügbaren Schätzwert handelt. Daten zu den unter Finanzhilfvereinbarungen erzeugten Produkten zur Gleichstellung der Geschlechter liegen nicht vor.

**Zum Austausch von Informationen und zum gegenseitigen Lernen wurden vorwiegend Peer Reviews, Maßnahmen zum Austausch bewährter Verfahren und Informationskampagnen eingesetzt**

**Peer Reviews**

Progress leistet durch Veranstaltungen für wechselseitiges Lernen und durch Peer-Reviews in den Bereichen Sozialschutz und soziale Eingliederung einen wichtigen Beitrag zum wechselseitigen Lernen im Rahmen der Europäischen Beschäftigungsstrategie und der Sozialen OMK.

Im Rahmen des **Programms für wechselseitiges Lernen** werden im **Bereich Beschäftigung Peer-Review-Seminare** veranstaltet, in denen Initiativen zu ausgewählten Maßnahmen der Beschäftigungspolitik in den Schwerpunktberei-

chen der **Europäischen Beschäftigungsstrategie** analysiert werden. Die Peer Reviews dienen der Identifizierung, Bewertung und Verbreitung bewährter Verfahren und der Analyse, ob und wie diese Verfahren wirksam auf andere Mitgliedstaaten übertragen werden können. Außerdem laden sie zum europaweiten Informationsaustausch über den Umsetzungsprozess oder politische Ansätze und Programme zu bestimmten Themenschwerpunkten ein. Insgesamt waren 2011 18 Mitgliedstaaten sowie Norwegen, die Türkei, Island und Serbien aktiv am Programm für gegenseitiges Lernen beteiligt (siehe Tabelle 7). Im Vergleich zu früheren Jahren waren 2011 weniger Länder aktiv beteiligt. Neun EU-Mitgliedstaaten (Finnland, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Österreich, Polen, Schweden und Ungarn) nahmen 2011 nicht am Programm teil. Vier der alten Mitgliedstaaten (Finnland, Luxemburg, Österreich und Schweden) nahmen an keinem der Seminare teil.

**Tabelle 7: Teilnahme der Mitgliedstaaten an den Peer Reviews im Rahmen des Programms für gegenseitiges Lernen im Jahr 2011**

Anzahl der Teilnahmen an Peer Reviews (2011)					Gastgeberländer (2011)
1	2	3	4	5 oder 6	Einmal
Rumänien Bulgarien Dänemark Norwegen	Belgien Frankreich Niederlande Island Slowakei Spanien	Griechenland Deutschland Slowenien Großbritannien Irland Türkei Zypern	Estland Portugal Serbien	Tschechien	Spanien Zypern Großbritannien (2x) Italien

Ebenso unterstützte Progress acht **Peer-Review-Seminare im Bereich Sozialschutz und soziale Eingliederung** in den einzelnen Mitgliedstaaten mit dem Ziel, den gegenseitigen Lernprozess, die Übertragung erfolgreicher Initiativen und ein gemeinsames Verständnis von und Eigenverantwortung für EU-Ziele in diesen Bereichen zu för-

dern. Die Qualität des gegenseitigen Lernens ist durch die aktive Beteiligung aller Mitgliedstaaten gewährleistet. Alle 27 Mitgliedstaaten waren als Gastgeber oder Teilnehmer an mindestens einem Seminar beteiligt. Insgesamt nahm die Teilnahme an Peer-Review-Seminaren im Vergleich zum Vorjahr zu.

**Tabelle 8: Teilnahme der Mitgliedstaaten an Peer Reviews zu Sozialschutz und sozialer Eingliederung im Jahr 2011**

Anzahl der Teilnahmen an Peer Reviews				Gastgeberländer
1	2	3	5	Einmal
Portugal Ungarn Polen Slowakei Großbritannien Schweden	Griechenland Tschechien Österreich Frankreich Rumänien Finnland Lettland Norwegen Spanien Niederlande	Zypern Estland Irland Luxemburg Dänemark Deutschland Bulgarien Kroatien Malta	Belgien (6x) Litauen Slowenien Italien	Frankreich (2x) Niederlande Irland Schweden Deutschland Belgien Portugal

#### Austausch bewährter Verfahren

Progress unterstützte 2011 zwei **Seminare zum Austausch bewährter Verfahren im Bereich der Antidiskriminierung**. Die Seminare behandelten den Kampf gegen Altersdiskriminierung auf dem

Arbeitsmarkt und den Kampf gegen Diskriminierung aufgrund der sexuellen Ausrichtung und Geschlechtsidentität. An diesen Seminaren nahmen alte und neue Mitgliedstaaten gleich aktiv teil (siehe Tabelle 9).

**Tabelle 9: Teilnahme der Mitgliedstaaten an Seminaren zum Austausch bewährter Verfahren im Kampf gegen Diskriminierung im Jahr 2011**

Anzahl der Teilnahmen an Austauschseminaren		Gastgeberländer
1	2	
Österreich, Zypern, Dänemark, Norwegen, Polen, Schweden, Deutschland, Griechenland, Estland, Ungarn, Irland, Italien, Rumänien, Slowakei, Großbritannien.	Tschechien, Finnland, Frankreich, Niederlande, Slowenien	Estland, Österreich

#### Austausch bewährter Verfahren zur Gleichstellung der Geschlechter

Das Programm zum Austausch bewährter Verfahren zur Gleichstellung der Geschlechter hat das Ziel, das gegenseitige Lernen zwischen den EU-Mitgliedstaaten und anderen teilnehmenden Ländern zu stärken. Es bietet Regierungsvertretern, unabhängigen Experten und anderen wichtigen Akteuren die Möglichkeit zur Diskussion und zum Erfahrungsaustausch und damit letzten Endes zur Verbreitung bewährter Verfahren im Bemühen um eine Gleichstellung der Geschlechter in Europa. Zu diesem Zweck konzentriert sich das Programm auf konkrete politische Maßnahmen und Beispiele, die Chancen und Probleme bei deren Umsetzung sowie die Übertragbarkeit auf andere Länder.

2011 veranstaltete die Kommission drei Austauschseminare zu den wichtigsten Schwerpunktthemen der Charta für Frauen und der Strategie für die Gleichstellung von Frauen und Männern 2010-2015. Im Mai 2011 fand in Belgien ein Seminar über die **Breite Integration der Geschlechterperspektive** statt. Im Oktober 2011 vermittelte ein Seminar über **flexible Arbeitszeitregelungen** bewährte Verfahren aus dem niederländischen Projekt Nieuwe Werken (**Neue Arbeitsformen**). Das letzte Seminar im Dezember 2011 konzentrierte sich auf Maßnahmen zur **Minderung des geschlechtsspezifischen Lohngefälles**. Insgesamt nahmen beinahe alle Länder, die am Programm Progress beteiligt sind, sehr aktiv an diesen Austauschseminaren teil.

**Tabelle 10: Teilnahme der Mitgliedstaaten an Seminaren zum Austausch bewährter Verfahren für die Gleichstellung der Geschlechter im Jahr 2011**

Anzahl der Beiträge zu den Austauschseminaren (Kommentare)			Gast- /Beispielländer (Diskussionspapier)
1	2	3	
Belgien, Bulgarien, Zypern, Finnland, Frankreich, Griechenland, Island, Italien, Luxemburg, Mazedonien, Norwegen, Rumänien, Slowakei	Österreich, Kroatien, Litauen, Malta, Portugal, Serbien, Slowenien, Schweden, Großbritannien	Tschechien, Estland, Irland, Spanien	Österreich, Belgien, Deutschland, Niederlande, Schweden

### Informationskampagnen

Im Zusammenhang mit effektivem Informationsaustausch und effektivem Lernen bestehen die wichtigsten Herausforderungen für Progress darin, (1) die Kommunikation der Kommission mit relevanten Interessenvertretern und der breiten Öffentlichkeit zu verbessern und (2) Interessenvertreter in ihrer Funktion als Multiplikatoren zu unterstützen. Durch von Progress unterstützte Konferenzen, Arbeitspapiere und elektronische Publikationen (Jahresberichte, praktische Anleitungen, politische Lagebeurteilungen, Verbreitung bewährter Methoden usw.), Medienkampagnen, audiovisuelles Material, Websites und andere Mechanismen wurde der Versuch unternommen, die „Kommunikationslücke“ zwischen der Europäischen Union und ihren Bürgern zu schließen und das Bewusstsein der Öffentlichkeit und der Interessenvertreter in Bezug auf die EU-Politik und -Gesetzgebung zu erhöhen.

Beispiele für derartige Informationskampagnen sind im Bereich der Geschlechtergleichstellung die Kampagne „Gender Pay Gap“ (GPG) und im Bereich der Antidiskriminierung die Kampagne „Für Vielfalt. Gegen Diskriminierung“. 2011 fanden in zwölf Mitgliedstaaten (Polen, Schweden, Portugal, Belgien, Estland, Ungarn, Großbritannien, Zypern, Österreich, Lettland, Slowenien und Malta) Veranstaltungen im Rahmen der Kampagne zur Überwindung des geschlechtsspezifischen Lohngefälles statt. Die **Kampagne wird 2012 in sieben Mitgliedstaaten fortgesetzt** (Finnland, Slowakei, Polen, Luxemburg, Dänemark, Tschechien und Niederlande). Die Schwerpunktthemen der Kampagnen waren die Forderung nach Chancengleichheit bei der Arbeitssuche, am Arbeitsplatz und bei der Beförderung sowie Karrieretipps für junge Menschen (Studierende und Berufseinsteiger). Um stärker auf das Problem des geschlechtsspezifischen Lohngefälles hinzuweisen, wurde außerdem der Europäische Equal Pay Day (EPPD) eingeführt, der als jährliche Veranstaltung in allen europäischen Ländern etabliert werden soll.

Der EPPD wurde bereits in neun Mitgliedstaaten durchgeführt (Spanien, Griechenland, Deutschland, Belgien, Polen, Estland, Österreich, Frankreich und Niederlande).

Die Aufklärungskampagne „Für Vielfalt. Gegen Diskriminierung“ wurde schon lange vor dem Programm Progress ins Leben gerufen und dient dem Ziel, die Öffentlichkeit für das Problem der Diskriminierung zu sensibilisieren und über die Themen Gleichbehandlung und Vielfalt zu informieren. 2011 fanden im Rahmen der Kampagne in ganz Europa Veranstaltungen statt, die sich meist um **internationale und europäische Thementage** mit Bezug zum Thema Diskriminierung bündelten. Dazu zählen der Internationale Frauentag (8. März), der Internationale Tag zur Beseitigung der Rassendiskriminierung (21. März), der Internationale Tag der Roma (8. April), der Europatag (9. Mai), der Internationale Tag gegen Homophobie (17. Mai), der Internationale Jugendtag (12. August), der Tag der älteren Generation (1. Oktober), der Internationale Tag für die Beseitigung der Armut (17. Oktober), der Internationale Tag der Menschen mit Behinderung (3. Dezember) und der Tag der Menschenrechte (10. Dezember). Im Laufe der Zeit entstanden im Rahmen der Kampagne zahlreiche Broschüren, Poster, Filme, Bilder, Präsentationen und Publikationen, die auf der Website der Kampagne (<http://ec.europa.eu/justice/fdad>) erhältlich sind.

***Um die Entwicklung innovativer Lösungen zu fördern, wurden vor allem Modellversuche und Fördermaßnahmen finanziert.***

### Modellversuche

Insgesamt wurden im Kalenderjahr 2011 elf Modellprojekte durchgeführt bzw. fortgesetzt. Die sechs Mitgliedstaaten Österreich, Italien, Slowenien, Frankreich, Großbritannien und Belgien waren federführend an diesen Modellpro-

jekten beteiligt. 17 Länder beteiligten sich als Partner an den Projekten. Ende 2011 wurden 17 neue Modellprojekte begonnen, die im Rahmen der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlä-

gen VP/2010/007 angenommen worden waren. Durch die Aufforderung VP/2011/009 werden derzeit weitere Modellprojekte für die nächsten Jahre gesucht.

**Tabelle 11: Teilnahme der Mitgliedstaaten an Modellprojekten im Jahr 2011**

Mitglieder der Modellprojekte	
Federführendes Land	Partnerländer
Österreich	Polen, Litauen, Großbritannien
Italien	Rumänien, Bulgarien
Slowenien	Belgien, Ungarn, Großbritannien
Frankreich	Deutschland, Italien, Spanien, Belgien, Polen
Großbritannien	Deutschland, Portugal, Niederlande, Ungarn
Belgien	Spanien, Italien, Frankreich, Rumänien, Slowakei
Großbritannien	Slowenien, Belgien, Tschechien
Großbritannien	Italien
Italien	Rumänien
Frankreich	Portugal, Italien
Italien	Rumänien, Niederlande

### Maßnahmen zur Förderung innovativer Lösungen

Auch im Jahr 2011 unterstützte Progress innovative Projekte in den Progress-Politikbereichen. Die vier Projekte, die umgesetzt wurden (und derzeit immer noch laufen), betreffen die Mobi-

lilität von Frauen, die Mobilität von Studierenden und Berufsanfängern sowie die Mobilität von Zuwandern. An diesen Maßnahmen waren acht EU-Mitgliedstaaten und Island federführend oder als Partnerland beteiligt (siehe dazu auch Tabelle 12).

**Tabelle 12: Teilnahme der Mitgliedstaaten an innovativen Projekten zur Mobilität von Arbeitskräften im Jahr 2011**

Mitglieder an innovativen Projekten zur Mobilität von Arbeitskräften		
Federführendes Land	Partnerländer	Zielstellung
Griechenland	Italien	Mobilität von Frauen
Dänemark	Großbritannien, Deutschland, Island	Mobilität von Studierenden und Berufsanfängern
Deutschland	Niederlande, Österreich, Schweden	Mobilität von Zuwanderern
Großbritannien	-	Innovative Internetdatenbank (SkillPass)

### 3. HOCHWERTIGE UND PARTIZIPATORISCHE DEBATTE AUF EU- UND NATIONALER EBENE

Die durch Progress geförderten Maßnahmen stärkten nicht nur die Eigenverantwortung wichtiger Akteure für die Ziele der EU (wie in Kapitel 2 erwähnt), sondern trugen auch zu **engen Partnerschaften**, der **Mobilisierung aller wichtigen Akteure auf EU- und nationaler Ebene** und zur besseren **Beteiligung der Zivilgesellschaft** bei. Dieses Kapitel beschäftigt sich ausführlicher mit den letztgenannten Aspekten des Programms Progress.

Eines der grundlegenden Prinzipien der modernen Politikgestaltung ist der Wunsch nach Beteiligung und Gerechtigkeit, d. h. nach einer Politik, bei der die mittelbaren und unmittelbaren Folgen für alle Betroffenen berücksichtigt und deren Bedürfnisse wahrgenommen werden. Daher werden die zunehmende **Beteiligung und Mobilisierung aller wichtigen Akteure**, d. h. der Behörden, Sozialpartner und NRO als Vertreter der Zivilgesellschaft, und **starke Partnerschaften für die Entwicklung der Ziele, politischen Initiativen und Rechtsvorschriften der EU** immer wichtiger.

Die Initiativen der Europäischen Union in der Sozial-, Beschäftigungs- und Gleichstellungspolitik brauchen Unterstützung in der EU und den Mitgliedstaaten. Eines der Ziele des Programms Progress ist es, zwischen den beteiligten Akteuren einen gewissen Konsens zu etablieren und die Suche nach gemeinsamen Problemen und politischen Lösungsmöglichkeiten zu unterstützen. Progress finanzierte eine Reihe hochrangiger, integrativer und partizipatorischer Diskussionsveranstaltungen (z. B. Präsidentschaftskonferenzen, Gipfeltreffen und andere Veranstaltungen) und trug so zu Schaffung **günstiger Rahmenbedingungen** für den Aufbau eines gemeinsamen Verständnisses und Konsenses zwischen wichtigen Akteuren bei. Durch die günstigen Rahmenbedingungen werden mehrere Ziele erreicht: (1) **Stärkung der Partnerschaft** zwischen Interessenvertretern und politischen Entscheidungsträgern und (2) Sensibilisierung der Politik für die Bedürfnisse der Bürger Europas.

#### 3.1. Beitrag zu den Zielen der EU

*Progress stellte den Mitgliedstaaten ein Forum zur Diskussion gemeinsamer Herausforderungen bereit*

Die Präsidentschaftskonferenzen trugen viel dazu bei, den Teilnehmern die politischen Ziele der EU zu vermitteln. Durchschnittlich 90 Prozent der Befragten aus den Bereichen Beschäftigung, Arbeitsbedingungen sowie Sozialschutz und soziale Eingliederung gaben in der Jahresumfrage an, dass sie durch ihre Teilnahme an den durch Progress geförderten Konferenzen der polnischen und ungarischen Präsidentschaften ein besseres Verständnis für gemeinsame Herausforderungen und Ziele der Europäischen Union gewonnen haben. Über 80 Prozent der Teilnehmer stimmten der Aussage zu, dass die Präsidentschaftskonferenzen die

#### Konferenz der ungarischen Präsidentschaft

„Neue Herausforderungen für die Europäische Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderungen“, Budapest, 19. und 20. April 2011. Der Schwerpunkt der Konferenz lag auf der Europäischen Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderungen (2010-2020), in der die Maßnahmen zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen festgelegt sind. In diesem Zusammenhang bot die Konferenz auch eine Gelegenheit zur Überprüfung der Umsetzung der UN-Konvention in den einzelnen Mitgliedstaaten. An der Konferenz nahmen alle wichtigen Akteure teil, auch Vertreter der Zivilgesellschaft. Die hochrangige Gruppe Behinderung stellte auf der Konferenz ihren vor Kurzem fertiggestellten Jahresbericht vor. Die Ergebnisse der Konferenz flossen in die Schlussfolgerungen des Rats ein, die der EPSCO-Rat im Juni 2011 verabschiedete.

#### Im Rahmen der polnischen Ratspräsidentschaft

wurde am 10. und 11. Oktober 2011 in Warschau die erste gemeinsame Konferenz des Beschäftigungsausschusses und der Leiter der öffentlichen Arbeitsverwaltungen im EU-/EWR-Raum (HoPES) abgehalten. Die Veranstaltung bot einen Überblick über die Gründe, aus denen ältere Menschen ihren Arbeitsplatz verlieren, und forderte die Mitgliedstaaten auf, strategische Maßnahmen zu ergreifen, um die aktive Teilhabe älterer Menschen am Arbeitsmarkt zu fördern und ältere Menschen in der Beschäftigungspolitik zu berücksichtigen. Auf der Konferenz trafen sich politische Entscheidungsträger aus Ministerien und Behörden, Vertreter der Kommission und anderer Organe der EU, Wissenschaftler, Personalchefs und Vertreter der Sozialpartner.

Partnerschaften mit wichtigen Akteuren bzw. Organisationen gestärkt (oder neue Partnerschaften geschaffen) haben.

### *Progress schuf günstige Rahmenbedingungen für die politische Debatte*

Auf dem Zehnten Treffen von Menschen mit Armutserfahrung vom 13. und 14. Mai 2011 in Brüssel konnten Delegierte aus ganz Europa ihre Erfahrungen zu den Folgen sozial- und wirtschaftspolitischer Maßnahmen auf ihren Alltag austauschen. Menschen mit Armutserfahrung konnten ihre Reaktionen und Erwartungen bezüglich der aktuellen Entwicklungen auf EU-Ebene, insbesondere bezüglich der Verpflichtungen im Rahmen der Strategie Europa 2020 zum Ausdruck bringen. Außerdem bot die Veranstaltung den nationalen Delegierten die Möglichkeit, die dringlichsten Armutsprobleme zu diskutieren. Das Treffen stand unter dem Motto „Beschäftigung, Arbeit und Jobs. Die Realität für Menschen, die Armut und soziale Ausgrenzung erfahren“. Eine der zentralen Fragen war die, ob die neuen Instrumente, die insbesondere durch die Strategie Europa 2020 eingeführt wurden, das Leben von Menschen mit Armutserfahrung wirklich verbessern werden.

Progress trug zur Schaffung eines gemeinsamen Verständnisses der Ziele und der Politik der EU bei, indem das Programm Präsidentschaftskonferenzen finanzierte, Faktengrundlagen zu wichtigen Themen bereitstellte und auch die Interessenvertreter integrierte, die normalerweise von der politischen Debatte ausgeschlossen sind, wie etwa ethnische Minderheiten und Menschen mit Armutserfahrung.

Über vier Fünftel der Teilnehmer an der Jahresumfrage gaben an, dass die durch Progress geförderten Veranstaltungen zur Entwicklung eines gemeinsamen Verständnisses über die bei der Veranstaltung behandelten EU-übergreifenden Probleme beigetragen haben.

### *Progress unterstützte die Kommission dabei, Entscheidungsverfahren offener und partizipatorischer zu gestalten*

Progress unterstützte die Kommission dabei, durch Anhörungen, Konferenzen und die Förderung von EU-weiten Netzwerken und zivilgesellschaftlichen Organisationen in den Mitgliedstaaten, insbesondere in den Bereichen Antidiskriminierung, Gleichstellung der Geschlechter und Arbeitsbedingungen, ihre Entscheidungsverfahren offener zu gestalten und ein breites Spektrum von Interessenvertretern an der Entwicklung von Rechtsvorschlägen zu beteiligen. Progress ermöglichte Interessenvertretern auf EU- und nationaler Ebene mit den Präsidentschaftskonferenzen und anderen hochrangigen Veranstaltungen die Teilnahme an der politischen Debatte zu wichtigen politischen Themen wie etwa der sozialen Eingliederung benachteiligter Gruppen oder der Jugendarbeitslosigkeit.

Die Zusammenarbeit mit den EU-Präsidentschaften im Bereich Beschäftigungspolitik führte zur Entwicklung von Initiativen und Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und zur Erhöhung der Beschäftigungsquote junger Menschen. In der Präsidentschaftskonferenz der ungarischen Präsidentschaft zum Thema **Jugendarbeitslosigkeit** wurden besonders die Notwendigkeit der institutionalisierten Zusammenarbeit von Entscheidungsträgern sowie die Ergebnisse eines strukturierten Dialogs mit den Betroffenen betont. Die Konferenz profitierte von einer aktiven Teilnahme des Europäischen Jugendforums. Als Mittel zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit wurde vor allem die Feststellung der Schlüsselqualifikationen von morgen genannt, an die die Bildungs- und Ausbildungssysteme angepasst werden müssen, sowie die Bedeutung von Berufsberatung beim Einstieg in den Arbeitsmarkt. Außerdem hatten die Teilnehmer die Gelegenheit, ihre Erfahrungen mit verschiedenen Maßnahmen zur Beschäftigungsförderung und Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze für junge Menschen in einer Zeit der wirtschaftlichen Erholung auszutauschen. An der anschließenden Konferenz

**Fünfte Sitzung der Europäischen Plattform für die Einbeziehung der Roma**, Budapest, 7. und 8. April 2011. Das Europäische Parlament hat am 9. März auf der Grundlage des Berichts über die Strategie der EU zur Einbeziehung der Roma eine Entschließung angenommen. Die Berichterstatterin, die Abgeordnete Livia Járóka aus Ungarn, ist das erste Mitglied des Europäischen Parlaments, das dem Volk der Roma angehört. Auf Basis dieses Berichts schlug die Kommission einen EU-Rahmen für nationale Strategien zur Integration der Roma bis 2020 vor. Am 19. Mai 2011 beschlossen bei einer Ratsversammlung der Minister für Beschäftigung, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz die Minister Schlussfolgerungen für einen „EU-Rahmen für nationale Strategien zur Integration der Roma bis 2020“, in dem die Mitgliedstaaten aufgefordert werden, in den Politikfeldern Bildung, Beschäftigung, Gesundheit und Wohnungsbau Maßnahmen zu ergreifen, um die Kluft zwischen benachteiligten Roma-Gemeinschaften und der übrigen Bevölkerung zu schließen. Die ungarische Ratspräsidentschaft reichte am 23. Mai 2011 einen Bericht beim Europäischen Rat ein und bat die Mitgliedstaaten, die endgültigen Schlussfolgerungen beim Europäischen Rat am 24. Juni 2011 in Brüssel zu verabschieden. Weitere Informationen unter [http://ec.europa.eu/justice/discrimination/files/fifth\\_romaplatform\\_meeting\\_report\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/justice/discrimination/files/fifth_romaplatform_meeting_report_en.pdf)

der öffentlichen Arbeitsvermittlungsstellen zum Thema Jugendarbeitslosigkeit am 28. und 29. April wurden auch die Behörden in den Mitgliedstaaten, die von dem Problem Jugendarbeitslosigkeit am stärksten betroffen sind, in den Prozess einbezogen.

### *Progress hat die Partnerschaft zwischen den Mitgliedstaaten und der Kommission weiter gestärkt*

Themenkonferenz des Ausschusses hoher Arbeitsaufsichtsbeamter (SLIC) am 2. und 3. Mai 2011 in Budapest sowie am 6. und 7. Dezember 2011 in Warschau. Die Konferenzen beschäftigten sich mit dem Europäischen Verhaltenskodex für Kontroll- und andere Maßnahmen von Arbeitsaufsichtsbehörden. Behandelt wurden aber auch **aktuelle Entwicklungen**, insbesondere bei der Gesetzgebung im Bereich Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz in den Mitgliedstaaten. Außerdem wurde über die **vom Ausschuss beschlossenen gemeinsamen Initiativen** und deren Umsetzung durch Kontroll- und Informationskampagnen sowie den Erfolg der Arbeitsgruppen zu speziellen Themen des Arbeitsschutzes diskutiert.

Progress stellte durch Forschung, Überwachung und Berichterstattung komparative Daten und Leitlinien für die Mitgliedstaaten bereit, bildete ein gemeinsames Forum für den Austausch von Erfahrungen und Informationen und trug so zur Entwicklung und Stärkung der Partnerschaft zwischen den Mitgliedstaaten und der Kommission bei. Auf diese Weise unterstützte Progress auch eine Reihe etablierter Kooperationsforen wie z. B. den Ausschuss hoher Arbeitsaufsichtsbeamter

(dem die Leiter der Arbeitsaufsichtsbehörden aller Mitgliedstaaten angehören). Der Ausschuss wurde 1995 gegründet, um die Kommission entweder auf Anfrage oder auf eigene Initiative zu allen Themen zu beraten, die die Umsetzung der EU-Gesetzgebung im Bereich Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz in den Mitgliedstaaten betreffen.

Einige der durch Progress im Jahr 2011 geförderten Maßnahmen dienten speziell der Förderung dieser Partnerschaften. Ein Beispiel im Bereich Beschäftigung ist die Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für die Partnerschaft der Arbeitsvermittler, PARES. Ziel dieses Aufrufs ist es, neue gesamteuropäische Zusammenarbeitsformen der Arbeitsvermittler für zusätzliche Dienstleistungen zu ermutigen und die Qualität und Wirksamkeit dieser Leistungen zu verbessern. Finanziert werden Projekte, an denen mindestens zwei Partner der öffentlichen, privaten oder gemeinnützigen Arbeitsvermittlung beteiligt sind.

Zwischen den Institutionen der EU und den Regierungsinstitutionen der Mitgliedstaaten herrscht ein starkes Gefühl der Zusammenarbeit und Partnerschaft. Dies bestätigen beinahe 90 Prozent der

Vertreter nationaler, regionaler oder kommunaler staatlicher Institutionen, die an der Jahresumfrage teilgenommen haben. Das Gefühl der **Zusammenarbeit und Partnerschaft von Institutionen der EU und den Regierungsinstitutionen der Mitgliedstaaten** nahm im Vergleich zu 2010 zu.

### *Progress stärkte die Rolle der europäischen Sozialpartner bei der Gestaltung der EU-Politik*

In den Progress-Politikbereichen spielen die europäischen Sozialpartner eine wichtige Rolle bei der Gestaltung der Politik der Europäischen Union. Sie beeinflussen die EU-Gesetzgebung zur Sozialpolitik, tragen wesentlich zur Definition europäischer Sozialstandards bei und bestimmen die sozialen und wirtschaftlichen Ziele der Europäischen Union mit, die in der Strategie 2020 zum Ausdruck kommen. Beispielsweise stellt die Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern ein wichtiges Instrument zur Verbesserung von Arbeitsnormen in der EU dar und trägt zur Modernisierung des Arbeitsmarkts bei. Durch Beratung mit den Sozialpartnern kann die Kommission ihre gesetzgeberischen Möglichkeiten prüfen und künftige Vorschläge vorbereiten.

Gemäß der Ermächtigung durch den Vertrag verfügt die Kommission über einen eigenen Haushalt zur Förderung des europäischen sozialen Dialogs. Um den Beitrag der Sozialpartner zur Entwicklung der Beschäftigungs- und Sozialpolitik zu fördern, werden die Sozialpartner zur aktiven Teilnahme an hochrangigen politischen Veranstaltungen, an Seminaren zum Austausch bewährter Verfahren und ähnlichen Maßnahmen eingeladen, bei denen sie ihre Meinung und Position zu wichtigen politischen Themen mitteilen können. Beispielsweise waren sowohl die Arbeitgeberverbände BUSINESS-EUROPE, CEEP und UEAPME sowie der Europäische Gewerkschaftsbund an der Entwicklung der EU-Gesetzgebung zum Elternurlaub und zu Teilzeitarbeit und befristeten Arbeitsverhältnissen beteiligt. Besonders wichtig war 2011 der Beitrag der EU Sozialpartner zum Verhandlungsprozess über die Arbeitszeitrichtlinie.

Das Programm Progress fördert den Beitrag der Sozialpartner zur Politikgestaltung in den Progress-Politikbereichen auch unabhängig vom dafür vorgesehenen Haushalt. So wurden beispielsweise in den Jahren 2010 und 2011 an wichtige Verbände, Gewerkschaften und andere Akteure (CEEP, Europäischer Gewerkschaftsverband für den öffentlichen

### Europäische Sozialpartner eröffnen Verhandlungen zur Arbeitszeit.

Die Europäischen Sozialpartner teilten dem Kommissar László Andor in einem gemeinsamen Schreiben die Eröffnung von Verhandlungen zur Überarbeitung der Arbeitszeitrichtlinie im Anschluss an die Anhörungsrunde mit. Ziel der Verhandlungen ist eine Vereinbarung, die gemäß Artikel 155 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union durch einen Beschluss des Rates durchgeführt wird. Die erste Verhandlungsrunde war auf den 8. Dezember 2011 angesetzt. Sofern die europäischen Sozialpartner innerhalb der im Vertrag vorgesehenen Frist von neun Monaten zu einer Vereinbarung kommen, werden sie dies der Kommission Anfang September 2012 mitteilen. Weitere Informationen unter <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=en&catId=329&newsId=1116&furtherNews=yes>

Dienst (EGÖD), Europäischer Rat der Fach- und Führungskräfte – EUROCADRES, Gewerkschaft „Metalicy“ und andere) Finanzhilfen für Projekte in den Bereichen Umstrukturierung, Wohlbefinden bei der Arbeit und finanzielle Beteiligung vergeben.

### *Progress verbesserte die Partnerschaft zwischen den Mitgliedstaaten, der Kommission, den Sozialpartnern und den NRO*

Progress schuf durch eine qualitativ hochwertige und partizipatorische Debatte auf EU-Ebene und durch den Ausbau der Kapazitäten von wichtigen Nichtregierungsakteuren

günstige Rahmenbedingungen für die Beteiligung von Nichtregierungsakteuren und wichtigen Interessenvertretern am politischen Prozess. So trug das Programm zur Entwicklung und Stärkung der Partnerschaft zwischen den Mitgliedstaaten, der Kommission und Netzwerken und Nichtregierungsorganisationen auf EU-Ebene bei.

Hochrangige Konferenz „Auf dem Weg zum Europäischen Jahr für Aktives Altern und für die Solidarität zwischen den Generationen (2012)“ am 29. April 2011 in Brüssel (Belgien). Die Konferenz bildet eine wichtige Etappe hin zum Europäischen Jahr für Aktives Altern und für die Solidarität zwischen den Generationen (2012) und trug zur **Mobilisierung von relevanten Akteuren auf allen Ebenen bei. Mitgliedstaaten, Regionen, Städte und Gemeinden sowie Sozialpartner und Organisationen der Zivilgesellschaft** waren aufgerufen, sich mit Blick auf das Europäische Jahr 2012 spezifische Ziele zu setzen und konkrete Aktivitäten zu planen. Die eingereichten Initiativen wurden auf der offiziellen Website des Europäischen Jahres 2012 präsentiert, die anlässlich der Konferenz ins Netz gestellt wurde. Weitere Informationen unter <http://www.age-platform.eu>

Im Bereich Sozialschutz und soziale Eingliederung trug Progress dazu bei, wichtige Ziele der Beschäftigungs- und Sozialpolitik zu erreichen. So erreichte Progress eine Stärkung der Partnerschaft zwischen wichtigen politischen Akteuren und Interessenvertretern auf EU- und nationaler Ebene und verbesserte deren Verständnis der Ziele und Prioritäten der Europäischen Union zum Thema Solidarität (d. h. Sozialschutz und insbesondere Renten-, Gesundheits- und Pflegesysteme). Dazu förderte Progress die Einführung der Europäischen Innovationspartnerschaft (EIP) für aktives und gesundes Altern und unterstützte im Rahmen des Europäischen Jahres

für Aktives Altern auf allen Ebenen Initiativen für aktives Altern.

Außerdem konnten Zusammenarbeit und Dialog der Mitgliedstaaten in einer Reihe wichtiger Politikbereiche, wie etwa der Armutsbekämpfung, der Integration von Roma, der offenen Methode der Koordinierung und Alterssicherung, verbessert werden. Im Rahmen der Europäischen Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung wurde durch Einrichtung einer Referenzgruppe wichtiger Interessenvertreter die Beteiligung betroffener Gruppen neu strukturiert. Außerdem wurden mehrere durch die Plattform entwickelte Maßnahmen umgesetzt, mit denen das Thema soziale Eingliederung stärker in allen Politikfeldern verankert werden soll.

Die Ergebnisse der Jahresumfrage zeigen, dass die Akteure aus Organisationen auf EU-Ebene (EU-Organe, EU-weite NRO und EU-Sozialpartner) die Zusammenarbeit und Partnerschaft mit anderen

**Der erste Jahreskongress der Europäischen Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung** fand am 17. und 18. Oktober 2011 im polnischen Krakau statt. Wichtigste Themen waren eine Zwischenbilanz zum **Kernziel, die Zahl der von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffenen Menschen bis 2020 um mindestens 20 Millionen zu senken**, und die Einführung der Europäischen Plattform gegen Armut. Ziel der Konferenz war es, der Europäischen Plattform gegen Armut mehr politisches Gewicht zu verschaffen und bei Politikern und Behörden, Regierungen und der Zivilgesellschaft um Unterstützung zu werben. In der Versammlung wurden die Erfahrungen aus dem Europäischen Jahr zur **Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung 2010** gesammelt und ein Bogen zwischen den Zielsetzungen dieses Themensjahres und den **sozialpolitischen Zielen der Strategie Europa 2020** gespannt. An der Versammlung nahmen über **400 Teilnehmer aus 38 Ländern, unter ihnen zwölf Minister, drei Europaabgeordnete, Vertreter der Zivilgesellschaft, NRO und Fachleute**, teil und zogen eine Zwischenbilanz zum Ziel der Strategie Europa 2020, mindestens 20 Millionen Menschen aus der Armut zu holen. Weitere Informationen unter <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=en&catId=88&eventsId=349&furtherEvents=yes>

EU-Organisationen etwas positiver bewerten als die Akteure aus den Mitgliedstaaten. Durchschnittlich vier Fünftel der Befragten, die EU-Organisationen vertreten, bewerteten die Zusammenarbeit und Partnerschaft mit anderen EU-Organisationen als positiv, jedoch nur drei Viertel der Akteure aus den Mitgliedstaaten. Konkret bezeichnete die große Mehrheit (über 90%) der Befragten, die europaweite NRO vertreten, die Bereitschaft zur Zusammenarbeit und Partnerschaft mit anderen EU-Organisationen als stark. Die Akteure aus den Mitgliedstaaten beantworteten diese Frage weniger positiv. Dennoch stimmen je nach Organisation drei bis vier Fünftel der Befragten der Aussage zu, dass zwischen ihrer Organisation und den Einrichtungen der Europäischen Union eine Bereitschaft zur Zusammenarbeit besteht.

Die Zusammenarbeit zwischen NRO und nationalen, regionalen und kommunalen Behörden in den Progress-Politikbereichen hat seit 2010 zugenommen. Im Vorjahr gab ungefähr ein Drittel der Teilnehmer an der Jahresumfrage an, dass ein partnerschaftliches Verhältnis besteht. In diesem Jahr bestätigte mehr als vier Fünftel der Vertreter nationaler, regionaler und kommunaler Behörden, dass eine Bereitschaft zur Zusammenarbeit zwischen ihnen und EU-weiten NRO besteht. Außerdem wird die Zusammenarbeitsbereitschaft zwischen nationalen Behörden und NRO auf nationaler Ebene höher eingeschätzt als zwischen den nationalen Behörden und NRO auf EU-Ebene. Die große Mehrheit (über 90 Prozent) der befragten Vertreter nationaler, regionaler und kommunaler Behörden bestätigten, dass sie mit nationalen NRO partnerschaftlich zusammenarbeiten.

Nationale, regionale und kommunale Behörden sind eher zu Partnerschaften und zur Kooperation mit den Sozialpartnern als mit NRO bereit. Am stärksten ausgeprägt ist jedoch die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit Institutionen der EU.

### ***Progress unterstützte die Qualifizierung und Beteiligung aller betroffenen Interessenvertreter***

Progress lieferte Impulse für die Beteiligung von Nichtregierungs- und subnationalen Akteuren an politischen Prozessen sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene und förderte die Übertragung von Verantwortung an schwächere Akteure

wie ethnische Minderheiten oder Menschen mit Armutserfahrung. Beispiele dafür sind das EU-Treffen von Menschen mit Armutserfahrung, die Gleichstellungsgipfel, der Europäische Roma-Gipfel und das zweijährliche Treffen der Integrierten Plattform zur Eingliederung von Roma (weitere Informationen dazu finden sich in Anhang 2).

Außerdem unterstützte Progress EU-weite Netzwerke und NRO, die schwächere und wenig organisierte Interessengruppen in den Politikbereichen soziale Eingliederung, Antidiskriminierung und Geschlechtergleichstellung vertreten (beispielsweise Menschen mit Behinderungen, Menschen mit Armutserfahrung, Wohnungslose, Senioren, Roma und andere Minderheiten, Frauen und andere benachteiligte Gruppen). Dadurch erhielten diese Akteure die Möglichkeit, sich am politischen Prozess zu beteiligen. Dieser Wirkungsbereich wird in Kapitel 4 noch ausführlicher erläutert. Der Einfluss wichtiger EU-weiter Netzwerke und NRO machte sich durch eine Sensibilisierung und Beeinflussung von politischen Entscheidungsträgern in den jeweiligen Politikbereichen bemerkbar sowie durch die Bereitstellung nützlicher und sachdienlicher Informationen über die Umsetzung der EU-Gesetzgebung und/oder die Bedingungen, Bedürfnisse und Erwartungen der jeweiligen Zielgruppen. Dies wurde von über 85 Prozent der Teilnehmer an der Jahresumfrage allgemein bestätigt.

Eine Untersuchung der durch Progress geförderten Beteiligung von Interessenvertretern an der Umsetzung der OMK im Bereich Sozialschutz und soziale Eingliederung hat gezeigt, dass die Beteiligung von Interessenvertretern in denjenigen Bereichen am meisten bewirkt, in denen die thematischen Schwerpunkte der sozialen OMK liegen und in denen wichtige EU-Netzwerke tätig sind, z. B. in den Bereichen Kinderarmut und Wohnungslosigkeit. Menschen mit Armutserfahrung informieren sich zwar über politische Prozesse, beteiligen sich aber selten aktiv. Arbeitgeber und Gewerkschaften werden zwar oft zur Beteiligung aufgefordert, spielen aber, von der Beschäftigungspolitik abgesehen, selten eine aktive Rolle. Die Zweiwege-Kommunikation zwischen politischen Initiativen zur sozialen Eingliederung und anderen Politikbereichen wie Beschäftigung, Gesundheit und Langzeitpflege sind nur schwach entwickelt. Außerdem ist die Arbeitsweise der OMK wenig bekannt und den meisten Interessenvertretern in den Mitgliedstaaten nicht klar.

### 3.2. Leistungsparameter

#### **Leistungsparameter:**

*Einhaltung der Grundsätze guter Regierungsführung in der politischen Debatte*

***Die Klarheit der Themen und die Beteiligung von Interessenvertretern sind weiterhin gut, die Verbreitung der Ergebnisse ist jedoch weniger erfolgreich***

Die politische Debatte ist hochwertig und partizipatorisch, wenn sie auf den Grundsätzen guter Regierungsführung beruht. Zu diesen gehören Klarheit der zur Diskussion gestellten Themen, Beteiligung wichtiger Politiker und Entscheidungsträger auf EU- und Mitgliedstaatenebene, Beteiligung wichtiger Interessenvertreter und angemessene Verbreitung der Ergebnisse der politischen Debatte.

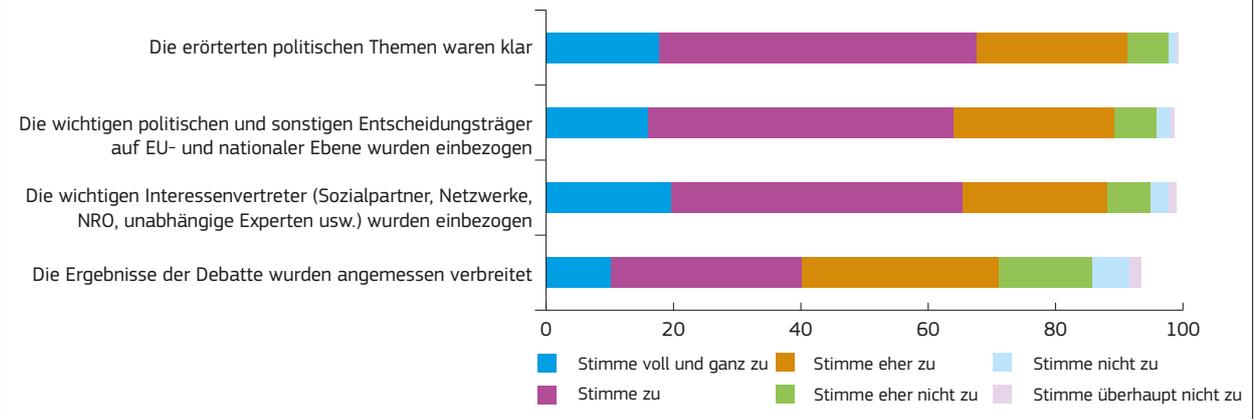
In der Umfrage wurden die Klarheit der Themen und die Beteiligung wichtiger Akteure besser bewertet als die Verbreitung der Ergebnisse. Diese Ergebnisse entsprechen im Wesentlichen denen der Jahre 2009 und 2010.

Die Bewertung, wie stark die Grundsätze guter Regierungsführung in den von Progress unterstützten Veranstaltungen zur Förderung der politischen Debatte beachtet werden, entspricht der allgemeinen Bewertung der politischen Debatte auf EU-Ebene, ist jedoch noch etwas positiver

An der Konferenz „Gleichstellung von Frauen und Männern“ am 19. und 20. September in Brüssel nahmen mehr als **400 Vertreter** von Institutionen der EU, internationalen Organisationen, Mitgliedsstaaten, Sozialpartnern und der Zivilgesellschaft teil. Die Konferenz markierte den ersten Jahrestag der Strategie für die Gleichstellung von Frauen und Männern 2010–2015, die am 21. September 2010 verabschiedet worden war und bot damit eine Gelegenheit, die wichtigsten Zielsetzungen der Strategie zu analysieren. Ziele der Konferenz waren es, (1) die Gründe und Folgen der geringen Erfolge bei der Gleichstellung der Geschlechter zu analysieren und (2) Ideen und Initiativen zu entwickeln, die der Gleichstellungspolitik neue Impulse geben können. Auch die Wirtschaftskrise war ein wichtiges Thema. Dabei wurden insbesondere die geschlechtsspezifischen Reaktionen auf die Krise diskutiert. Weitere Informationen unter [http://ec.europa.eu/justice/gender-equality/files/conference\\_sept\\_2011/background-paper-eliminating-gender-violence\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/justice/gender-equality/files/conference_sept_2011/background-paper-eliminating-gender-violence_en.pdf)

(siehe Abbildung 11). So erhielt auch die Konferenz „Gleichstellung von Frauen und Männern“ eine sehr gute Bewertung: 95 Prozent der befragten Teilnehmer gaben an, dass die diskutierten Themen klar waren, und 88 Prozent stimmten der Aussage zu, dass alle wichtigen Akteure (Sozialpartner, Netzwerke, NRO, unabhängige Experten usw.) beteiligt wurden. Allerdings sind nur 75 Prozent der Teilnehmer mit der Verbreitung der Ergebnisse zufrieden.

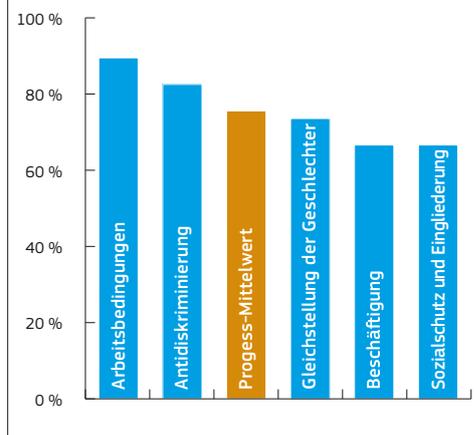
**Abbildung 11: Anteil der Befragten, die angeben, dass die politische Debatte auf EU-Ebene die folgenden Kriterien einer partizipatorischen Debatte erfüllt (in%)**



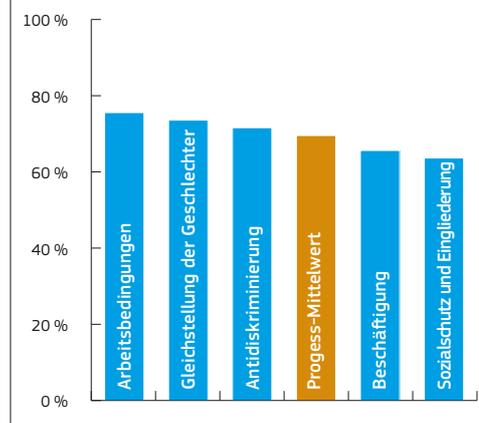
Quelle: Progress-Jahresumfrage 2011.

Eine hochwertige und partizipatorische politische Debatte auf EU-Ebene dient nationalen Interessenvertretern als Vorbild und leistet so einen positiven Beitrag zur Qualität der Debatten zu wichtigen politischen Themen auf nationaler, regionaler und/oder kommunaler Ebene. Dieser Beitrag der EU, insbesondere in den Bereichen Arbeitsbedingungen, Antidiskriminierung und Geschlechtergleichstellung, wurde von den Teilnehmern an der Jahresumfrage anerkannt (siehe Abbildung 12 und 13).

**Abbildung 12: Anteil der Befragten, die angeben, dass die EU einen positiven Beitrag zur Klarheit politischer Themen in der politischen Debatte auf nationaler, regionaler bzw. kommunaler Ebene leistet (in%)**



**Abbildung 13: Anteil der Befragten, die angeben, dass die EU einen positiven Beitrag zur Beteiligung aller relevanten Interessenvertreter an der politischen Debatte leistet (in%)**



Quelle: Progress-Jahresumfrage 2011.

**Leistungsparameter:**

Ausmaß, in dem die Ergebnisse der politischen Debatte in die Entwicklung der Gesetzgebung und Politik der EU einfließen

Das Wissen, das im Rahmen der durch Progress finanzierten politischen Debatte vermittelt wurde, konnte für die Politikgestaltung oder politische Überzeugungsarbeit auf nationaler Ebene genutzt werden

Konferenz der polnischen Präsidentschaft „**Stärkung des Know-how und der Innovationen im Bereich Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz als Bedingung für intelligentes Wachstum in der EU**“, Warschau, 7. November 2011. Die Konferenz warb für **Gesetzgebung und Normen zu Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz für nachhaltiges Wachstum in der EU**. An der Konferenz nahmen **Vertreter der Regierungen und Sozialpartner** aller EU-Mitgliedstaaten und dreier **Beitrittsländer** teil. Ebenfalls anwesend waren **Vertreter der Europäischen Kommission**, der OSHA, des europäischen Arbeitgeberverbands BUSINESSEUROPE, des Europäischen Gewerkschaftsbunds, Experten europäischer Forschungs- und Wirtschaftseinrichtungen sowie polnische und internationale Forschungs-, Ausbildungs- und Beratungseinrichtungen im Bereich Arbeitsschutz. Insgesamt nahmen **170 Akteure** an der Konferenz teil, davon 70 aus dem Ausland. Weitere Informationen unter <http://www.ciop.pl/24381.html>

Genau wie politische Forschung, Beratung und Analyse werden auch die Ergebnisse der politischen Debatte von unterschiedlichen Akteuren genutzt und fließen in verschiedene Phasen des politischen Prozesses und der Gesetzgebung ein.

Die Präsidentschaftskonferenz unterstützte eine Reform der EU-Gesetzgebung, mit der die Lebensarbeitszeit erhöht werden soll, und trug so zur Verbesserung der Rechtsvorschriften in den Bereichen Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz bei. Im Jahr 2011 wurde die zweite Anhörungsrunde der Sozialpartner zur

Änderung von fünf Arbeitsschutzrichtlinien abgeschlossen, die durch die neuen Vorschriften der EU zur Einstufung von chemischen Stoffen erforderlich wurden.

Im Bereich der Geschlechtergleichstellung veranstaltete die polnische Präsidentschaft am 14. und 15. November 2011 gemeinsam mit der Europäischen Kommission den 5. Europäischen Gleichstellungsgipfel im polnischen Posen. Thema des Gipfels war „Förderung der Gleichstellung auf Lokaler und Regionaler Ebene“, weil die lokale und die regionale Ebene für den Kampf gegen Diskriminierung und die Durchsetzung der Gleichstellung entscheidend sind. Auf diesen Ebenen wird Politik praktisch umgesetzt. Dieser neue Schwerpunkt führte einige neue Akteure in die europäische politische Debatte über die allgemeine Gleichstellung ein. Dazu gehö-

ren kommunale und regionale Behörden, lokale Unternehmensnetzwerke und Graswurzelbewegungen. Das Hauptthema der Konferenz wurde in drei Arbeitskreisen weiter aufgeschlüsselt: wie kann Gleichstellung durch regionale Entwicklungsstrategien gefördert werden, welche Partnerschaften zur Förderung der Gleichstellung sind auf regionaler und kommunaler Ebene möglich, und welchen Beitrag können Finanzhilfen der Europäischen Union zur Verbesserung der Situation benachteiligter Gruppen leisten?

Die Ergebnisse der Jahresumfrage zeigen, dass die befragten Teilnehmer an den durch Progress geförderten Veranstaltungen das erworbene Wissen nutzen. 91 Prozent der Befragten gaben an, ihr **Wissen an Kollegen, Führungskräfte und andere Akteure weitergeben** zu wollen, und 82 Prozent wollen das erworbene Wissen **für die Politikgestaltung oder politische Überzeugungsarbeit nutzen**.

### **3.3. Zusammenfassung der Tätigkeiten und Ergebnisse**

Im Jahr 2011 unterstützte Progress eine Reihe wichtiger Veranstaltungen und andere Informations- und Kommunikations- und Netzwerkinitiativen, die zu einer qualitativ hochwertigen und partizipatorischen politischen Debatte beigetragen haben. Dazu gehörten Präsidentschaftskonferenzen (die durch Finanzmittel an die Mitgliedstaaten finanziert wurden, die die EU-Ratspräsidentschaft innehatten) und andere hochrangige Veranstaltungen, Runde Tische, Foren und andere Workshops und Tagungen wie das Europäische Treffen von Menschen mit Armutserfahrung, der Gleichstellungsgipfel und die Umstrukturierungsforen. Insgesamt finanzierte das Programm Progress 15 Präsidentschaftskonferenzen und fünf weitere hochrangige politische Veranstaltungen, größtenteils in den Politikbereichen Beschäftigung sowie Sozialschutz und soziale Eingliederung. Die Maßnahmen zur Förderung einer hochwertigen und partizipatorischen Debatte stellten mit 11 % der Gesamtkosten im Jahr 2011 einen der kleineren Haushaltsposten des Programms dar.

**Tabelle 13: Anzahl der Präsidentschaftskonferenzen und anderen hochrangigen Veranstaltungen im Jahr 2011**

Leistungskategorie	Politikbereich	Gesamt	Beschäftigung	Sozialschutz und soziale Eingliederung	Arbeitsbedingungen	Antidiskriminierung	Gleichstellung der Geschlechter
	Information, Kommunikation und Bildung von Netzwerken						
Anzahl der Präsidentschaftskonferenzen hochrangigen Veranstaltungen		<b>35</b>	11	9	7	6	2
Anzahl der teilnehmenden Personen		<b>5006</b>	1172	1785	466	1010	573

Eine Analyse der Umfrageergebnisse zeigt, dass politische Diskussionsveranstaltungen stärker ins Bewusstsein rücken, wenn sie regelmäßig stattfinden. Das heißt, die wichtigen Akteure wissen tendenziell mehr über regelmäßig stattfindende Veranstaltungen wie den Gleichstellungsgipfel oder das Treffen von Menschen mit Armutserfahrung (auch wenn sie nicht daran teilnehmen) als über einmalige Veranstaltungen. Andererseits sind auch die unterschiedlichen Präsidentschaftskonferenzen bei den Akteuren nicht alle gleich gut oder schlecht bekannt. Dies lässt sich vermutlich durch den Zeitpunkt der Veranstaltung erklären (d. h. keine ähnlichen Veranstaltungen gleichzeitig oder kurz vorher oder nachher) und durch die thematische Anknüpfung an andere Veranstaltungen (mehrere Veranstaltungen zu verwandten Themen wecken mehr Aufmerksamkeit).

#### 4. AUSBAU DER KAPAZITÄT VON NATIONALEN UND EU-WEITEN NETZWERKEN

Um entsprechend den Zielen und Prioritäten der Europäischen Union den Einfluss wichtiger EU-weiter Netzwerke auf die Gestaltung und Umsetzung von Politik in der EU und den Mitgliedstaaten zu erhöhen, förderte Progress 2011 eine Reihe von NRO und Netzwerken, die in den Progress-Politikbereichen tätig sind.

Die finanzielle Förderung durch Progress diente dem Ziel, **wichtige Akteure auf EU- und nationaler Ebene zu mobilisieren** und auf diese Weise die Politikgestaltung zu verbessern und wichtige Unterstützung für die Ziele und Prioritäten der EU zu gewährleisten. Das Programm Progress hat die Aufgabe, die **Beteiligung der Zivilgesellschaft** an der Politikgestaltung zu fördern. Zu diesem Zweck leistet das Programm Finanzhilfen an wichtige EU-weite Netzwerke und stärkte so ihre Kapazität zur aktiven Teilnahme an der Gestaltung und Umsetzung von Politik in der Europäischen Union und den Mitgliedstaaten. Diese Beteiligung verbessert die Wirksamkeit politischer Maßnahmen und sorgt für mehr Verantwortlichkeit und Transparenz. Im Jahr 2011 unterstützte Progress eine Reihe von EU-weiten Netzwerken, die sich für den Kampf gegen Diskriminierung aufgrund von Rasse, ethnischer Herkunft, Behinderung oder Alter, für die Eingliederung von Menschen mit Behinderungen, für die Förderung der Geschlechtergleichstellung, für die Förderung von Frauen in Entscheidungsposition, für aktive Eingliederung oder in der Antidiskriminierungspolitik aktiv sind.

##### 4.1. Beitrag zu den Zielen der EU

Progress förderte die Beteiligung der Zivilgesellschaft bei der Erreichung der EU-Ziele, indem das Programm wichtige EU-weite NRO aus den einzelnen Politikbereichen finanziell unterstützte. Nicht-

regierungsorganisationen leisten einen wichtigen Beitrag, indem sie Änderungen der Beschäftigungs- und Sozialpolitik und der zugehörigen Gesetzgebung beeinflussen und/oder begleiten. Für echte Einflussnahme benötigt man langfristige, enge Koalitionen und die Fähigkeit, aus vielen Quellen Informationen zu sammeln, zu analysieren und diese Informationen an wichtige Akteure weiterzuleiten. Nichtregierungsorganisationen beeinflussen sowohl die Politik der Europäischen Union als auch über ihre nationalen Mitglieder die Politik der Mitgliedstaaten. Einfluss beruht auf Fachwissen und Informationen, die für die Gestaltung und Umsetzung von Politik benötigt werden.

Europäische Netzwerke spielen eine wichtige Rolle bei der Vertretung, Förderung und Verteidigung der Rechte und Interessen ihrer Mitgliederbasis in der Europäischen Union, da sie wichtige Partner der EU bei der Umsetzung politischer Strategien darstellen. Die Stärke der europäischen Netzwerke besteht darin, dass sie ihren Mitgliedern aus den einzelnen Mitgliedstaaten ein offenes Forum für Diskussionen und den

Austausch von Fachwissen und Erfahrungen bieten. Auf diese Weise werden einerseits die Maßnahmen der EU den Mitglieder des Netzwerks vermittelt und andererseits die Politikgestaltung beeinflusst und mit Fakten unterfüttert. Durch die Bildung von Koalitionen wird der Einfluss der Netzwerke weiter verstärkt. Die europäischen Netzwerke entwickeln Allianzen mit wichtigen Institutionen und Akteuren im Bereich Beschäftigung und Soziales und tragen so dazu bei, weitere Akteure für Probleme zu sensibilisieren und sie zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen zu drängen.

**2011 förderte Progress 32 EU-weite Netzwerke und NRO in den Bereichen Antidiskriminierung, Geschlechtergleichstellung sowie soziale Eingliederung und Sozialschutz** die als wichtige Informationsquellen für Entscheidungsträger und andere Betroffene auf EU- und Mitgliedstaatenebene dienen. Durch die finanzielle Unterstützung wichtiger Netzwerke, trug Progress auch 2011 zur Verbreitung und Förderung wichtiger Ideen und Strategien bei (z. B. des EU-Rahmens für nationale Strategien zur Integration der Roma).

**Tabelle 14: Durch Progress im Jahr 2011 unterstützte EU-weite Netzwerke und NRO**

Empfänger von Zuschüssen nach Politikbereich	Wichtige EU-Netzwerke und NRO, die Progress finanziell unterstützt hat
Sozialschutz und soziale Eingliederung	Caritas Europa*
	CECOP (Europäischer Dachverband der Produktivgenossenschaften, Sozialgenossenschaften und Mitarbeiterunternehmen)
	COFACE-EU (Bund der Familienorganisationen in der Europäischen Union)
	EAPN (Europäisches Netzwerk zur Bekämpfung der Armut)
	Eurochild*
	Eurocities
	Eurodiaconia (Europäischer Verband für Diakonie)
	EMN (Europäisches Mikrofinanzierungsnetzwerk)
	Europäisches Soziales Netzwerk*
	FEANTSA (Europäischer Verband nationaler Organisationen der Wohnungslosenhilfe)*
	MHE (Mental Health Europe)*
	PICUM (Platform for international cooperation on undocumented migrants)*
	DYNAMO International
	Eurohealthnet
ENSIE (European Network of Social Integration)	
Gleichstellung der Geschlechter.	EWL (Europäische Frauenlobby)*
Antidiskriminierung	AGE (Europäische Plattform für ältere Menschen)
	EDF (Europäisches Behindertenforum)*
	Autism Europe*
	EBU (Europäische Blindenunion)*
	ENIL (Europäisches Netzwerk für selbstbestimmtes Leben)
	IF (International Federation for Spina Bifida and Hydrocephalus)*
	Inclusion Europe*
	EASPD (Europäischer Verband der Leistungsanbieter für behinderte Menschen)*
	Internationaler Lesben- und Schwulenverband Europa*
	IGLYO (Internationale Jugendorganisation für LGBT-Personen)
	ENAR (Europäisches Netz gegen Rassismus)*
	Equinet Europe (Europäisches Netzwerk der Gleichstellungsstellen)
	EUD (Europäischer Verband der Gehörlosen)*
	EGDF (European Guide Dog Federation)
	Workability Europe
	ERIO (European Roma Information Office)

(\* Netzwerke mit Teilnehmerstatus beim Europarat.

## 4.2. Leistungsparameter

Die Stärkung der Partnerschaften mit wichtigen Politikern, Entscheidungsträgern und Interessenvertretern auf einzelstaatlicher und EU-Ebene verbessert die Faktengrundlage der politischen Debatte, fördert ein gemeinsames Verständnis und gibt der Entwicklung in Richtung der Ziele und Prioritäten der EU neue Impulse. Starke Partnerschaften erhöhen Sichtbarkeit und Bedeutung der Gesetzgebung und der politischen Ziele der EU auf der politischen Agenda und beeinflussen und motivieren so den politischen Wandel. Die EU möchte die Öffentlichkeit stärker am politischen Prozess beteiligen und dabei besonders die Gruppen einbeziehen, die häufig von der politischen Debatte ausgeschlossen sind, wie z. B. ethnische Minderheiten oder Menschen mit Armutserfahrung. Die Beteiligung aller betroffenen Akteure wird neue Probleme auf die Tagesordnung setzen, den öffentlichen Dialog fördern, durch die Stärkung von Gemeinsamkeiten und Konsens über die Ziele und Strategien der EU bei allen Betroffenen politischen Wandel erleichtern, Differenzen überwinden und neue Partnerschaften ermöglichen.

Der Nutzen derartiger Partnerschaften liegt für die Mitgliedstaaten in der Übernahme neuartiger Strategien und für die an den EU-Maßnahmen beteiligten Organisationen in der Beteiligung am politischen Prozess. Die Teilnahme an EU-Maßnahmen verbessert die Politikgestaltung insbesondere durch hochwertige Verfahren der Politikbewertung, durch Partnerschaften und langfristige Planung. Die Beteiligung der betroffenen Akteure an EU-Maßnahmen fördert die Verantwortlichkeit von Politikern und Entscheidungsträgern, verbessert die Transparenz von Entscheidungsprozessen und verstärkt die Wirkung politischer Lösungen auf einzelstaatlicher und EU-Ebene. Die Tätigkeit wichtiger EU-Netzwerke und NRO erhöht die Präsenz und positive Wahrnehmung der von Progress behandelten Politikbereiche, insbesondere im Kampf gegen Diskriminierung und Armut. So werden das Wissen und die Sensibilität für diese Themen gefördert und die Zustimmung und Unterstützung für Maßnahmen der Sozial-, Beschäftigungs- und Gleichstellungspolitik bei den Bürgern gestärkt.

### **Leistungsparameter:**

*Verbesserung der Überzeugungsfähigkeit der durch Progress unterstützten Netzwerke*

***EU-weite Netzwerke und NRO wurden für ihre politische Überzeugungsarbeit allgemein geschätzt***

Den durch Progress geförderten Netzwerken und NRO stehen viele Wege zur Verfügung, auf denen sie **Politikern** und Entscheidungsträgern ihre Ansichten zu Gesetzesinitiativen oder politischen Entwicklungen vermitteln können. Dazu gehören die Beteiligung an öffentlichen Konsultationen durch die Kommission, informelle Beratungen in schriftlicher oder mündlicher Form auf EU- und nationaler Ebene sowie die Teilnahme an Treffen, Konferenzen und informellen Diskussionen.

Ein Hinweis auf die Beratungskapazität wichtiger EU-Netzwerke und NRO ist ihr Teilnehmerstatus beim Europarat. Wenn NRO diesen Status erhalten, können die Lenkungsausschüsse, Expertenausschüsse und andere Gremien des Ministerkomitees des Europarats die betreffende NRO an der Entwicklung der Politik, Programme und Maßnahmen des Europarats beteiligen. Dies erfolgt insbesondere durch Gewährung eines Beobachterstatus im Verbindungsausschuss und in den Themengruppen der internationalen NRO. Über die Hälfte der durch Progress geförderten wichtigen EU-Netzwerke und NRO (17 von 32) wurden im Jahr 2011 in der NRO-Datenbank des Europarats geführt. <sup>(2)</sup> Dies entspricht in etwa der Situation in den Jahren 2009 und 2010.

EU-weite Netzwerke und NRO werden für ihre politische Überzeugungsarbeit allgemein geschätzt. Mehr als vier Fünftel der Teilnehmer an der Jahresumfrage stimmten der Aussage zu, dass wichtige EU-weite Netzwerke und NRO politische Entscheidungsträger in den jeweiligen Politikbereichen sensibilisieren und beeinflussen konnten und eine wichtige Quelle für nützliche und sachdienliche Informationen über die Umsetzung der EU-Gesetzgebung und/oder die Voraussetzungen, Bedürfnisse und Erwartungen der jeweiligen Zielgruppen darstellten.

### **Leistungsparameter:**

*Zufriedenheit von Behörden der EU und der Mitgliedstaaten mit dem Beitrag der Netzwerke*

***Interessenvertreter sind eher zufrieden mit dem Beitrag der EU-Netzwerke als Entscheidungsträger***

<sup>(2)</sup> Hinweis: Derzeit ist keine Liste der NRO mit Teilnehmerstatus verfügbar, daher wurde angenommen, dass die in die NRO-Datenbank des Europarats aufgenommenen NRO denen mit Teilnehmerstatus entsprechen. Siehe <http://ngo-coe.org/WebForms/NgoList.aspx>.

Netzwerke spielen eine wichtige Rolle bei der Vermittlung zwischen den Perspektiven der Mitgliedstaaten und der EU im Hinblick auf die Entwicklung und Umsetzung gemeinsamer politischer Strategien und Rechtsakte. Einerseits bringen sie durch ihre nationalen Mitglieder und Expertengruppen nationale Sichtweisen in die EU ein, indem sie der Kommission regelmäßig die Ansichten ihrer Mitglieder hinsichtlich der Übertragung und Umsetzung der Gesetzgebung und Politik der EU auf nationaler Ebene übermitteln. Andererseits ermutigen und unterstützen sie ihre Mitglieder dabei, die gemeinsamen EU-Ziele auf nationaler Ebene durch gezielte Einflussnahme auf Vertreter der nationalen Regierungen und Mitglieder des Europäischen Parlaments zu vertreten, die großen Einfluss auf die Politikgestaltung und Entscheidungen im Rat und im Parlament ausüben.

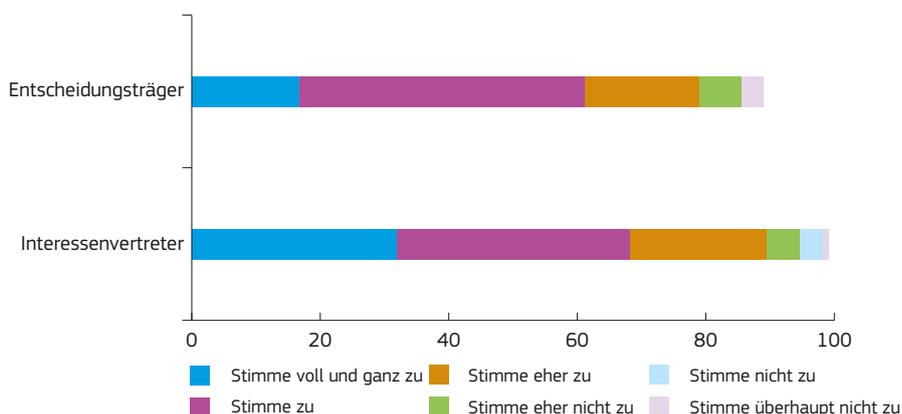
Die von Progress geförderten EU-weiten Netzwerke und NRO spielten durch ihre nationalen Mitgliedsorganisationen und andere Netzwerkstrukturen eine wichtige Rolle bei der Vermittlung der auf EU-Ebene beschlossenen Strategien an die Mitglied-

staaten. Die Netzwerke veranstalteten nationale Kampagnen zur Sensibilisierung für gemeinsame europäische Herausforderungen und machten sich für Lösungen in Fällen von systematischer gesellschaftlicher Ungleichbehandlung stark.

Außerdem erstellten die NRO Faktengrundlagen und organisierten Veranstaltungen, in denen wichtige Werte der EU wie Integratives Wachstum, Antidiskriminierung und Grundrechte für alle vertreten wurden. Sie führten diese Werte in die politische Debatte ein, um die Dominanz der rein wirtschaftspolitischen Sichtweise zu brechen, und forderten zu deren Lösung in strategischen Initiativen und bei der Politikgestaltung auf.

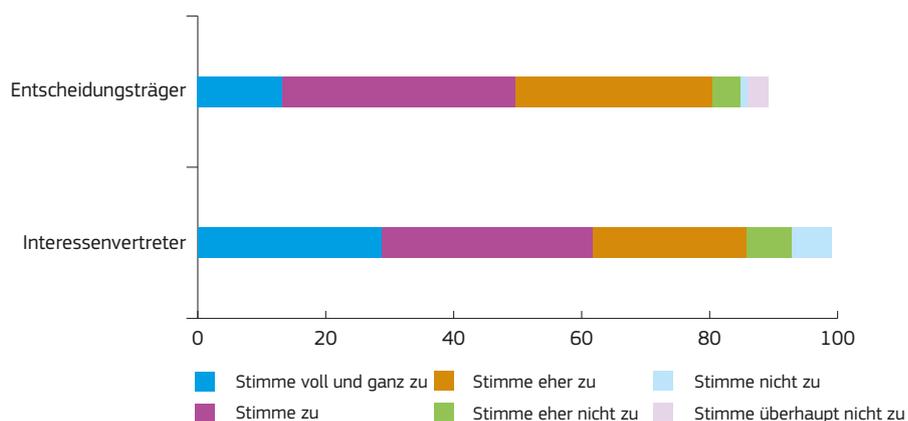
Insgesamt sind Interessenvertreter (Angestellte bzw. Freiwillige in Sozialpartnerorganisationen, Netzwerken und NRO auf EU- und Mitgliedstaatenebene) zufriedener mit dem Beitrag der durch Progress geförderten Netzwerke und NRO als die Entscheidungsträger (Regierungsbeamte, die bei einer nationalen, regionalen oder lokalen Regierungsinstitution tätig sind) (siehe Abbildung 14 und 15).

**Abbildung 14: Anteil der Befragten, die angeben, dass die Tätigkeit der EU-weiten Netzwerke/NRO in ihrem Politikbereich eine Quelle für nützliche und sachdienliche Informationen über die Umsetzung der EU-Gesetzgebung und/oder die Voraussetzungen, Bedürfnisse und Erwartungen der relevanten Zielgruppen darstellen (in %)**



Quelle: Progress-Jahresumfrage 2011.

Abbildung 15: Anteil der Befragten, die angeben, dass die Tätigkeit der EU-weiten Netzwerke/NRO in ihrem Politikbereich politische Entscheidungsträger im jeweiligen Politikbereich erfolgreich sensibilisieren und beeinflussen konnte (in%)



Quelle: Progress-Jahresumfrage 2011.

**Leistungsparameter:**

*Integration der Anliegen der durch Progress geförderten Netzwerke in andere Politikbereiche*

**Die wichtigsten EU-Netzwerke übertragen die Perspektive ihrer jeweiligen Zielgruppen und Querschnittsthemen in andere Politikbereiche**

Die wichtigsten Netzwerke auf EU-Ebene trugen entscheidend dazu bei, dass die Bedürfnisse und Probleme einzelner sozialer Gruppen bereichsübergreifend berücksichtigt wurden. Als Vertreter benachteiligter sozialer Gruppen und europäischer sozialer Werte förderten die Netzwerke eine bereichsübergreifende Perspektive in der europäischen Beschäftigungs- und Sozialpolitik, indem sie an der politischen Debatte und an öffentlichen Konsultationen teilnahmen und die Entwicklung von Indikatoren zur Erfassung von Querschnittsthemen auf EU-Ebene anregten.

Die AGE-Plattform in Europa (AGE) ist in einem breiten Spektrum politischer Fragen aktiv, die Senioren und Rentner betreffen, wie z. B. in den Bereichen Antidiskriminierung, Beschäftigung älterer Arbeitnehmer und aktives Altern, Sozialschutz, Rentenreformen, soziale Eingliederung, Gesundheitspolitik, Forschung, Barrierefreiheit öffentlicher Verkehrsmittel und Gebäude sowie IT-Systeme. Dabei wird die Arbeit von AGE durch folgende Expertengruppen zu den einzelnen Politikbereichen unterstützt: 1. Expertengruppe Antidiskriminierung, 2. Expertengruppe Beschäftigung und aktives Altern, 3. Expertengruppe Gesundheits- und Sozialdienste, 4. Expertengruppe soziale Eingliederung, 5. Expertengruppe Sozialschutz, 6. Expertengruppe Barrierefreiheit und Selbstbestimmung. Diese Gruppen erweitern die Arbeit von AGE durch nationale Perspektiven und unterstützen die Erarbeitung gemeinsamer Erklärungen in ihrem Arbeitsbereich.

### 4.3. Zusammenfassung der Tätigkeiten und Ergebnisse

Die Maßnahmen zur Verbesserung der Kapazitäten von Netzwerken und NRO waren die drittgrößte Kostenstelle des Programms. 20 Prozent der Betriebskosten des Jahres 2011 entfielen in diesen Bereich. 2011 trug die Kommission im Rahmen von Partnerschaftsabkommen die laufenden Kosten von 32 EU-weiten Netzwerken und NRO in den Bereichen soziale Eingliederung, Kampf gegen Diskriminierung, Förderung der Geschlechtergleichstellung, Integration von Menschen mit Behinderungen und Vertretung der Roma. Die Rahmenverträge definieren die Bedingungen für die Gewährung von Finanzhilfen für Maßnahmen auf der Grundlage eines strategischen Dreijahresplans. Außerdem definieren die Partnerschaftsvereinbarungen die jeweiligen Rollen und Zuständigkeitsbereiche der Kommission und der NRO bzw. Netzwerke in der Partnerschaft. Sie enthalten die gemeinsamen Ziele und die vorgesehenen Maßnahmen, auf die sich die Netzwerke und die Kommission geeinigt haben, die Antragsverfahren für die jährlichen Betriebskostenzuschüsse und die vertraglichen Rechte und Pflichten der Parteien. Auf der Grundlage dieser Vereinbarung fordert die Kommission dann alle Organisationen, mit denen Partnerschaftsabkommen bestehen, dazu auf, einen ausführlichen jährlichen Arbeitsplan und einen entsprechenden Haushaltsplan vorzulegen, anhand dessen ein Vertrag über die jährlichen Betriebskostenzuschüsse abgeschlossen wird.

Im Rahmen der einzelnen Vereinbarungen erläutert der durch die Partnerorganisation vorgelegte strategische Dreijahresplan, auf welche Weise die Organisation die vier Kernziele erreichen möchte, die für die Arbeit von Progress in diesem Bereich gelten. Diese Kernziele sind:

- Ausbau der organisatorischen und administrativen Kapazitäten europäischer Netzwerke,

- Vertretung der Belange und Erwartungen von (1) Menschen, die von sozialer Ausgrenzung, Diskriminierung und Ungleichbehandlung betroffen sind oder (2) Einrichtungen, die Dienstleistungen für diese Menschen erbringen, sowie Nutzung dieser Informationen zur Beeinflussung der Politikgestaltung in der EU und den Mitgliedstaaten,
- Unterstützung der Beratungs- und Informationsmaßnahmen der europäischen Partnerorganisationen und ihrer nationalen Mitglieder zur Förderung und Weiterentwicklung der Ziele und Prioritäten der EU in der Europäischen Union und den Mitgliedstaaten,
- Bessere Integration von Querschnittsthemen (z. B. Geschlechtergleichstellung, Armut, Behinderung und Antidiskriminierung) in die tägliche Arbeit der europäischen Partnerorganisation.

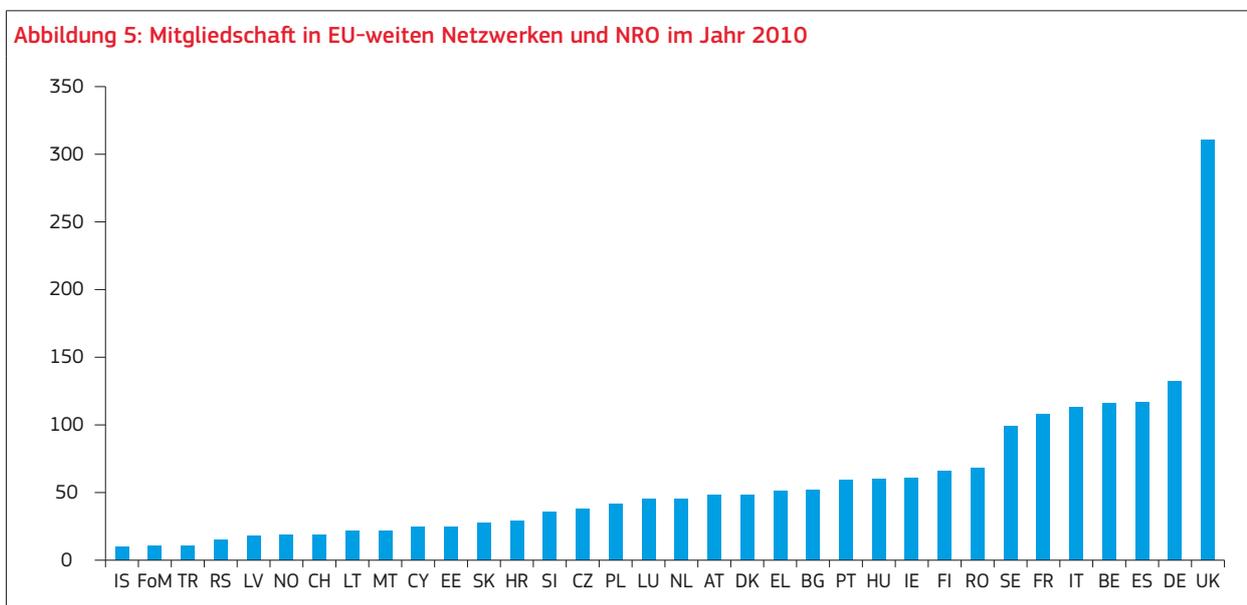
Die Jahresumfrage zeigt, dass 94 Prozent der Umfrageteilnehmer aus dem Bereich Geschlechtergleichstellung und 91 Prozent aus dem Bereich Sozialschutz und soziale Eingliederung der Aussage zustimmen, dass die in ihrem Bereich tätigen EU-weiten Netzwerke und NRO eine nützliche Quelle für sachdienliche Informationen über die Umsetzung der EU-Gesetzgebung und/oder die Bedingungen, Bedürfnisse und Erwartungen der relevanten Zielgruppen darstellen. Ganz allgemein ist eine Mehrzahl der Befragten (80-94 Prozent) mit dem Beitrag der EU-weiten Netzwerke und NRO zufrieden. Außerdem ist eine große Mehrheit (77-94 Prozent) der Befragten der Ansicht, dass die EU-weiten Netzwerke die politischen Entscheidungsträger in den jeweiligen Politikbereichen und insbesondere in den Bereichen Geschlechtergleichstellung und Sozialschutz sensibilisiert und beeinflusst haben.

Abbildung 16 zeigt die Mitgliederbasis der wichtigsten EU-weiten Netzwerke, ihre geografische

Verbreitung und die Ebene, auf der sie tätig sind (EU, national, regional oder lokal). Da die Daten zur geografischen Verbreitung nicht in jedem Jahr erhoben werden, bezieht sich die Abbildung auf den Daten, die für den Bericht des Jahres 2010 erhoben wurden. Die Zwischenberichte wichtiger NRO und Netzwerke deuten allerdings darauf hin, dass die meisten Organisationen ihre geografische Reichweite erhöhen konnten. Die allgemeinen Tendenzen bleiben allerdings bestehen. Die Beteiligung der Progress-Mitgliedstaaten an EU-weiten Netz-

werken und NRO ist bei alten und neuen Mitgliedstaaten und bei Beitritts- bzw. EWG-/EFTA-Ländern unterschiedlich stark ausgeprägt. Die Beitritts- bzw. EWG-/EFTA-Länder haben die wenigsten Mitglieder in EU-weiten Netzwerken und NRO, gefolgt von den neuen Mitgliedstaaten und den alten Mitgliedstaaten. Von den neuen Mitgliedstaaten hat Rumänien die meisten Mitgliedsorganisationen, und Großbritannien führt mit einer sehr hohen Anzahl an Mitgliedsorganisationen in EU-Netzwerken mit großem Abstand das Ranking an.

**Abbildung 5: Mitgliedschaft in EU-weiten Netzwerken und NRO im Jahr 2010**



Quelle: Berichte der durch Progress geförderten EU-weiten Netzwerke und NRO.

Die von Progress geförderten wichtigen EU-Netzwerke und NRO erstellten 411 Berichte, die auf politische Beratung, Forschung und Analyse ausgerichtet waren, und 165 Berichte, die auf die Überwachung bzw. Bewertung von Maßnahmen in den Politikbereichen Antidiskriminierung, Sozialschutz und sozi-

ale Eingliederung sowie Geschlechtergleichstellung ausgerichtet waren. Außerdem organisierten Sie 281 Schulungs-, Peer Review- oder sonstige Veranstaltungen für gegenseitiges Lernen sowie 468 Informations- und Kommunikationsveranstaltungen mit insgesamt 22 821 Teilnehmern (siehe Tabelle 15).

**Tabelle 15: Produkte der durch Progress geförderten wichtigsten EU-Netzwerke und NRO im Jahr 2011**

	Antidiskriminierung	Sozialschutz und soziale Eingliederung	Gleichstellung der Geschlechter
Anzahl der Netzwerke/NRO	13 (*)	10 (**)	1
Anzahl der Berichte, die auf politische Beratung, Forschung und Analyse ausgerichtet waren	165	239	7
Anzahl der Berichte zur Identifizierung bewährter Verfahren	67	88	10
Anzahl der Berichte zur Überwachung/Bewertung	103	230	115
Anzahl der Schulungen, Peer Reviews und anderer Veranstaltungen zum gegenseitigen Lernen	149	95	37
Anzahl der teilnehmenden Personen	4348	1134	983
davon Frauen	1737	652	911
Anzahl der Informations- und Kommunikationsveranstaltungen	98	70	300
Anzahl der teilnehmenden Personen	5811	2747	7798
davon Frauen	980	1503	6650

(\*) Ohne die Daten der Europäischen Blindenunion, von ERIO (European Roma Information Office) und von IGLYO (internationale Jugendorganisation für LGBT-Personen).

(\*\*) Ohne die Daten von Caritas Europa, EAPN (Europäisches Netzwerk zur Bekämpfung der Armut), EMN (European Microfinance Network), Mental Health Europe und FEANTSA (Europäischer Verband nationaler Organisationen der Wohnungslosenhilfe).

## 5. INTEGRATION VON QUERSCHNITTSTHEMEN UND MEHR KOHÄRENZ

### **Leistungsparameter:**

*In den Politikbereichen von Progress werden Querschnittsthemen berücksichtigt*

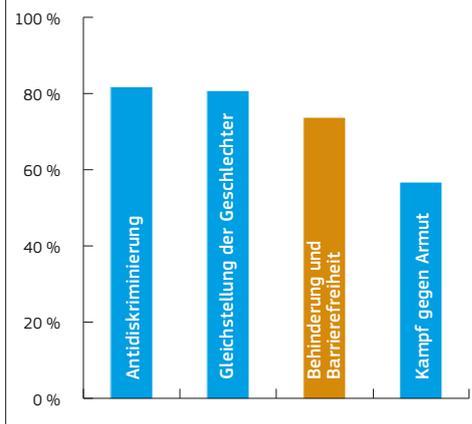
***Bei der Erfassung von Daten im Rahmen des Programms Progress wurden die Querschnittsthemen Antidiskriminierung und Gleichstellung der Geschlechter ausreichend berücksichtigt***

Progress trug durch die Schaffung von Faktengrundlagen, durch Seminare zum Austausch bewährter Verfahren und in der politischen Debatte zur Integration von Querschnittsthemen wie z. B.

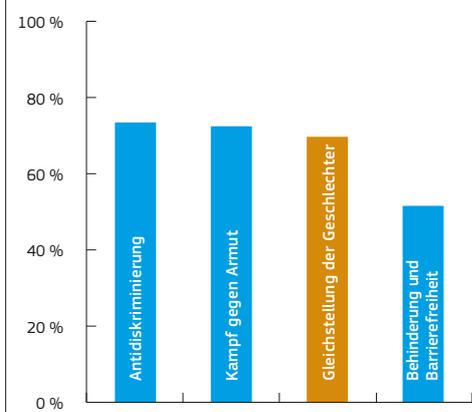
Gleichstellung von Frauen und Männern, Antidiskriminierung, Behinderung und Barrierefreiheit sowie Kampf gegen Armut bei.

Die Bewertung des Beitrags der EU zur Integration dieser Querschnittsthemen in den Progress-Politikbereichen ist seit 2009 und 2010 unverändert. Die Teilnehmer an der Jahresumfrage 2011 waren der Meinung, dass die EU am stärksten zur Integration der Themen Antidiskriminierung und Geschlechtergleichstellung beigetragen hat, wogegen der Beitrag der EU zur Integration von Behindertenthemen und zum Kampf gegen Armut weiterhin als mäßig eingeschätzt wird. Allerdings zeigen die Ergebnisse der Umfrage, mit der nachträglich die Zweckmäßigkeit und Nützlichkeit der im Jahr 2011 durch Progress geförderten Veranstaltungen bewertet wurde, dass die Teilnehmer die Behandlung des Querschnittsthemas Armut angemessen fanden.

**Abbildung 17: Anteil der Befragten, die angeben, dass der EU-Beitrag zur Integration von Querschnittsthemen in den folgenden Politikbereichen zufriedenstellend oder hoch ist**



**Abbildung 18: Anteil der Befragten, die angeben, dass Querschnittsthemen in der Veranstaltung angemessen behandelt wurden**



Quelle: Progress-Jahresumfrage 2011.

**Leistungsparameter:**

*EU-Politik und -Gesetzgebung in den Progress-Themenbereichen folgen einer gemeinsamen Interventionslogik*

***In allen Progress-Politikbereichen wurde eine gemeinsame Interventionslogik verfolgt, und es wurden ähnliche Maßnahmen in verschiedenen Politikbereichen unterstützt***

Zu der gemeinsamen Interventionslogik der Politik und Gesetzgebung der EU in den Progress-Politikbereichen gehören die folgenden Schlüsselemente:

- Die **Gestaltung** von Politik und Gesetzgebung der EU basiert auf einer soliden Faktengrundlage, der Konsultation von Interessenvertretern und einer hochwertigen und partizipatorischen politischen Debatte.
- Die **Umsetzung** der Politik und Gesetzgebung der EU basiert auf regelmäßiger Überwachung und Analyse, auf Informationsaustausch und Lernen, der Beteiligung von wichtigen Interessenvertretern und politischer Debatte.

Die Kohärenz der einzelnen Progress-Politikbereiche wurde durch gemeinsame Maßnahmen (Expertentreffen, Netzwerke im Bereich Antidiskriminierung und Geschlechtergleichstellung) und durch Studien erreicht, die in einem der Politikbereiche erstellt und später in anderen Politikbereichen verwendet wurden. Durch Progress unterstützte Aktivitäten stellten Informationen, Analysen, Forschung und statistische Informationen zur Verfügung, die für die politische Koordination und insbesondere für eine solide Analyse und Integration von Geschlechtergleichstellungsthemen in den politischen Dokumenten anderer Politikbereiche wie z. B. den gemeinsamen Berichten über Sozialschutz und soziale Eingliederung oder den Mitteilungen der Kommission, erforderlich sind.

**Leistungsparameter:**

*Der Gleichstellungsaspekt wird in Progress systematisch gefördert*

Progress trieb die Überwachung und Stärkung der Integration des Gleichstellungsaspekts mit Hilfe der Tätigkeit zweier Expertennetzwerke voran: des Expertennetzes für Fragen der Gleichstellung von Frauen und Männern (EGGE) und des Sachverständigennetzwerks für die Bereiche Chancengleichheit von Männern und Frauen, soziale Eingliederung, Gesundheit und Langzeitpflege (EGGSI).

2011 erstellte EGGE eine Analyse der 27 nationalen Reformprogramme, Themenberichte über die Diskrepanz zwischen wünschenswerten und realen Arbeitszeitregelungen und Karrierebrüche bei Frauen und Männern sowie Berichte über die außerschulische Kinderbetreuung und die Folgen der Krise für die Chancengleichheit. Die Berichte des EGGSI behandelten die Wirkung der Rentensysteme

und die Folgen der Wirtschaftskrise für die Situation von Frauen und Männern und die Gleichstellungspolitik (weitere Informationen dazu in Anhang 2).

### Gleichstellungsaspekt in der Strategie Europa 2020

Die Europäische Frauenlobby (EWL) beobachtete die Verhandlungen zur Strategie Europa 2020 sorgfältig und setzte sich für mehr Chancengleichheit in Europa ein. Sie setzte sich durch Handlungsaufträge an die europäischen Präsidentschaften und die Teilnahme an öffentlichen Konsultationen für eine stärkere Berücksichtigung des Gleichstellungsaspekts in der Strategie ein. Sie mahnte das Fehlen angemessener Maßnahmen zur Minderung geschlechterspezifischer Benachteiligungen an und schlug vor, eine verbindliche Verpflichtung zur Abschaffung des geschlechterspezifischer Verdienstabstands bis zum Jahr 2020, eine Zielvorgabe von 40% weiblichen Vorstandsmitgliedern in großen Unternehmen und Maßnahmen zur Förderung des Pflegesektors in die Strategie aufzunehmen. Außerdem empfahl sie eine kohärente Strategie in allen Politikbereichen und die starke institutionalisierte Verschränkung der Anstrengungen auf europäischer und einzelstaatlicher Ebene. Sie forderte ein besseres Überwachungssystem und die systematische Integration des Gleichstellungsaspekts in alle politische Maßnahmen, Zielen, Bezugsgrößen und Maßstäben der künftigen Strategie 2020. Ein Leitindikator für die Geschlechtergleichstellung (Beschäftigungsquote nach Geschlecht) wurde eingeführt, um die Erreichung der Kernziele der Strategie Europa 2020 zu überwachen.

Weise trug auch die von Progress geförderte Europäische Frauenlobby durch ihren Einsatz für eine deutliche Integration des Gleichstellungsaspekts zur Entwicklung der Strategie Europa 2020 bei.

Die Konferenz begleitete das informelle Treffen der Minister für Familie und Gleichstellung der Geschlechter, bei dem die Minister, der Vizepräsident der Europäischen Kommission und der Kommissar für Justiz geeignete Maßnahmen zur Vereinbarung von Beruf und Familie diskutierten. Eine besondere Rolle bei den Gesprächen spielten die geplante Änderung der Richtlinie über den Mut-

Die polnische Präsidentschaft setzte sich sehr für die Integration des Gleichstellungsaspekts in die Strategie Europa 2020 ein. Das Engagement Polens und anderer Mitgliedstaaten für die Gleichstellung der Geschlechter kam auch in der Konferenz „Mechanismen zur Vereinbarung von Familie und Beruf bei Frauen und Männern als Chance zur aktiven Teilnahme am Arbeitsmarkt“ am 20. und 21. Oktober 2011 in Krakau zum Ausdruck. An der Konferenz nahmen Vertreter der Ministerien aller europäischen Mitgliedstaaten, EFTA-Länder und Beitrittsländer bei, die für die Themen Familie, Gleichstellung und Beschäftigung zuständig sind. Außerdem waren Mitglieder des Experten-netzes für Fragen der Beschäftigung und der Gleichstellung von Frauen und Männern (EGGE), des Europäischen Instituts für Geschlechtergleichstellung (EIGE), der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound) und weiterer europäischer NRO und Sozialpartner vertreten. Insgesamt nahmen über 150 Experten an der Konferenz teil. In ähnlicher

terchaftsurlaub, der demografische Wandel und die aktuelle Wirtschaftskrise. In einer Reihe von Einzel-seminaren wurde diskutiert, wie die Gleichstellung der Geschlechter und die Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie dazu beitragen können, die Ziele der Strategie Europa 2020 zu erreichen. Außerdem wurden bewährte Verfahren zur Herstellung von Chancengleichheit von Frauen und Männern in Beruf und Familie ausgetauscht.

Schließlich vergab das Programm zur weiteren Integration des Gleichstellungsaspekts Finanzhilfen an die zuständigen Behörden in den Mitgliedstaaten. So führt beispielsweise das polnische Ministerium für Arbeit und Soziales vom November 2010 bis Mai 2012 ein Projekt mit dem Titel „Gleichstellung als Mittel zur Reform des Arbeitsmarkts“ durch. Wichtigstes Ziel des Projekts ist es, Lösungen für die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu entwickeln und über die Rechte von Arbeitnehmern und insbesondere von arbeitenden Vätern auf Elternzeit aufzuklären. Das Projekt soll Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Vertreter des Arbeitsmarkts (d. h. Gewerkschaften, Berufsgenossenschaften und Handelskammern) über die beschäftigungspolitischen Maßnahmen informieren, die arbeitende Eltern unterstützen. Außerdem will das Projekt die Geschlechterrollen in Frage stellen, die den Frauen die Hauptverantwortung für die Kindererziehung zusprechen und sie deshalb für die schlechteren Mitarbeiter halten.

### *Progress förderte die Integration des Gleichstellungsaspekts, indem das Programm die Aufschlüsselung der Daten im Programmüberwachungssystem nach Geschlecht vorschrieb*

Nach Geschlecht aufgeschlüsselte Daten stehen bereits systematisch für die Veranstaltungen zur Verfügung, die unter Finanzhilfvereinbarungen durchgeführt wurden, jedoch noch nicht für die im Auftrag der Kommission durchgeführten Veranstaltungen.

#### **Leistungsparameter:**

*Anteil der Finanzierung von Maßnahmen zur Unterstützung oder Durchführung von Querschnittsthemen*

Ein gesonderter Anteil der Finanzmittel (1,5%) des Progress-Programms floss in die Förderung themenübergreifender Fragen.

### III. Zusätzliche Informationen

Die folgende Tabelle enthält finanzielle Informationen zur Leistung von Progress. Der Finanzrahmen des Jahresarbeitsplans von Progress umfasst Betriebs- und Verwaltungsausgaben.

#### 1. BETRIEBSAUSGABEN

Die geplanten Betriebsausgaben (Mittelbewilligungen und der Beitrag der Mitgliedstaaten und EFTA-/EWR-Ländern) betrug im Jahr 2010 **91,37 Mio. EUR** (und damit circa 16 Prozent weniger als 2010). Die folgende Tabelle stellt die Anteile der einzelnen Politikbereiche am jährlichen Finanzrahmen dar.

**Tabelle 16: Anteil der Betriebsausgaben – geplante Verpflichtungen, nach Politikbereich**

Progress-Politikbereich	% im Jahr 2011	% im Jahr 2010	% im Jahr 2009	% im Jahr 2008	% im Jahr 2007	Progress-Entscheidung, %
Beschäftigung	22,18	22,19	22,36	21,82	21,92	23,00
Sozialschutz und soziale Eingliederung	31,13	30,78	30,73	29,40	30,70	30,00
Arbeitsbedingungen	9,44	9,79	10,31	12,96	11,18	10,00
Antidiskriminierung und Vielfalt	22,56	22,81	22,71	25,09	22,49	23,00
Gleichstellung der Geschlechter	13,21	12,77	12,12	9,24	11,75	12,00
Unterstützung für die Umsetzung des Programms	1,52	1,66	1,77	1,47	1,91	2,00

Quelle: Europäische Kommission.

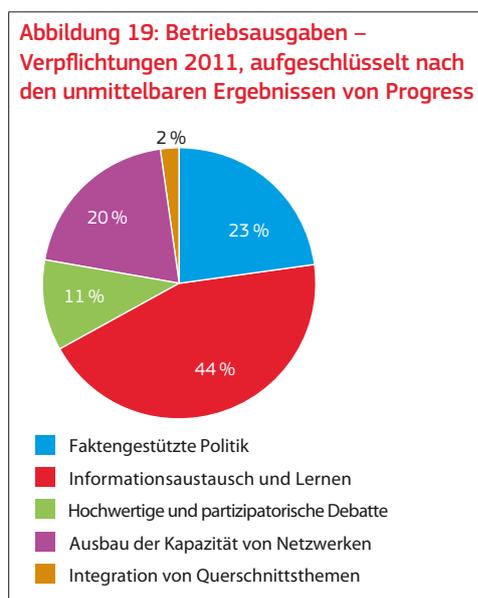
Tabelle 17 zeigt sowohl die geplanten als auch die tatsächlichen Betriebsausgaben (Bewilligungen für Verpflichtungen) nach Progress-Politikbereich in den Jahren 2010 und 2011.

**Tabelle 17: Betriebsausgaben – geplante und tatsächliche Verpflichtungen, Mio. EUR**

Progress-Politikbereich	2011			2010		
	Geplant (Mio. EUR)	Tatsächlich (Mio. EUR)	%	Geplant (Mio. EUR)	Tatsächlich (Mio. EUR)	%
Beschäftigung	20,26	19,41	95,83	23,990	23,719	98,87
Sozialschutz und soziale Eingliederung	28,42	28,35	99,79	33,270	32,477	97,62
Arbeitsbedingungen	8,63	7,26	84,23	10,582	9,822	92,82
Antidiskriminierung und Vielfalt	20,62	19,92	96,65	24,654	24,116	97,82
Gleichstellung der Geschlechter	12,07	8,53	70,68	13,805	13,667	99,00
Unterstützung für die Umsetzung des Programms	1,39	1,19	86,07	1,790	1,786	99,78
<b>Gesamt</b>	<b>91,37</b>	<b>84,68</b>	<b>92,68</b>	<b>108,091</b>	<b>107,59</b>	<b>99,54</b>

Quelle: Europäische Kommission.

In Abbildung 19 wird die Verteilung der zuvor erwähnten tatsächlichen Betriebsausgaben (Bewilligungen für Verpflichtungen) aufgeschlüsselt nach den unmittelbaren Ergebnissen von Progress für das Jahr 2011 dargestellt. Da einige durch Progress finanzierte Aktivitäten zu mehreren unmittelbaren Ergebnissen von Progress beitragen, stellen die nachfolgenden Daten die beste verfügbare Schätzung dar.



Diese Angaben zu den Betriebsausgaben beziehen sich auf die für das Jahr 2011 veranschlagten Mittel. Diese entsprechen nicht den Beträgen, die 2011 und in den Vorjahren für die Erstellung der Produkte aufgewendet wurden, die im Jahr

2011 fertig gestellt und für diesen Bericht verwendet wurden.

## 2. VERWALTUNGS-AUSGABEN

Die geplanten Verwaltungsausgaben (Bewilligungen für Verpflichtungen) betragen **im Jahr 2011 4,48 Mio. EUR**. Tabelle 18 zeigt die geplanten und tatsächlichen Verwaltungsausgaben nach Progress-Politikbereich für das Jahr 2011 und zum Vergleich für die Vorjahre.

**Tabelle 18: Verwaltungsausgaben pro Jahr: geplante und tatsächliche Verpflichtungen, Mio. EUR**

	Geplant	Tatsächlich	%
2007	4,091	3,57	87,25
2008	4,608	3,88	84,17
2009	4,741	3,71	78,17
2010	4,13	3,35	81,14
2011	4,48	3,68	82,14

Quelle: Europäische Kommission.

Die Verwaltungsausgaben umfassen sowohl die Verwaltungskosten für das Programm als auch die Kosten für die Arbeit bestimmter externer Organe. Ein Beispiel hierfür ist der Beratende Ausschuss für Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz, dem die Aufwendungen für die Plenarsitzungen (halbjährlich) und die Sitzungen der einzelnen Arbeitsgruppen erstattet wurden. Tabelle 19 fasst die Verwendung der Verwaltungsausgaben von Progress im Jahr 2011 zusammen.

**Tabelle 19: Verwaltungsausgaben nach Art – geplante und tatsächliche Verpflichtungen, Mio. EUR**

Verwaltungsausgaben	Geplant	Tatsächlich
<b>Expertentreffen</b> (einschließlich von Treffen des Beratenden Ausschusses für Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz, Verwaltungsgebühren und -kosten für Peer Reviews und Veranstaltungen für gegenseitiges Lernen)	1,66	1,18
<b>Informationen und Veröffentlichungen</b> (einschließlich audiovisueller Medien und Veröffentlichungen im Internet)	2,1	2,3
<b>Administrative und technische Hilfsdienste</b> (einschließlich von Prüfungen, technischem Support für die Halbzeitbewertung von Progress, Übersetzungsaufträgen und Auswertung)	0,62	0,2
<b>Gesamt</b>	<b>4,48</b>	<b>3,68</b>

# Anhang 1: Übersicht über den Überwachungsrahmen

Leistungsparameter	Datenquellen
<b>Ergebnis 1: Effektiver Informationsaustausch und effektives Lernen</b>	
1. Mehr Wissen über Rechte und Pflichten in Bezug auf die Progress-Politikbereiche bei politischen Akteuren und Entscheidungsträgern, Sozialpartnern, NRO und Netzwerken	Progress-Jahresumfrage Offizielle Websites (zu Peer-Review-Seminaren, EU-Netzwerken) Expertengutachten und Empfehlungen
2. Mehr Wissen über Ziele und Strategien der EU in Bezug auf die Progress-Politikbereiche bei politischen Akteuren und Entscheidungsträgern, Sozialpartnern, NRO und Netzwerken	Progress-Jahresumfrage Offizielle Websites (zu Peer-Review-Seminaren, EU-Netzwerken) Expertengutachten und Empfehlungen
3. Zufriedenheit der Teilnehmer mit den Informationen	Progress-Jahresumfrage
<b>Ergebnis 2: Faktengestützte EU-Strategien und -Rechtsvorschriften</b>	
1. Die Politik der EU in den Progress-Politikbereichen beruht auf einer gründlichen Analyse der Situation und reagiert auf Bedingungen, Bedürfnisse und Erwartungen in den Mitgliedstaaten	Progress-Jahresumfrage Fachliteratur
2. Ausmaß, in dem die von Progress geförderten Ergebnisse zur Entwicklung und Umsetzung der Gesetzgebung und Politik der EU beigetragen haben	Mitteilungen und Arbeitspapiere der Kommission, Richtlinienentwürfe, Folgenabschätzungen
<b>Ergebnis 3: Bessere Integration von Querschnittsthemen und mehr Kohärenz in Politik und Gesetzgebung der EU</b>	
1. In den Politikbereichen von Progress werden Querschnittsthemen berücksichtigt	Jahresarbeitsplan von Progress Progress-Jahresumfrage
2. EU-Politik und -Gesetzgebung in den Progress-Themenbereichen folgen einer gemeinsamen Interventionslogik	Mitteilungen und Arbeitspapiere der Kommission, Richtlinienentwürfe, Folgenabschätzungen
3. Der Gleichstellungsaspekt wird in Progress systematisch gefördert	Mitteilungen und Arbeitspapiere der Kommission, Richtlinienentwürfe, Folgenabschätzungen
4. Anteil der Finanzierung von Maßnahmen zur Unterstützung oder Durchführung von Querschnittsthemen	Jahresarbeitsplan von Progress
<b>Ergebnis 4: Ausbau der Kapazität von nationalen und EU-weiten Netzwerken</b>	
1. Anzahl der Personen, die von den durch Progress geförderten Netzwerken unterstützt oder erreicht wurden	Standardisierte Berichtsformulare für EU-weite Netzwerke und NRO
2. Verbesserung der Überzeugungsfähigkeit der durch Progress unterstützten Netzwerke	Progress-Jahresumfrage Standardisierte Berichtsformulare für EU-weite Netzwerke und NRO
3. Zufriedenheit von Behörden der EU und der Mitgliedstaaten mit dem Beitrag der Netzwerke	Progress-Jahresumfrage Fachliteratur
4. Integration der Anliegen der durch Progress geförderten Netzwerke in andere Politikbereiche	Mitteilungen und Arbeitspapiere der Kommission, Richtlinienentwürfe, Folgenabschätzungen, Berichte über öffentliche Konsultationen der Kommission
<b>Ergebnis 5: Hochwertige und partizipatorische politische Debatte</b>	
1. Einhaltung der Grundsätze guter Regierungsführung in der politischen Debatte	Progress-Jahresumfrage Offizielle Websites (Europäische Kommission, EU-weite Netzwerke und NRO)
2. Umfang, in dem die Ergebnisse der politischen Debatte in die Entwicklung der Gesetzgebung und Politik der EU einfließen	Mitteilungen und Arbeitspapiere der Kommission, Richtlinienentwürfe, Folgenabschätzungen, Berichte über öffentliche Konsultationen der Kommission

# Anhang 2: Katalog der wichtigsten Produkte von Progress im Jahr 2011

## BESCHÄFTIGUNG

Informationsaustausch und Lernen	
Aktivitäten des Programms zum gegenseitigen Lernen: thematische Seminare und Peer Reviews, <a href="http://www.mutual-learning-employment.net/">http://www.mutual-learning-employment.net/</a>	Peer Review „Bewährte Verfahren machen perfekt: Zweck und Wert des Lernnetzwerks zur Beschäftigungsfähigkeit“, Glasgow (Schottland), 11. und 12. April 2011
	Peer Review „Interventionen für Beschäftigung und Wirtschaftswachstum“, Rom (Italien), 9. und 10. Juni 2011
	Peer Review „Auswertung von Arbeitsmarktmaßnahmen und -programmen: Methodologien und Verfahren“, London (Großbritannien), 29. und 30. September 2011
	Peer Review „System zur Vermittlung und Weiterbildung von Hochschulabsolventen“, Larnaka (Zypern), 20. und 21. Oktober 2011
	Peer Review „Wege zur Förderung der Selbständigkeit von jungen Menschen“, Spanien, 14. und 15. November 2011
	Thematisches Seminar „Kampf gegen Segmentierung des Arbeitsmarkts: Spezielle Bedürfnisse junger Menschen“, Brüssel (Belgien), 27. Juni 2011
	Thematisches Seminar „Arbeitslosenunterstützung in Zeiten der Krise: Ihre Rolle als automatischer Stabilisator“, Brüssel (Belgien), 7. November 2011
Veranstaltungen der Europäischen Ratspräsidentschaft, <a href="http://en.afsz.hu/engine.aspx?page=en_pes_28th">http://en.afsz.hu/engine.aspx?page=en_pes_28th</a>	28. Tagung der öffentlichen Arbeitsverwaltungen (PES), Budapest (Ungarn), 23. und 24. Juni 2011
	29. Tagung der öffentlichen Arbeitsverwaltungen (PES), (Polen), 7.-9. Dezember 2011
Konferenzen im Rahmen bilateraler Kooperationsabkommen oder des regionalen politischen Dialogs	Konferenz über Normen für Haushaltshilfen und Sozialschutz der ILO, Brüssel (Belgien), 11. und 12. Mai 2011
	EU-China-Arbeitsschutzkonferenz über Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz, Brüssel (Belgien), 1. Juli 2011
	Eröffnungskonferenz von PARES – Partnerschaft der Arbeitsvermittler, Brüssel (Belgien), 28. und 29. September 2011
	ASEM-Seminar über Nationale Arbeitsschutzstrategien, Indonesien, 12. und 13. Oktober 2011
	EU-China-Seminar (MOHRSS) über Beschäftigung, Brüssel (Belgien), 24. Oktober 2011
	EU-OECD-Konferenz „Schaffung einer freien Mobilität der Arbeitnehmer“, Brüssel (Belgien), 14. und 15. November 2011
	Workshop hochrangiger Vertreter von Euromed zum Thema Beschäftigung, Brüssel (Belgien), 21. November 2011
Europäisches Beschäftigungsobservatorium (EBO), <a href="http://www.eu-employment-observatory.net/">http://www.eu-employment-observatory.net/</a>	„Youth transitions from school to work“ Vortrag auf der Tagung der Ad-Hoc-Gruppe des Europäischen Beschäftigungsausschusses (EMCO) von Gerhard Bosch, SYSD-EM-Experte, Brüssel (Belgien), 18. Januar 2011
	SYSD-EM-Tagung „Prioritäten des Jahreswachstumsberichts (AGS)“, Brüssel (Belgien), 1. März 2011
	Zweite Europäische Dialogtagung zur Beschäftigungsforschung, Brüssel (Belgien), 23. März 2011
	EBO, Europäische Dialogtagung zur Beschäftigungsforschung), Vortrag von Eleanor Breen, SYSD-EM-Expertin, Brüssel (Belgien), 26. Mai 2011
	„Active Labour Market Policies in Germany“. Ein Vortrag auf der Ad-hoc-Tagung des EMCO von Udo Brixy, EBO-Experte, Brüssel (Belgien), 26. Mai 2011
	SYSD-EM-Tagung zum Thema „Anpassung der Arbeitslosenunterstützungssysteme an den Konjunkturzyklus“, Brüssel (Belgien), 14. Oktober 2011

Hochwertige und partizipatorische politische Debatte	
Präsidentenkonferenzen	<p>Präsidentenkonferenz der ungarischen Präsidentschaft zum Thema Jugendarbeitslosigkeit, Budapest (Ungarn), 4. und 5. April 2011</p> <p>Präsidentenkonferenz der ungarischen Präsidentschaft „Den Herausforderungen gewachsen zu sein: Die Neupositionierung der Nationalen Beschäftigungsdienste zur Verbesserung der Beschäftigungsaussichten von Jugendlichen“, Budapest (Ungarn), 28. und 29. April 2011</p> <p>Ministerkonferenz über die Beschäftigungsziele der europäischen Präsidentschaft „Herausforderungen und die Chancen für die Beschäftigungspolitik angesichts des demografischen Wandels“ unter Beteiligung der Mitglieder des Ausschusses für Beschäftigung und der Leiter der Öffentlichen Arbeitsverwaltungen, Warschau (Polen), 10. und 11. Oktober 2011</p>
Konferenzen	<p>Konferenz „Zukunft des europäischen Arbeitsmarkts“ mit dem Nobelpreisgewinner Christopher Pissarides, Brüssel (Belgien), 10. März 2011, <a href="http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&amp;catId=113&amp;eventsId=332&amp;furtherEvents=yes">http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&amp;catId=113&amp;eventsId=332&amp;furtherEvents=yes</a></p> <p>Hochrangige Konferenz zum Thema Gehaltstrends in Europa, Brüssel (Belgien), 15. September 2011, <a href="http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&amp;catId=88&amp;eventsId=355&amp;furtherEvents=yes">http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&amp;catId=88&amp;eventsId=355&amp;furtherEvents=yes</a></p> <p>Hochrangige Konferenz „Wo stehen wir mit Flexicurity? Sagen Sie Ihre Meinung“, Brüssel (Belgien), 14. November 2011, <a href="http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&amp;catId=88&amp;eventsId=356&amp;furtherEvents=yes">http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&amp;catId=88&amp;eventsId=356&amp;furtherEvents=yes</a></p>
OECD-Jahrestreffen	7. Jahrestagung des OECD LEED Forum on Partnerships and Local Governance: „Doing more with less: local partnerships' role in the recovery“, Wien (Österreich), 10. und 11. März 2011, <a href="http://www.oecd.org/document/29/0,3746,en_2649_34417_46676189_1_1_1_1,00.html">http://www.oecd.org/document/29/0,3746,en_2649_34417_46676189_1_1_1_1,00.html</a>

Faktengestützte EU-Strategien und -Rechtsvorschriften	
Studien, <a href="http://ec.europa.eu/social/keyDocuments.jsp?langId=de">http://ec.europa.eu/social/keyDocuments.jsp?langId=de</a>	Studie „Vergleichende Kosten-Nutzen-Analyse von aktiven und passiven arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen“
	Studie „Assessment of the labour market in Iceland“
	Studie „Arbeitsmobilität in der EU. Die Auswirkung der Erweiterung und das Funktionieren der Übergangsregelungen“, Juli 2011
	Studie „Assessment of the labour market in Serbia“
	Studie „Assessment of the labour market in Montenegro“
	Studie „Role and impact of labour taxation policies“, März 2011
	Studie „Implications of environmental challenges for employment and employment policies within the EU and at international level“
	Studie über unterschiedliche Aspekte der Arbeitsmarktentwicklung unter Nutzung von Mikrodaten aus der Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Union (EU-SILC)
	Studienauftrag zum Thema „Monitoring of the EU employment policy priorities in the context of the post-Lisbon 2010 agenda and strengthening of the methodological capacity to assess policy responses at MS and the EU level“
	Studie zur Flexicurity: Messung der Auswirkungen von Flexicurity-Strategien auf den EU-Arbeitsmarkt, November 2011

Europäisches Beschäftigungsobservatorium (EBO), <a href="http://www.eu-employment-observatory.net/thematic-papers_d6.html">http://www.eu-employment-observatory.net/thematic-papers_d6.html</a>	Themenbericht „Wages in Bulgaria“, April 2011
	Themenbericht „Work (dis)incentives in Lithuania“, March 2011
	Themenbericht „Studying the labour market using registered unemployment and labour flows“, März 2011
	Themenbericht „Mismatch of labour market needs and skills in Slovenia“, April 2011
	Themenbericht „Overview of the labour market situation and employment policy developments in 2009-2011“, April 2011
	Onlinemagazin „European Employment Observatory – Review“, „Youth Employment Measures“ (33 Länderbeiträge und Zusammenfassung), Mai 2011
	Themenbericht „Situation and consequences of long-term unemployment in Croatia and measures for its decrease“, May 2011
	Themenbericht „Wages, productivity and employment: a review of theory and international data“, May 2011
	Bericht des Europäischen Beschäftigungsobservatoriums „Anpassung der Arbeitslosenunterstützungssysteme an den Konjunkturzyklus“, September 2011
Erhebung vergleichender internationaler Daten zum Kompetenzniveau Erwachsener	OECD – Vorbereitung einer neuen Studie „Programme for the International Assessment of Adult Competencies“ (PIAAC), <a href="http://www.oecd.org/document/35/0,3746,en_2649_201185_40277475_1_1_1_1,00.html">http://www.oecd.org/document/35/0,3746,en_2649_201185_40277475_1_1_1_1,00.html</a>
Europäisches Zentrum für die Förderung der Berufsbildung	CEDEFOP – Arbeitsmarkt und Berufsbildung in Europa, <a href="http://www.cedefop.europa.eu/EN/about-cedefop/projects/forecasting-skill-demand-and-supply/forecasting-skill-demand-and-supply.aspx">http://www.cedefop.europa.eu/EN/about-cedefop/projects/forecasting-skill-demand-and-supply/forecasting-skill-demand-and-supply.aspx</a>
OECD-Programm Local Economic Employment and Development (LEED)	Serie von Themenheften über die Erfahrung von Partnerschaften mehrerer Länder zum Kampf gegen soziale Ausgrenzung, Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung, Anpassung an die Folgen des Klimawandels und zur Schaffung von Beschäftigung auf lokaler Ebene, <a href="http://www.oecd.org/department/0,3355,en_2649_34417_1_1_1_1,00.html">http://www.oecd.org/department/0,3355,en_2649_34417_1_1_1_1,00.html</a>
Publikation der OECD	Veröffentlichung der Beiträge zum gemeinsamen Seminar (2010): „Naturalisation: A Passport for the Better Integration of Immigrants?“, 2011 in denen bewährte Verfahren aus Ländern der Europäischen Union und der OECD beschrieben werden.
Gemeinsames Projektmanagement der OECD zu „New Skills for New Jobs“	Entwicklung statistischer Instrumente, Verfahren und gemeinsamer Indikatoren (zur Erhebung relevanter Daten in den Mitgliedstaaten)
Europäischer Monitor für offene Stellen, <a href="http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=955&amp;langId=de">http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=955&amp;langId=de</a>	Überblick über aktuelle Entwicklungen auf dem europäischen Arbeitsmarkt. Daten zu offenen Stellen und Neueinstellungen veranschaulichen die Trends hinsichtlich Beschäftigungsnachfrage und Kompetenzanforderungen, vierteljährlich
Bulletin „Berufliche Mobilität“, <a href="http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=955&amp;langId=de">http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=955&amp;langId=de</a>	Das <b>Bulletin „Berufliche Mobilität“ (EJMB)</b> bietet eine Analyse der auf dem EURES-Portal ausgeschriebenen Stellen durch nationale öffentliche Arbeitsverwaltungen
Mehrsprachige europäische Klassifizierung für Fähigkeiten, Kompetenzen und Berufe (ESCO)	Europäisches Wörterbuch der Qualifikationen und Kompetenzen II
Pflege, Anwendung und Entwicklung statistischer Instrumente (Eurostat untergeordnet)	Datenbank für offene Stellen, <a href="http://epp.eurostat.ec.europa.eu/statistics_explained/index.php/Job_vacancy_statistics">http://epp.eurostat.ec.europa.eu/statistics_explained/index.php/Job_vacancy_statistics</a>
	Datenbank zur Arbeitsmarktpolitik, <a href="http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/labour_market/labour_market_policy">http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/labour_market/labour_market_policy</a>
	Ad-Hoc-Modul „Transition from work into retirement“, <a href="http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/statistics/themes">http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/statistics/themes</a>

## SOZIALSCHUTZ UND SOZIALE EINGLIEDERUNG

Partage de l'information et de l'apprentissage	
Peer Reviews über Sozialschutz und soziale Eingliederung, <a href="http://www.peer-review-social-inclusion.eu/peer-reviews#2011">http://www.peer-review-social-inclusion.eu/peer-reviews#2011</a>	„Ein guter Ort zum Altwerden“, London (Großbritannien), 18. und 19. Januar 2011
	„Konzepte für den Kampf gegen Armutsgefährdung von Erwerbstätigen“, Paris (Frankreich), 31. März und 1. April 2011
	„Kapitalgedeckte Altersvorsorge zwischen Sicherheit und Leistbarkeit“, den Haag (Niederlande), 12. und 13. April 2011
	„Festlegung nationaler Armutsziele“, Dublin (Irland), 16. und 17. Juni 2011
	„Aufbau einer koordinierten Strategie zur Unterstützung von Eltern“, Paris (Frankreich), .6. und 7. Oktober 2011
	„Wege aus dem Dilemma – auf der Suche nach Möglichkeiten, mit einem steigenden Versorgungsbedarf und beschränkten Mitteln umzugehen“, Stockholm (Schweden), 20. und 21. Oktober 2011
	„Auswirkungen der Lebenswege auf die Altersrenten von Frauen“, Berlin (Deutschland), 3. und 4. November 2011
	„Entwicklung einer wirksamen sozialen Folgenabschätzung: Methoden, Instrumente und Datenquellen“, Brüssel (Belgien), 17. und 18. November 2011
	„Verbesserung der Effizienz des sozialen Schutzes“, Lissabon (Portugal), 29. und 30. November 2011
Tagungen des Wechselseitigen Informationssystems über Sozialschutz (MISSOC)	MISSOC-Tagung, Budapest (Ungarn), 19. und 20. Mai 2011
	MISSOC-Tagung, Krakau (Polen), 26.-28. Oktober 2011
Workshops	Workshop des Austauschprogramms „Aktives Altern von älteren Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in Europa“ (AAMEE), Brüssel (Belgien), 14. April 2011
Hochwertige und partizipatorische politische Debatte	
Jahrestreffen von Menschen mit Armutserfahrung	10. EU-Treffen von Menschen mit Armutserfahrung, Brüssel (Belgien), 13. und 14. Mai 2011; <a href="http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=en&amp;catId=88&amp;eventsId=344&amp;furtherEvents=yes">http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=en&amp;catId=88&amp;eventsId=344&amp;furtherEvents=yes</a>
Europäisches Netzwerk gegen Armut (EAPN)	Konferenz „Getting out of the Crisis Together“, Brüssel (Belgien), 23. September 2011; <a href="http://www.stpcentru.ro/fileadmin/user_upload/prima_pagina/iul_2011/Conferinta_EAPN.pdf">http://www.stpcentru.ro/fileadmin/user_upload/prima_pagina/iul_2011/Conferinta_EAPN.pdf</a>
Europarat	Seminar und Konferenz „Shared social responsibility“, Brüssel (Belgien), 28. Februar -1. März 2011; <a href="http://www.wfto-europe.org/lang-en/shared-social-responsibility-belgium.html">http://www.wfto-europe.org/lang-en/shared-social-responsibility-belgium.html</a>
Konferenzen	Hochrangige Konferenz „Auf dem Weg zum Europäischen Jahr für Aktives Altern und für die Solidarität zwischen den Generationen (2012)“, Brüssel (Belgien), 29. April 2011; <a href="http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&amp;catId=88&amp;eventsId=335&amp;furtherEvents=yes">http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&amp;catId=88&amp;eventsId=335&amp;furtherEvents=yes</a>
Präsidentenkonferenzen	Konferenz der ungarischen Präsidentschaft zum Thema „Lebenszyklen und Rentensysteme“ Budapest (Ungarn), 6. und 7. Mai 2011
	Konferenz der polnischen Präsidentschaft zum Thema „Innovative Antworten auf die sozialen Folgen der Krise“, Breslau (Polen), 26. September 2011
	Konferenz der polnischen Präsidentschaft über nachhaltige Rentensystem, Krakau (Polen), 29. und 30. September 2011
	Erste Jahresversammlung der Europäischen Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung, Krakau (Polen), 17. und 18. Oktober 2011
Jahrestreffen	Jahrestreffen des Netzwerks zur Bewertung der sozioökonomischen Folgen von Sozialreformen (ASISP), März 2011

Faktengestützte EU-Strategien und -Rechtsvorschriften	
Studien	Studien zum Sozialschutz und zur sozialen Inklusion in Armenien, Aserbaidschan, Georgien und im südlichen Kaukasus, <a href="http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&amp;catId=89&amp;newsId=1045&amp;furtherNews=yes">http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&amp;catId=89&amp;newsId=1045&amp;furtherNews=yes</a>
Netzwerk zur Bewertung der sozioökonomischen Folgen von Sozialreformen (ASISP), <a href="http://www.socialprotection.eu/">http://www.socialprotection.eu/</a>	Jahresberichte 2011 über Renten, Gesundheit und Pflege, Mai 2011
	Berichte über die Nationalen Reformprogramme (NRP) und deren Umsetzung
	Kurze Ad-hoc-Berichte über Querschnittsthemen oder länderspezifische Entwicklungen
Netzwerk unabhängiger Experten im Bereich soziale Eingliederung, <a href="http://www.peer-review-social-inclusion.eu/network-of-independent-experts">http://www.peer-review-social-inclusion.eu/network-of-independent-experts</a>	Bericht über politische Lösungen für integrative Arbeitsmärkte und zur Eindämmung von Kinderarmut und sozialer Ausgrenzung, Juli 2011
	Eingliederungsziele der Strategie Europa 2020: Fortschrittsbeurteilung, September 2011
Wechselseitiges Informationssystem über Sozialschutz (MISSOC), <a href="http://ec.europa.eu/employment_social/missoc/db/public/compare-Tables.do?lang=de">http://ec.europa.eu/employment_social/missoc/db/public/compare-Tables.do?lang=de</a>	MISSOC: Übergreifende Einleitungen zu den MISSOC Tabellen (transnationaler Überblick über die wesentlichen Konzepte und Prinzipien der einzelnen Sozialschutzbereiche)
	MISSOC-Datenbank: Vergleichende Tabellen zur sozialen Sicherheit (in 31 Ländern und 12 Bereichen des Sozialschutzes)
	MISSOC-Datenbank: Organisation der sozialen Sicherheit: Organigramme und Beschreibungen
	MISSOC-Datenbank: Soziale Sicherung der Selbständigen
	Mehrsprachiges Verzeichnis der Tabellenkategorien
	MISSOC: Pflegebedürftigkeit (Hinweise zu rechtlichen Rahmenbedingungen bei Pflegebedürftigkeit des MISSOC Sekretariats), Mai 2011
	MISSOC-Analyse: Mindestsicherung
MISSOC: länderspezifische Leitlinien „Ihre Rechte der sozialen Sicherheit“	
Eurobarometer	Umfrage „Monitoring the Social Impact of the Crises – wave 5 Flash 311“, Februar 2011; <a href="http://ec.europa.eu/public_opinion/flash/fl_311_en.pdf">http://ec.europa.eu/public_opinion/flash/fl_311_en.pdf</a>
EUROMOD	Modell zur Berechnung der Auswirkung von Steuern und Transfers auf Einkommen und Arbeitsanreiz von Haushalten in den Mitgliedstaaten und der EU

## ARBEITSBEDINGUNGEN

Informationsaustausch und Lernen	
Europäisches Netzwerk für Arbeitsrecht, <a href="http://www.labourlawnetwork.eu">http://www.labourlawnetwork.eu</a>	4. Jährliches Rechtsseminar über Grundzüge und aktuelle Entwicklungen des Kündigungsschutzes in Europa, Frankfurt/Main (Deutschland), 24. 25. November 2011
Veranstaltungen des SLIC	60. Sitzung des Ausschusses hoher Arbeitsaufsichtsbeamter (SLIC), Thementage, Budapest (Ungarn), 2. und 3. Mai 2011, <a href="http://www.ilo.org/labadmin/what/events/WCMS_155292/lang-en/index.htm">http://www.ilo.org/labadmin/what/events/WCMS_155292/lang-en/index.htm</a>
	61. Sitzung des Ausschusses hoher Arbeitsaufsichtsbeamter (SLIC), Thementage, Warschau (Polen), 6. und 7. Dezember, <a href="http://www.ilo.org/labadmin/what/events/WCMS_169677/lang-fr/index.htm">http://www.ilo.org/labadmin/what/events/WCMS_169677/lang-fr/index.htm</a>
Informationen und Pressematerial	Produktion von Videos, Werbevideos und Pressematerial über die neuen Regeln für Europäische Betriebsräte gemäß der Richtlinie 2009/38/EG

Hochwertige und partizipatorische politische Debatte	
Präsidentenkonferenzen	Konferenz der polnischen Präsidentschaft „Stärkung des Know-how und der Innovationen im Bereich Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz als Bedingung für intelligentes Wachstum in der EU“, Warschau (Polen), 7. November 2011
	Konferenz der polnischen Präsidentschaft „Solidarität in Gesundheit. Anpassung der Unterschiede zwischen den Ländern der Europäischen Union“, Posen (Polen), 7. und 8. November 2011
Konferenzen	Konferenz „Fundamental Social Rights and the Posting of Workers in the Framework of the Single Market“, Brüssel (Belgien), 27. und 28. Juni 2011; <a href="http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=en&amp;catId=471&amp;eventsId=347&amp;furtherEvents=yes">http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=en&amp;catId=471&amp;eventsId=347&amp;furtherEvents=yes</a>
Tagungen von Expertengruppen	Sitzungen der Expertengruppe zu länderübergreifenden Betriebsvereinbarungen, 3. Mai 2011 und 11. Oktober 2011, <a href="http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=707&amp;langId=de&amp;intPageId=214">http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=707&amp;langId=de&amp;intPageId=214</a>
	Sitzungen der Expertengruppe zur Information und Konsultation von Arbeitnehmern, 17. Februar 2011 und 26. September 2011
	Sitzung der Expertengruppe zu Leiharbeit, 7. März 2011
Expertenausschuss zur Entsendung von Arbeitnehmern	Zwei Sitzungen des Expertenausschusses zur Entsendung von Arbeitnehmern, Brüssel, 5. April 2011 und 14. Oktober 2011

Faktengestützte EU-Strategien und -Rechtsvorschriften	
Studien, Analysen, Berichte, <a href="http://ec.europa.eu/social/keyDocuments.jsp?langId=en">http://ec.europa.eu/social/keyDocuments.jsp?langId=en</a>	Studie zur Analyse und Bewertung der praktischen Auswirkungen des Grundsatzes der Substitution gefährlicher chemischer Arbeitsstoffe bei der Arbeit durch weniger gefährliche chemische Arbeitsstoffe oder damit verbundene Verfahren zum Schutz von Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmer
	Analyse der sozioökonomischen Kosten von Arbeitsunfällen und arbeitsbedingten Krankheiten sowie der sozioökonomischen Kosten von Präventionsmaßnahmen
	Studie zu den Merkmalen und rechtlichen Wirkungen von Betriebsvereinbarungen zwischen Unternehmen und Arbeitnehmervertretern
	Studie zur Umsetzung der Richtlinie 2005/47/EG betreffend die Vereinbarung über bestimmte Aspekte der Einsatzbedingungen des fahrenden Personals im interoperablen grenzüberschreitenden Verkehr im Eisenbahnsektor
	Studie zum Schutz von Arbeitnehmerrechten bei Untervergabeverfahren in der Europäischen Union
	Untersuchung zur Durchführung und Wirkung der drei Richtlinien für die Unterrichtung und Anhörung von Arbeitnehmern in den Mitgliedstaaten und EFTA-Ländern
	Machbarkeitsstudie über die Einrichtung einer europäischen Plattform für die Zusammenarbeit von Arbeitsaufsichtsbehörden und sonstigen einschlägigen Überwachungs- und Durchsetzungsbehörden zur Prävention und Bekämpfung von nicht angemeldeter Erwerbsarbeit
	Vorbereitungsstudie für eine Folgenabschätzung der Novellierung des Rechtsrahmens für die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen
	Studie zur Unterstützung der Auswirkungseinschätzung weiterer Handlungen auf europäischer Ebene bezüglich der Richtlinie 2003/88/EG und der Entwicklung der Arbeitszeitorganisation
	Bericht zur Umsetzung der Richtlinie 91/383/EEC zur Ergänzung der Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes von Arbeitnehmern mit befristetem Arbeitsverhältnis oder Leiharbeitsverhältnis (angenommen am 22. Juli 2011)
Eurostat-Auftrag	Weiterentwicklung der Studie „Wohlbefinden im Alter“ (ESAW)
Erhebung von Daten, Entwicklung statistischer Instrumente	Online-Datenbank zu länderübergreifenden Betriebsvereinbarungen: redaktionelle Arbeit. <a href="http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=en&amp;catId=89&amp;newsId=1141">http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=en&amp;catId=89&amp;newsId=1141</a>
	Erhebung von Daten in Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen zur Förderung von Forschungsprogrammen im Bereich Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz

Leitfaden zu bewährten Verfahren	Nichtverbindlicher Leitfaden für bewährte Praxis im Hinblick auf die verbesserte Anwendung der Richtlinien der Gemeinschaft zum Schutz von Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmer an Bord von Fischereifahrzeugen mit einer Länge von weniger als 15 m
	Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit im Gesundheitswesen. Leitfaden für Prävention und gute Betriebspraxis, Oktober 2011, <a href="http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=82&amp;langId=de&amp;furtherPubs=yes">http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=82&amp;langId=de&amp;furtherPubs=yes</a>
	Unverbindlicher Leitfaden mit guten praktischen Lösungen zur Umsetzung der Richtlinie 2006/25/EG „Künstliche optische Strahlung“, April 2011, <a href="http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=148&amp;furtherPubs=yes&amp;langId=de">http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=148&amp;furtherPubs=yes&amp;langId=de</a>
	Nicht verbindlicher Leitfaden für bewährte Verfahren zum Verständnis und zur Durchführung der Richtlinie 92/57/EWG – Baustellen, März 2011, <a href="http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=148&amp;furtherPubs=yes&amp;langId=de">http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=148&amp;furtherPubs=yes&amp;langId=de</a>
Europäisches Netzwerk für Arbeitsrecht (ELLN), <a href="http://www.labourlawnetwork.eu">http://www.labourlawnetwork.eu</a>	Themenbericht zur Rechtslage bei Kündigungen aus betrieblichen Gründen und über Kündigungsschutz, November 2011
	Vierteljährliche und Ad-hoc-Berichte über das Arbeitsrecht in den Mitgliedstaaten

## ANTIDISKRIMINIERUNG UND VIELFALT

Informationsaustausch und Lernen	
Seminare für Rechtspraktiker auf Gemeinschaftsebene (Europäische Rechtsakademie), <a href="http://www.era.int">www.era.int</a>	Seminar für Angehörige der Justiz „Die Antidiskriminierungsrichtlinien 2000/43 und 2000/78 in der Praxis“, Trier (Deutschland), 14. und 15. November 2011
	Seminar für Angehörige der Justiz : Schwerpunkt Zivil- und Arbeitsrechtsverfahren „EU-Recht für Menschen mit Behinderungen und das Übereinkommen der Vereinten Nationen“, Trier (Deutschland), 24. und 25. Oktober 2011
	Seminar für Rechtspraktiker „Die Antidiskriminierungsrichtlinien 2000/43 und 2000/78 in der Praxis“, Trier (Deutschland), 21. und 22. Februar 2011
	„Aktuelle Entwicklungen im EU Anti-Diskriminierungsrecht“ – Seminar für Rechtspraktiker mit Vorkenntnissen im Bereich des EU Anti-Diskriminierungsrechts, Trier (Deutschland), 11. und 12. April und 26. und 27. September 2011
	Seminar für Richter „Die Antidiskriminierungsrichtlinien 2000/43 und 2000/78 in der Praxis“, Trier (Deutschland), 28. und 29. März und 9. und 10. Mai, 2011
	Seminar für Universitätsprofessoren und Rechtsdozenten „EU-Recht für Menschen mit Behinderungen und das Übereinkommen der Vereinten Nationen“, Madrid (Spanien) 15. und 16. Dezember 2011
	Seminar für Angehörige der Justiz: Verwaltungsrecht „EU-Recht für Menschen mit Behinderungen und das Übereinkommen der Vereinten Nationen“, Trier (Deutschland), 20. und 21. Juni 2011
	Seminar für Rechtspraktiker und Politiker „EU-Recht für Menschen mit Behinderungen und das Übereinkommen der Vereinten Nationen“, Trier (Deutschland), 23. und 24. Mai 2011
	Rechtsseminar zum Gleichbehandlungsrecht und Antidiskriminierungsrecht, 4. Oktober 2011 (gemeinsam mit dem Expertennetzwerk)
	Arbeitsseminar zur Umsetzung des Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen der Vereinten Nationen, Brüssel (Belgien), 26. und 27. Oktober 2011

Seminare zum Austausch bewährter Verfahren	Seminar zum Austausch bewährter Verfahren für staatliche Maßnahmen zur Bekämpfung von Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt aufgrund des Alters, Wien (Österreich), 21. März 2011, <a href="http://ec.europa.eu/justice/discrimination/files/good_practice_age_sem_report_march2011_en.pdf">http://ec.europa.eu/justice/discrimination/files/good_practice_age_sem_report_march2011_en.pdf</a> Seminar zum Austausch bewährter Verfahren im Kampf gegen Diskriminierung aufgrund der sexuellen Ausrichtung und Geschlechtsidentität – Hindernisse der Politikgestaltung, Estland, 29. und 30. September 2011, <a href="http://ec.europa.eu/justice/discrimination/files/goodpractice_seminarreport_sept2011_en.pdf">http://ec.europa.eu/justice/discrimination/files/goodpractice_seminarreport_sept2011_en.pdf</a>
Konferenzen	Konferenz zum Europäischen Tag der Menschen mit Behinderungen, Brüssel (Belgien), 1. und 2. Dezember 2011, <a href="http://ec.europa.eu/justice/discrimination/dates/index_de.htm">http://ec.europa.eu/justice/discrimination/dates/index_de.htm</a>
Medienkampagne der EU „Für Vielfalt. Gegen Diskriminierung“	Informationskampagne zur Bekämpfung von Vorurteilen und Diskriminierung und Förderung der Vielfalt in allen Bereichen, eigene Website zum Kampf Antidiskriminierungsrecht in der Europäischen Union, EU-Journalistenpreis 2011, Werbung für eine vielfältige Belegschaft auf der KMU-Woche, 3.-9. Oktober 2011
<b>Hochwertige und partizipatorische politische Debatte</b>	
Präsidentenkonferenzen	Fünfte Sitzung der Europäischen Plattform für die Einbeziehung der Roma, Budapest (Ungarn), 7. und 8. April 2011
	Konferenz der ungarischen Präsidentschaft „Neue Herausforderungen für die Europäische Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderungen“, Budapest (Ungarn), 19. und 20. April 2011
	Gleichstellungsgipfel, Posen (Polen), 14. und 15. November 2011
Jährliche Sensibilisierungsveranstaltungen	„Equality and non-discrimination“: Kostenlose Seminare für NRO, London (Großbritannien), 17. November 2011
	Access City Award – Auszeichnung für barrierefreie Städte in Europa. Verleihungszeremonie, Brüssel (Belgien), 1. Dezember 2011, <a href="http://ec.europa.eu/justice/discrimination/disabilities/award/index_en.htm">http://ec.europa.eu/justice/discrimination/disabilities/award/index_en.htm</a>
Vielfalt am Arbeitsplatz – Austausch-Plattform	Konferenz über Geschäftsinnovation durch Vielfalt, Brüssel (Belgien), 30. November 2011

<b>Faktengestützte EU-Strategien und -Rechtsvorschriften</b>	
Studien, Analysen, Berichte	Studie über Sozialdienstleistungen von allgemeinem Interesse
	Kartographie des rechtlichen, institutionellen und politischen Rahmens der Bekämpfung von Diskriminierungen in der Türkei und in den westlichen Balkanstaaten
	Studie zu den sozioökonomischen Auswirkungen neuer Maßnahmen zur Verbesserung der Barrierefreiheit von Gütern und Dienstleistungen für Menschen mit Behinderungen
Veröffentlichungen	Handbuch für Rechtspraktiker „How to present a discrimination claim. Handbook on seeking remedies under EU non-discrimination Directives“, 2011
	Broschüre „Realising the business benefits with European Diversity Charters: Managing Diversity at Work“, 2011
	Broschüre „Access City – The European Award for Accessible Cities“, 2011
Akademisches Netzwerk europäischer Experten im Behindertenbereich (ANED)	Themenbericht über die „Integrative Bildung junger Behinderter in Europa: Trends, Probleme und Herausforderungen“, April 2011 (eine Zusammenfassung der Daten aus den Länderberichten von ANED und weiteren Quellen)
	Bericht zu den IDEE – Indikatoren für die Gleichbehandlung von Menschen mit Behinderungen in Europa (IDEE)
	Kommentierte Übersicht über die Gesetzgebung und Politik der Europäischen Union im Bereich Behinderung

Europäisches Netzwerk von Rechtsexperten für Antidiskriminierung	Europäische Zeitschrift zum Antidiskriminierungsrecht (zwei Ausgaben), Kurzmeldungen und Reaktionen auf Ad-hoc-Anfragen, <a href="http://ec.europa.eu/justice/discrimination/files/antidiscrimination_law_review_12_de.pdf">http://ec.europa.eu/justice/discrimination/files/antidiscrimination_law_review_12_de.pdf</a>
	Themenbericht „The prohibition of Discrimination under European Human Rights Law – Relevance for the EU non-discrimination directives“
	Stop-Discrimination Newsletter: Ein gewaltiger Schritt zur Eingliederung der Roma – Ausgabe Sommer 2011, <a href="http://ec.europa.eu/justice/discrimination/files/stop_discrimination_newsletter_072011_en.pdf">http://ec.europa.eu/justice/discrimination/files/stop_discrimination_newsletter_072011_en.pdf</a>
	Praxiskompodium zum Thema Mainstreaming der Nichtdiskriminierungs-/ Gleichstellungsthematik, 2011
	Bericht über Altersdiskriminierung „Age and Employment“, Juli 2011
Netzwerk von Experten für sozioökonomische Fragen (SEN)	Bericht „The situation of LGBT groups in the labour market in EU Member States“
	Bericht „Ethnic minorities, migrants and employment“

## GLEICHSTELLUNG DER GESCHLECHTER

Informationsaustausch und Lernen	
Seminare für Rechtspraktiker und Politiker auf Gemeinschaftsebene (Europäische Rechtsakademie), <a href="http://www.era.int">www.era.int</a>	Seminar für Rechtspraktiker „Das EU-Recht zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Praxis“, 14. und 15. März 2011
	Seminar für Angehörige der Justiz „Das EU-Recht zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Praxis“, 4. und 5. April 2011
	Seminar für Hochschullehrer „Aktuelle Überlegungen zum EU-Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsrecht“, 19. und 20. September
	Seminar für Rechtspraktiker „Das EU-Recht zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Praxis“, Trier (Deutschland), 28. und 29. November 2011
	Zwei Seminare für Richter und Staatsanwälte „Das EU-Recht zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Praxis“, Trier (Deutschland), 17. und 18. Oktober sowie 7. und 8. November 2011
	Rechtssseminar zum Gleichbehandlungsrecht und Antidiskriminierungsrecht, 4. Oktober 2011 (gemeinsam mit dem Expertennetzwerk)
Seminare zum Austausch bewährter Verfahren	„Anwendung des Gender Mainstreaming“, 17. und 18. Mai 2011, <a href="http://ec.europa.eu/justice/gender-equality/files/exchange_of_good_practice_be/summary_report_be_2011_de.pdf">http://ec.europa.eu/justice/gender-equality/files/exchange_of_good_practice_be/summary_report_be_2011_de.pdf</a>
	Seminar „New forms of work“, Niederlande, 24. und 25. Oktober 2011, <a href="http://ec.europa.eu/justice/gender-equality/files/exchange_of_good_practice_nl/lt_comments_paper_nl_2011_en.pdf">http://ec.europa.eu/justice/gender-equality/files/exchange_of_good_practice_nl/lt_comments_paper_nl_2011_en.pdf</a>
	„Instrumente zum Abbau des geschlechtsspezifischen Lohngefälles“, Deutschland, 5. und 6. Dezember 2011, <a href="http://ec.europa.eu/justice/gender-equality/tools/good-practices/review-seminars/gender_pay_gap_instruments_en.htm">http://ec.europa.eu/justice/gender-equality/tools/good-practices/review-seminars/gender_pay_gap_instruments_en.htm</a>
	Sitzungen von Equinet Europa (Europäisches Netzwerk der Gleichstellungsstellen), 24. Juni 2011, 25. November 2011
Medienkampagnen der EU	Kampagne „Gender Pay Gap“: Veranstaltungen in mehreren Mitgliedstaaten, <a href="http://ec.europa.eu/justice/newsroom/gender-equality/news/index_en.htm">http://ec.europa.eu/justice/newsroom/gender-equality/news/index_en.htm</a>
Sensibilisierungsveranstaltungen	Einführung des ersten europaweiten Equal Pay Day, 5. März 2011, <a href="http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&amp;catId=89&amp;newsId=999&amp;furtherNews=yes">http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&amp;catId=89&amp;newsId=999&amp;furtherNews=yes</a>
Ausgewogene Mitwirkung von Frauen und Männern an Entscheidungsprozessen	Tagung des „Europäischen Netzwerks von Frauen in Führungspositionen in der Politik und Wirtschaft“ zum Thema „Einbindung männlicher Führungskräfte in den Veränderungsprozess zur Förderung von Frauen in Führungspositionen“, Juni 2011
	Tagung mit Vertretern der Sozialpartner auf Gemeinschaftsebene zum Thema „Unterrepräsentation von Frauen in Unternehmensvorständen“, 1. März 2011

Hochwertige und partizipatorische politische Debatte	
Konferenzen zum Thema Gleichstellung	Konferenz „Equality between women and men“, Brüssel (Belgien), 19. und 20. September 2011, <a href="http://ec.europa.eu/justice/newsroom/gender-equality/events/110919_en.htm">http://ec.europa.eu/justice/newsroom/gender-equality/events/110919_en.htm</a>
Präsidentenkonferenzen	Expertenkonferenz „Mechanismen zur Vereinbarung von Familie und Beruf bei Frauen und Männern als Chance zur aktiven Teilnahme am Arbeitsmarkt“ und anschließendes informelles Treffen der Minister für Gleichstellung und Familie, Krakau (Polen), 20. und 21. Oktober 2011

Faktengestützte EU-Strategien und -Rechtsvorschriften	
Studien, Analysen, Berichte	Synthesebericht „Comparative study on access to justice in gender equality and anti-discrimination law“ (in Mitgliedstaaten und EFTA-/EWG-Ländern), Februar 2011
	Studie über Diskriminierung im Bildungswesen aufgrund des Geschlechts sowie Notwendigkeit und Wirksamkeit aktueller Maßnahmen in den Mitgliedstaaten, Juli 2011
	Studie über die Kosten und Nutzen von Maßnahmen der EU zum Vaterschaftsurlaub, Oktober 2011
	Bericht über Frauen in Führungspositionen in öffentlichem Dienst, in Justiz, Wirtschaft und Politik, Juni 2011
Ausgewogene Mitwirkung von Frauen und Männern an Entscheidungsprozessen	Arbeitspapier der Kommission „The gender balance in business leadership“
	Umfrage des Eurobarometer im September 2011
	Datenbank: Männer und Frauen in wichtigen Entscheidungspositionen (Daten über den Anteil von Männern und Frauen in wichtigen Entscheidungspositionen in der Politik, öffentlichen Verwaltung, Justiz und anderen wichtigen Wirtschaftsbereichen aus 34 europäischen Ländern)
	Expertenbericht über Frauen in Führungspositionen in öffentlichem Dienst, in Justiz, Wirtschaft und Politik
Expertennetz für Fragen der Gleichstellung von Frauen und Männern (EGGE), <a href="http://www.fgb-egge.it/homepage.asp">http://www.fgb-egge.it/homepage.asp</a>	Vergleichende Übersicht der außerschulischen Betreuungsangebote und der Vereinbarkeit von Beruf und Familie in 33 Ländern
	Studie „Crisis and recovery in Europe. Labour Market Impact on Men and Women“, November 2011
	Themenberichte über die Diskrepanz zwischen wünschenswerten und realen Arbeitszeitregelungen, Oktober 2011
	Themenberichte über berufliche Pausen von Frauen und Männern. Ihre Folgen und die Rolle der Sozialpolitik, Oktober 2011
	Analyse des Gleichstellungsaspekts in den 27 Nationalen Reformprogrammen
Sachverständigennetzwerk für die Bereiche Chancengleichheit von Männern und Frauen, soziale Eingliederung, Gesundheit und Langzeitpflege (EGGSI), <a href="http://eggsi.irs-online.it">http://eggsi.irs-online.it</a>	Synthesebericht über die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen des Rentensystems auf die Lage von Männern und Frauen und die Folgen aktueller Rentenreformen, Juli 2011
	Auswirkung der Wirtschaftskrise auf die Situation von Frauen und Männern und auf die Gleichstellungspolitik
Europäisches Netzwerk von Rechtsexperten für Geschlechtergleichstellung, <a href="http://ec.europa.eu/justice/gender-equality/tools/legal-experts/index_en.htm">http://ec.europa.eu/justice/gender-equality/tools/legal-experts/index_en.htm</a>	Geschlechtergleichstellungsrecht in 33 europäischen Ländern, Stand 2011
	Bericht „The transposition of the Recast Directive 2006/54/EC“, Stand 2011
	Europäische Zeitschrift für Geschlechtergleichstellungsrecht (zwei Ausgaben), Blitzberichte über rechtliche Entwicklungen in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und Antworten auf Ad-hoc-Anfragen

## Anhang 3: Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: durch Progress geförderte Netzwerke von Rechtsexperten.....	11
Tabelle 2: Erfüllung der EU-Gesetzgebung durch Mitgliedstaaten in den Progress-Politikbereichen 2008-2011 .....	12
Tabelle 3: Von Progress geförderte Expertennetzwerke in den Politikbereichen Beschäftigung und Sozialschutz und soziale Eingliederung.....	14
Tabelle 4: Von Progress geförderte Expertennetzwerke in den Politikbereichen Antidiskriminierung und Geschlechtergleichstellung.....	14
Tabelle 5: Anzahl der 2011 erzeugten Faktengrundlagen.....	19
Tabelle 6: Anzahl der 2011 geförderten Maßnahmen zum Informationsaustausch und wechselseitigem Lernen.....	33
Tabelle 7: Teilnahme der Mitgliedstaaten an den Peer Reviews im Rahmen des Programms für gegenseitiges Lernen im Jahr 2011 .....	34
Tabelle 8: Teilnahme der Mitgliedstaaten an Peer Reviews zu Sozialschutz und sozialer Eingliederung im Jahr 2011 .....	35
Tabelle 9: Teilnahme der Mitgliedstaaten an Seminaren zum Austausch bewährter Verfahren im Kampf gegen Diskriminierung im Jahr 2011.....	35
Tabelle 10: Teilnahme der Mitgliedstaaten an Seminaren zum Austausch bewährter Verfahren für die Gleichstellung der Geschlechter im Jahr 2011.....	36
Tabelle 11: Teilnahme der Mitgliedstaaten an Modellprojekten im Jahr 2011.....	37
Tabelle 12: Teilnahme der Mitgliedstaaten an innovativen Projekten zur Mobilität von Arbeitskräften im Jahr 2011.....	37
Tabelle 13: Anzahl der Präsidentschaftskonferenzen und anderen hochrangigen Veranstaltungen im Jahr 2011.....	46
Tabelle 14: Durch Progress im Jahr 2011 unterstützte EU-weite Netzwerke und NRO .....	48
Tabelle 15: Produkte der durch Progress geförderten wichtigsten EU-Netzwerke und NRO im Jahr 2011.....	54
Tabelle 16: Anteil der Betriebsausgaben – geplante Verpflichtungen, nach Politikbereich.....	57
Tabelle 17: Betriebsausgaben – geplante und tatsächliche Verpflichtungen, Mio. EUR.....	57
Tabelle 18: Verwaltungsausgaben pro Jahr: geplante und tatsächliche Verpflichtungen, Mio. EUR.....	58
Tabelle 19: Verwaltungsausgaben nach Art – geplante und tatsächliche Verpflichtungen, Mio. EUR.....	58

# Anhang 4: Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Anteil der Befragten, die angeben, dass die folgenden Faktengrundlagen Instrumente an die Hand geben, um die Ziele der EU-Politik der Öffentlichkeit und den verschiedenen Zielgruppen besser verständlich zu machen (in%) .....	15
Abbildung 2: Anteil der Befragten, die angeben, dass die folgenden Faktengrundlagen Instrumente an die Hand geben, um gegenüber hochrangigen politischen Entscheidungsträgern besser für die Ziele der EU-Politik eintreten zu können (in%) .....	15
Abbildung 3: Anteil der Befragten, die angeben, dass die EU-Politik auf einer gründlichen Analyse der Situation beruht (in%) .....	17
Abbildung 4: Anteil der Befragten, die angeben, dass die EU-Politik auf Bedingungen, Bedürfnisse und Erwartungen in den Mitgliedstaaten reagiert (in%).....	17
Abbildung 5: Anteil der Befragten, die angeben, dass die von Progress erstellten gemeinsamen Methoden, Indikatoren und statistischen Daten am stärksten beigetragen haben zu (in%):.....	18
Abbildung 6: Anteil der Befragten, die angeben, dass die durch Progress geförderten Daten für ihre Bedürfnisse relevant und hilfreich für die Politikgestaltung oder politische Überzeugungsarbeit waren (in%) .....	20
Abbildung 7: Anteil der Befragten, die angeben, dass die auf EU-Ebene gewonnene Faktengrundlage für ihre Bedürfnisse relevant sowie hilfreich für die Politikgestaltung oder politische Überzeugungsarbeit waren (aufgeschlüsselt nach Politikbereich in%).....	21
Abbildung 8: Anteil der Befragten, die angeben, dass die durch Progress geförderten Maßnahmen für ihre Bedürfnisse relevant und hilfreich für die Politikgestaltung oder politische Überzeugungsarbeit waren (in%).....	30
Abbildung 9: Das in den Veranstaltungen vermittelte Wissen erfüllte die folgenden Kriterien (in%):.....	31
Abbildung 10: Die Teilnehmer nutzten ihr Wissen für die folgenden Zwecke (in%): .....	32
Abbildung 11: Anteil der Befragten, die angeben, dass die politische Debatte auf EU-Ebene die folgenden Kriterien einer partizipatorischen Debatte erfüllt (in%) .....	44
Abbildung 12: Anteil der Befragten, die angeben, dass die EU einen positiven Beitrag zur Klarheit politischer Themen in der politischen Debatte auf nationaler, regionaler bzw. kommunaler Ebene leistet (in%) .....	44
Abbildung 13: Anteil der Befragten, die angeben, dass die EU einen positiven Beitrag zur Beteiligung aller relevanten Interessenvertreter an der politischen Debatte leistet (in%) .....	44
Abbildung 14: Anteil der Befragten, die angeben, dass die Tätigkeit der EU-weiten Netzwerke/ NRO in ihrem Politikbereich eine Quelle für nützliche und sachdienliche Informationen über die Umsetzung der EU-Gesetzgebung und/oder die Voraussetzungen, Bedürfnisse und Erwartungen der relevanten Zielgruppen darstellen (in%).....	50
Abbildung 15: Anteil der Befragten, die angeben, dass die Tätigkeit der EU-weiten Netzwerke/ NRO in ihrem Politikbereich politische Entscheidungsträger im jeweiligen Politikbereich erfolgreich sensibilisieren und beeinflussen konnte (in%) .....	51
Abbildung 5: Mitgliedschaft in EU-weiten Netzwerken und NRO im Jahr 2010 .....	53
Abbildung 17: Anteil der Befragten, die angeben, dass der EU-Beitrag zur Integration von Querschnittsthemen in den folgenden Politikbereichen zufriedenstellend oder hoch ist.....	55
Abbildung 18: Anteil der Befragten, die angeben, dass Querschnittsthemen in der Veranstaltung angemessen behandelt wurden .....	55
Abbildung 19: Betriebsausgaben – Verpflichtungen 2011, aufgeschlüsselt nach den unmittelbaren Ergebnissen von Progress .....	58

Europäische Kommission

**Jährlicher Progress-Ergebnisbericht 2011 –  
Ergebnisse des Programms der Europäischen Union für Beschäftigung und soziale Solidarität –  
Progress (2007-2013)**

Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union

2012 — 71 S. — 21 x 29,7 cm

ISBN 978-92-79-24805-4

doi:10.2767/61640

ISSN 1831-6832

Das Progress-Programm trägt maßgeblich dazu bei, moderne, effektive und innovative Beschäftigung zu fördern. Gleiches gilt für die Sozial- und Gleichstellungspolitiken der EU. In diesem Bericht sind die Aktivitäten des Progress-Programms von 2011 detailliert dargelegt. Des Weiteren werden die Maßnahmen bewertet, die im Laufe des Jahres ergriffen wurden, um die erklärten Ziele des Programms umzusetzen. Der Bericht von 2011 unterstreicht eindeutig den Mehrwert des Programms und die Wirkung, die es in den EU-Mitgliedstaaten bei der Förderung nachhaltiger Ergebnisse über den gesamten Kontinent hinweg erzielt hat.

Die elektronische Ausgabe dieser Veröffentlichung ist auf Deutsch, Englisch und Französisch erhältlich.

## **WO ERHALTE ICH EU-VERÖFFENTLICHUNGEN?**

### **Kostenlose Veröffentlichungen:**

- über den EU Bookshop (<http://bookshop.europa.eu>);
- bei den Vertretungen und Delegationen der Europäischen Union.  
Die entsprechenden Kontaktdaten finden sich unter <http://ec.europa.eu> oder können per Fax unter der Nummer +352 2929-42758 angefragt werden.

### **Kostenpflichtige Veröffentlichungen:**

- über den EU Bookshop (<http://bookshop.europa.eu>).

### **Kostenpflichtige Abonnements (wie z. B. das *Amtsblatt der Europäischen Union* oder die *Sammlungen der Rechtsprechung des Gerichtshofes der Europäischen Union*):**

- über eine Vertriebsstelle des Amtes für Veröffentlichungen der Europäischen Union ([http://publications.europa.eu/eu\\_bookshop/index\\_de.htm](http://publications.europa.eu/eu_bookshop/index_de.htm)).

Falls Sie an den **Veröffentlichungen** der Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Integration interessiert sind, können Sie sie unter folgender Adresse herunterladen oder kostenfrei abonnieren:

<http://ec.europa.eu/social/publications>

Unter der folgenden Adresse können Sie sich auch gerne für den kostenlosen E-Newsletter der Europäischen Kommission Social Europe anmelden: <http://ec.europa.eu/social/e-newsletter>

<http://ec.europa.eu/social/>

[www.facebook.com/socialeurope](http://www.facebook.com/socialeurope)



Amt für Veröffentlichungen

ISBN 978-92-79-24805-4



9 789279 248054

doi:10.2767/61640